

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Linda Pieper
(Thema)
Christian Jürgens
(Kritik)

Redaktionskreis

Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Burkhard Reichert
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

12 1997
44. Jahrgang

Inhalt

1059 Editorial

Aktuelles

1061 GEORG WEINMANN
Die britischen Gewerkschaften
nach dem Wahlsieg Tony Blairs

1064 MARTIN KEMPE
Umriss einer neuen
Arbeitsgesellschaft

1071 HANS-JOACHIM SCHABEDOTH
Wundermedizin Kombilohn

1073 KONRAD GILGES/
UWE HIKSCH
Außen- und sicherheits-
politische Perspektiven

Ethnische Minderheiten

1079 GERHARD SIMON
Nationale Minderheiten in der
ehemaligen Sowjetunion

1082 ELENA SKRIPNIK
Finnisch-ugrische Völker
in Sibirien

1086 ROLF SCHNEIDER
Die Sorben in der Lausitz

Thema:

Sprache der Politik – Politik der Sprache

1090 HANS-MARTIN GAUGER
»Le solide Mayot«
Hans-Jochen Vogel über
politische Rede

1094 ANDREAS MUSOLFF
Der Terrorismusdiskurs
in der Bundesrepublik

1100 MATTHIAS JUNG
Sprache und Politik in
europäischen Dimensionen

1106 MARTIN WENGELER
1968 – eine Zäsur im politischen
Sprachgebrauch?

1110 SILKE HAHN
Die Semantik der Wendezeit

1116 HORST DIETER SCHLOSSER
Im Glashaus der Sprache –
Die Aktion »Unwort des Jahres«

1120 HANS-DIETER ZIMMERMANN
Die Bedeutung des Wortes
»Holocaust«

Kontrovers

1124 ULI SCHÖLER
Lutz Meyers widersprüchliche
»Lernanweisung«

Kultur

1127 CARLOS WIDMANN
Der Fall Priebke oder:
Justizfarce um einen
Ersatzschurken

1134 KLAUS HARPPRECHT
Die Glosse:
Triumph der Verdrängung

1136 LOTHAR MERTENS
Gollwitz ist überall

Kritik

1139 PETER MERSEBURGER
Richard von Weizsäcker
erinnert sich

1141 RENATE WIGGERSHAUS
Aleksander Tišnas Roman
»Kapo«

1143 ANNETTE BAUMGARTL
Marlene Streeruwitz entdeckt
die Liebe

1145 NORBERT NICLAUSS
John Rawls' »Theorie der
Gerechtigkeit« wird diskutiert

1146 CATRIN ROHDE
Thomas Keidel sorgt sich um
die Umwelt

1147 KURT LENK
Iring Fetschers Autobiographie

1149 JOSEF-THOMAS GÖLLER
Neue Bücher:
Ernesto Guevara – genannt Che

1152 Zu den Autorinnen und Autoren
Impressum

Titelfoto: Gesichtsmaske aus Bronze/Zwei Hände,
Bronzeblech; Landesmuseum Joanne-
um, Graz
Foto: AKG/Erich Lessing

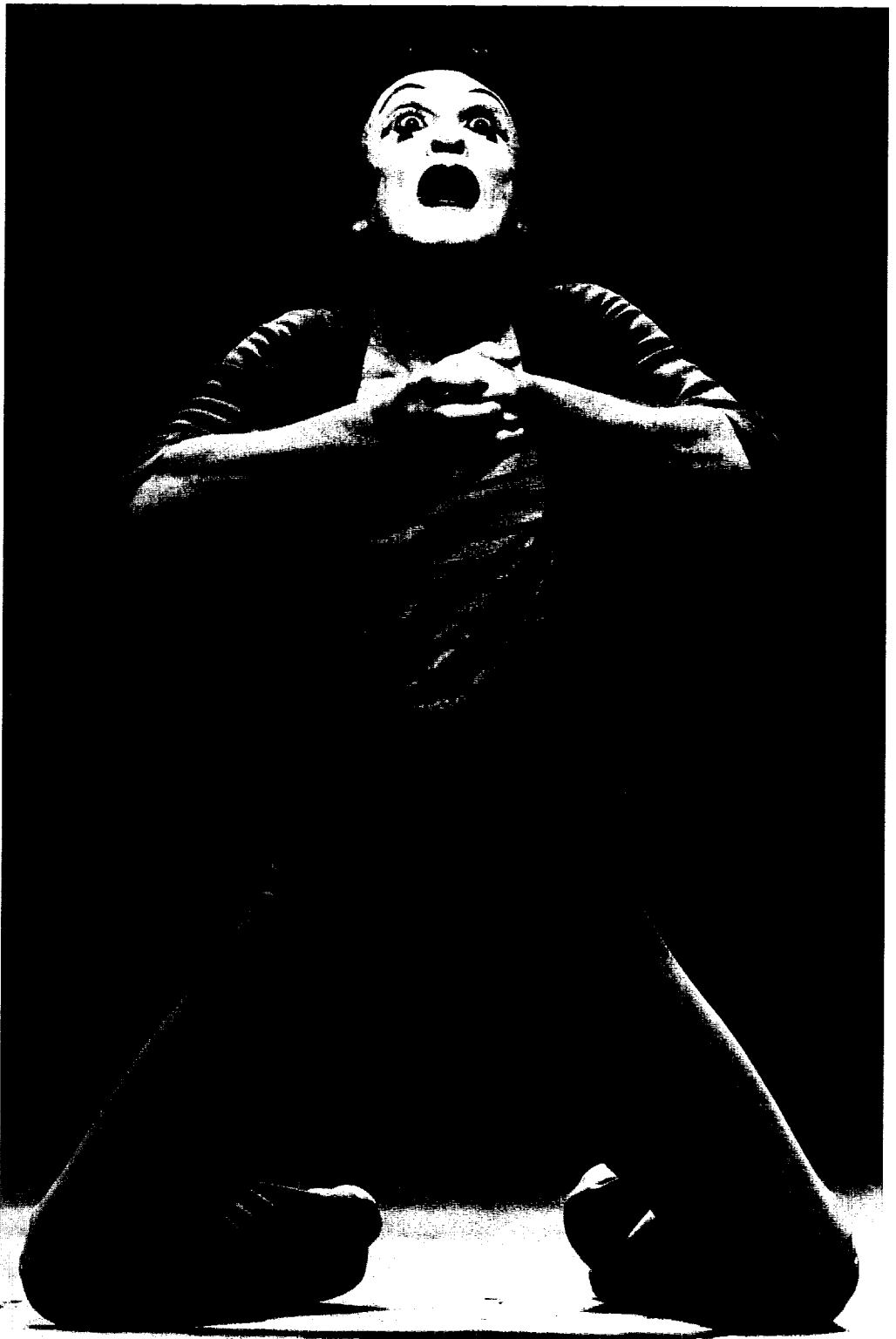
Im Dezemberheft verdient der Priebke-Essay Carlos Widmanns besondere Aufmerksamkeit. Widmann, einer der erfahrensten Auslandskorrespondenten des deutschen Journalismus, hat den (in Deutschland nicht so arg verbreiteten) Mut, ein Naziverbrechen dürr realistisch, ohne Beschönigung, aber auch ohne symbolische Dramatisierung, zu analysieren. Erich Priebke, SS-Mann im Rang eines Hauptmanns, ist ihm ein letzter, übrig gebliebener Vollstrecker, allerdings von geringer Verantwortlichkeit; um so heftiger attackiert er die von Volksstimmungen hin und her gejagte römische »Justizfarce« gegen Priebke. Bezeichnend Widmanns Satz: »Offenkundig ist die Mischung aus entschlossener Ignoranz und reflexartiger Demagogie, die in aller Welt die Richterstattung über den Fall Priebke auszeichnete, auch an deutschen Staatsanwälten nicht spurlos vorbeigegangen.« Widmanns skrupulös an Tatsachen klebende Darstellung endet mit Priebkes Aufschrei »Ma non un simbolo, sono un uomo«. Diese Zeitschrift verteidigt keine Mörder, aber sie fragt nach dem Sinn politisierter Justiz. Man müßte Widmann dazu überreden, sich auch einmal ein paar Prozesse über DDR-Funktionäre vorzunehmen.

Thema dieser Ausgabe ist die *Sprache der Politik*. Woher kommt der heute – aber erst seit zwei Jahrzehnten – so selbstverständlich gebrauchte Begriff »Holocaust«? Ergreift er wirklich für die Mörder Partei, wie unser Autor Hans-Dieter Zimmermann behauptet? Wie entstand die »Kriegs-Rhetorik« der deutschen Exekutive gegenüber der RAF? Und welche Folgen hatte es, daß die 68er den Anal- und Sexualwortschatz »in öffentlichen Textsorten und Kommunikationssituationen« (Martin Wengeler) eingeführt haben? Inzwischen wehren sich allerhand Leute – und zwar nicht nur aus der rechten Ecke – gegen den »Tugendterror« von Gutmenschen, die vom neovitalistischen Geist der 80er Jahre gezeichnet sind. Die Politik hat (von Biedenkopfs »Semantikgruppe« bis zur

SPD-Grundwertekommission) nur gelegentlich und just for show auf Sprache geachtet; die beste Studie ist immer noch Erhard Epplers nach der Karriere publizierte Analyse der Krise der Politik im Spiegel der Sprache *Kavallerieepferde beim Hornsignal*. Im politischen Alltag werden Worte weiterhin in aller Regel eher zur Betäubung als zur Aufrüttelung benutzt werden. Um so notwendiger ist es, daß die Unterscheidung zwischen Sinn-Kommunikation, strategischer Kommunikation und Emotions-Kommunikation bewußtgehalten wird. Politiker, die diese typischen Phasen gesellschaftlicher Kommunikation nicht auseinanderhalten können, sind »Zwutschkerln«. Das ist österreichisch und heißt auf deutsch »sehr kleine Wesen«.

Gerade haben sich ein paar Mitarbeiter dieser Zeitschrift an einem Experiment des Holtzbrinck-Konzerns beteiligt. Es ist ein neuer Versuch, in der Literaturvermittlung über den »kleinen« Kreis der Eingeweihten hinauszudringen. Das Projekt heißt LEKTÜREN, der Chefredakteur ist Knud von Harbou, vorher Programmgeschäftsführer von S. FISCHER und zweiter Mann im Feuilleton der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Nichts ist typischer als die klug dosierte Herablassung unserer literarischen Intelligenz. Verständliche Schwächen des ersten Testhefts werden mit gequälter Toleranz und verlogennem Humor aufgeplustert. Ginge man mit den Rezensionsfriedhöfen unserer Prestigeblätter ebenso hart ins Gericht, würden die Verleger sie einstellen. Niemand kann das wünschen. Wünschen könnte man sich aber Literaturkritiker, die sich für die Kommunikationsbedürfnisse ihrer Leser mehr interessieren als für die Unselb-Nachfolge und die neuesten Bosheiten gegen Reich-Ranicki. Dem Experiment LEKTÜREN ist Erfolg zu wünschen. Uns Deutschen würde ein Feuchtwanger wieder einmal guttun. Statt dessen lesen wir John Grisham und Donna Leon.

Peter Glotz



Die hohe Kunst der Sprachlosigkeit: Marcel Marceau, 1988 in London

Foto: dpa/PAP

GEORG WEINMANN

Modernisierungsdruck und neue Chancen

Die britischen Gewerkschaften nach dem Wahlsieg Tony Blairs

Am 1. Mai 1997 entschieden sich die Briten für eine neue Regierung. Nach 18 Jahren in der Opposition kehrte die LABOUR PARTY an die Macht zurück. Mit einer Mehrheit von 179 Sitzen ist ihre Position im Unterhaus so stark wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte Großbritanniens. Was bedeutet der Erdrutschsieg für die Gewerkschaften auf der Insel?

»Machen Sie Ihr Kreuz an der falschen Stelle, und Sie können sich von Ihren Rechten als Arbeitnehmer verabschieden. Welche Partei Sie auch wählen, stellen Sie sicher, daß die abhängig Beschäftigten zu den Gewinnern zählen.« Der britische Gewerkschaftsdachverband TRADES UNION CONGRESS (TUC) formulierte seine Empfehlung für die Unterhauswahl allgemein und doch konkret: Der traditionelle Verbündete, die LABOUR PARTY, sollte die Regierungsverantwortung übernehmen, um den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach fast 20 Jahren wieder mehr Gewicht in der Wirtschaft und Politik Großbritanniens zu verleihen. Unter den konservativen Regierungen ging der Einfluß der Gewerkschaften zwischen 1979 und 1997 erheblich zurück. Zahlreiche Gesetzesinitiativen, die Auflösung von Gremien, der industrielle Strukturwandel und eine neoliberale Wirtschaftspolitik hinterließen tiefe Spuren im Selbstbewußtsein der britischen Arbeiterbewegung.

Kein Zwischentief

In der Statistik des TUC schlugen sich diese Rahmenbedingungen sehr deutlich nieder. Seit 1979 schmolz die Basis des Dachverbandes um 39,1 Prozent oder 5,2 Millionen auf 7,2 Millionen Mitglieder. In einigen Bereichen wie der Kohle-, Stahl- und Schiffbauindustrie führte die wirtschaftliche Umstrukturierung zu einem besonders starken Aderlaß. Als Folge veränderten sich vielerorts traditionelle Muster der Interessenvertretung zugunsten der Unternehmenseite. Zugeständnisse der *unions* bei Arbeitszeitregelungen, der Gestaltung von Produktionsabläufen oder in Entlohnungsfragen sollten eine gewerkschaftsfreie Interessenvertretung verhindern, bei der die Arbeitgeber direkt mit den Beschäftigten verhandeln. Besonders in

Zukunftsindustrien wie der Computerbranche und in Betrieben ausländischer Investoren sahen sich die Gewerkschaften oft mit einer Beschneidung von Handlungsspielräumen konfrontiert, die noch heute bis zum Streikverbot reichen kann. Durch die restriktive Ausgabenpolitik der konservativen Regierungen wurden auch im öffentlichen Sektor die Spielregeln in den Arbeitsbeziehungen auf Kosten der Belegschaften neu definiert. Vor allem die fortschreitende Dezentralisierung von Tarifverhandlungen führte zu neuen Herausforderungen für die Funktionäre vor Ort. Das umfangreiche Privatisierungsprogramm Margaret Thatchers und John Majors hatte darüber hinaus in einigen Bereichen »Gesundschumpungsprozesse« und umfangreiche Entlassungen zur Folge.

»Am Anfang glaubten wir einfach nicht, daß Margaret Thatcher mit ihrer Politik gegen die Gewerkschaften ernst machen würde«, bekennt der ehemalige Generalsekretär des TUC, Lionel Murray. Bis zur Mitte der 80er Jahre betrachtete der Dachverband die Amtszeit der konservativen Regierung als ein neoliberales Zwischenspiel. Erst die empfindlichen Stimmenverluste Labours in den Unterhauswahlen 1983 und 1987 sowie die fatale Niederlage der Bergarbeiter im Streik von 1984/85 machten dem TUC klar, daß sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen ließ: Die Zeiten, in denen die politische Mitsprache von Gewerkschaften als selbstverständlich angesehen wurde und Streik als das wirksamste Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen galt, waren endgültig vorbei.

Neue Wege

Der Dachverband und seine Einzelgewerkschaften reagierten auf die Veränderungen mit einer Reihe von Initiativen. 1988 leitete der TUC auf Betreiben des moderaten Flügels umfassende Reformen ein. Er öffnete sich stärker neuen Mitgliederpotentialen wie Frauen, Angestellten, ethnischen Minderheiten, Jugendlichen und Teilzeitbeschäftigten. Das Konzept legte besonderen Wert auf den Ausbau von Dienstleistungen. Neben den tarif- und arbeitsrechtlichen Aufgaben sollten Versicherungsangebote, Rechtsberatung, Kredit-

finanzierung und Verbrauchertips Gewerkschaftsmitgliedschaften attraktiver machen. Angehörige des linken TUC-Flügels lehnten diesen Kurs ab. Ihrer Meinung nach hatten sich die Arbeitnehmervertretungen weiterhin auf Tarifpolitik, Arbeitsrecht und Einflußnahme auf die britische Politik zu konzentrieren. Die starke Position des gemäßigten Lagers führte jedoch dazu, daß die Mehrheit im Dachverband an der Neuorientierung festhielt. Darüber hinaus schloß der TRADES UNION CONGRESS in seiner politischen Arbeit immer öfter Aktionsbündnisse mit Kirchen, Verbraucherverbänden und anderen Interessengruppen. Ganz allmählich substituierte er auch seine »Politik der kalten Schulter« gegenüber der Regierung durch Gesprächsbereitschaft – ein Angebot, auf das die Gegenseite allerdings nur selten einging.

Trotz beachtlicher Anpassungserfolge fiel eine Bilanz der Reformbemühungen am Anfang der 90er Jahre eher nüchtern aus: »Wir haben erkannt, daß unsere bisherige Arbeitsweise die Einzelgewerkschaften und ihre Mitglieder nicht in dem Maße unterstützten konnte, wie es nötig gewesen wäre. Wir müssen unsere Potentiale stärker bündeln, um den Gewerkschaften wieder eine lautere Stimme zu geben«, stellte der amtierende Generalsekretär, John Monks, 1994 fest. Vorausgegangen war eine zweite Reformwelle. Sie zielte hauptsächlich auf die Überarbeitung von Organisationsstrukturen im Dachverband. »Flexibilität«, »Effektivität« und »Kreativität« waren die Schlagworte im Herbst 1993. Nicht zuletzt ging es darum, die europäische Ebene in der gewerkschaftlichen Arbeit stärker zu berücksichtigen.

Aufbruch nach Europa

»Europa ja, Europäische Gemeinschaft nein!«, lautete in den 70er Jahren die integrationspolitische Strategie der meisten Gewerkschaften Großbritanniens. Die internationale Solidarität erfordere einen Blick über die EG-Grenzen hinaus, so die Auffassung des TUC. Die europäische Zusammenarbeit mußte aus seiner Sicht die Arbeiternehmerorganisationen im damaligen Ostblock einschließen und durfte auch die westeuropäischen Gewerkschaften außerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht vernachlässigen. Erst im Anschluß an das Referendum zum Verbleib Großbritanniens in der EG 1975 gaben die meisten *unions* ihre integrationsfeindliche Haltung nach und nach auf. Die Europäische Gemeinschaft galt zwar immer noch als ein »Kapitalistenclub«, der den Anliegen von Beschäftigten viel zu wenig Aufmerksamkeit schenkte. Nachdem sich die

Briten jedoch mit einem Stimmenverhältnis von 2:1 gegen einen Austritt ihres Landes entschieden hatten, arrangierte man sich mit diesem Ergebnis und wandte sich seit dem Ende der 80er Jahre immer stärker den supranationalen Institutionen zu.

Sozialpartnerschaft

Die Langzeitwirkung des integrationspolitischen Wandels im TUC liegt allerdings auch auf einem anderen Gebiet. Durch ihr Engagement auf der europäischen Ebene haben die britischen Gewerkschaften erkannt, daß konsensorientierte Wege zur Konfliktlösung in den industriellen Beziehungen auch Vorteile mit sich bringen können. Seit dem Beginn der 90er Jahre ist deshalb »Sozialpartnerschaft« (*social partnership*) das Schlagwort, das zur tarif- und gesellschaftspolitischen Leitlinie der britischen Arbeitnehmervertretungen geworden ist. »Gewerkschaften sind nicht das Problem (*bei der Gestaltung von Politik und industriellen Beziehungen*; G.W.), sie sind Teil der Lösung«, gibt John Monks zu bedenken. Der britische Unternehmerverband CONFEDERATION OF BRITISH INDUSTRY (CBI) sieht das anders. Er akzeptiert die Gewerkschaften zwar in tarifpolitischen Verhandlungen, als Gestaltungsfaktor der nationalen Politik hingegen lehnt er sie weitgehend ab. Auch wenn sein Vorsitzender auf dem TUC-Kongreß 1994 als erster Arbeitgebervertreter unter lautstarken Protesten vieler Delegierter eine Rede halten durfte – dieses epochale Ereignis ist noch kein Indiz dafür, daß die Gewerkschaftsbasis der *social partnership* nur Vorzüge abgewinnt. Neben der bislang verhaltenen Akzeptanz bei vielen Funktionären vor Ort und der kritischen Haltung des Arbeitgeberlagers hängt es vor allem von der künftigen Gewerkschaftsstrategie der Labour-Regierung ab, ob das Konzept der Sozialpartnerschaft in Großbritannien eine Zukunft hat.

Szenen einer Ehe

Zwischen 1979 und 1997 veränderten sich die traditionell sehr engen Beziehungen der LABOUR PARTY zu den Arbeitnehmervertretungen grundlegend. Bereits Neil Kinnock leitete während seiner Amtszeit als Parteivorsitzender zwischen 1983 und 1992 Reformen ein. Er beschneidete den Einfluß der *unions* auf die Politikformulierung und forderte von den Gewerkschaften einen »neuen Realismus« bei der Einschätzung ihrer Rolle als politische Kraft. Künftig sollten hauptsächlich das einzelne Parteimitglied und die Labour-Abgeord-



Fatale Niederlage für den TUC: Der Bergarbeiterstreik von 1984/85 wurde mit große Härte geführt und endete doch mit dem Scheitern der Arbeitnehmerforderungen. Foto: dpa/Camera Press

neten im Unterhaus das programunatische Profil der Partei bestimmen. Umfragen zufolge wirkte sich die Verflechtung mit den Arbeitnehmervertretungen nachteilig auf die Regierungsfähigkeit der LABOUR PARTY aus.

Auch Tony Blair ist darum bemüht, die Verbindung mit den Gewerkschaften zu lockern. Bereits als Angehöriger des Schattenkabinetts sprach er sich mehrfach für entsprechende Schritte aus. Nachdem er 1994 zum Parteivorsitzenden gewählt worden war, stellte er den Arbeitnehmervertretungen zwar »Fairness« in Aussicht. Mit einer bevorzugten Behandlung hingegen können sie künftig nicht rechnen. So bleiben die meisten Gesetze der konservativen Ära zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen weiterhin gültig. Ein weiteres Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Neufassung der »Klausel 4« (*Clause 4*) des Labour-Statuts. Auf Initiative Blairs wurde der Verstaatlichungsparagraph als Parteiauftrag – trotz Protesten aus der Gewerkschaftsbewegung – de facto gestrichen. Für die LABOUR PARTY bedeutet diese Neuorientierung den Höhepunkt in ihrem Wandel von einer sozialistischen zur sozialdemokratischen Partei.

Die angestrebte neue Partnerschaft wird durch zwei weitere Entwicklungen bestimmt werden. Im Januar 1997 beschloß der Parteivorstand, die Präsenz von Kabinettsmitgliedern, Frauen, Vertretern aus den Kommunen und Abgeordneten in Schlüsselgremien zu stärken. Der

Einfluß von Gewerkschaften auf die Politikformulierung der LABOUR PARTY geht also weiter zurück. Symbolcharakter hat eine weitere Über-einkunft: Parlamentarier dürfen künftig nicht mehr in der bisherigen Form von Gewerkschaften finanziell unterstützt werden. Die Tatsache, daß der neue Verteilungsschlüssel und die Abschaffung des traditionellen Sponsoring kurz vor den letzten Unterhauswahlen verabschiedet wurden, zeigt, daß die Labour-Führung ihre Verbindung zu den Gewerkschaften noch immer als einen wichtigen Faktor für die Parteienpräferenz der Briten betrachtet.

Gemeinsame Problemlösungen?

Die Gewerkschaften sind seit dem Regierungswechsel dennoch wieder stärker in die nationale Politik eingebunden. So berief die neue Handels- und Industrieministerin, Margaret Beckett, Arbeitnehmervertreter in Expertenkommissionen, die Vorschläge zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens ausarbeiten sollen. Darüber hinaus fand die erneute Zulassung einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung in der Zentrale des britischen Geheimdienstes die volle Unterstützung Labours. Am 25. Januar 1984 sollten die organisierten Beschäftigten des GOVERNMENT COMMUNICATION HEADQUARTERS (GCHQ) auf Anraten der damaligen Regierung ihre

Arbeitnehmervertretung verlassen. Andernfalls drohte ihnen die Kündigung: Gewerkschaftsmitglieder seien eine Gefahr für die nationale Sicherheit, lautete die offizielle Begründung.

Trotz dieser Berührungspunkte zeichnen sich Meinungsunterschiede zwischen dem TUC und der Labour-Regierung ab. Dazu gehören beispielsweise die konträren Vorstellungen über die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohnes. Die LABOUR PARTY möchte dieses Wahlversprechen mit 3,50 Pfund pro Stunde auf einem wesentlich niedrigeren Niveau einlösen als es den Gewerkschaften vorschwebt. Sie gehen von 4,26 Pfund aus. Anfang Juni 1997 nahm eine Arbeitsgruppe im Auftrag der Regierung ihre Tätigkeit auf, um Vorschläge für einen Kompromiß zu entwickeln. Durch die Einbindung des TUC besteht die Möglichkeit, das Konfliktpotential in dieser Frage zu vermindern und einen breiteren Konsens herbeizuführen. Für erhebliche Unruhe sorgte im Gewerkschaftslager jedoch die Ankündigung Labours vom Januar 1997, im Falle eines Wahlsieges die Löhne im staatlichen Sektor für zwei Jahre einzufrieren. Die Arbeitnehmervertretungen sehen in dieser Maßnahme eine Fortsetzung des vierjährigen Lohnstopps, den noch die Regierung Major für öffentliche Unternehmen verhängte. Vor allem in tarifpolitischen Fragen wird sich daher in naher Zukunft zeigen, wie tragfähig das reformierte Verhältnis zwischen Labour und den Gewerkschaften ist.

Die britischen Arbeitnehmervertretungen haben seit 1979 eine erstaunliche Lernfähigkeit bewiesen. Trotzdem sind sie noch immer mit Hinterlassenschaften der konservativen Ära beschäftigt. Dazu gehört die Unsicherheit über die genaue Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Die Regierungen Thatcher und Major veränderten die Erhebungsmethoden zwischen 1979 und 1997 aus politischen Gründen nicht weniger als 31 Mal. Somit leiden auch gewerkschaftliche Konzepte zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter einer schwachen empirischen Grundlage. Darüber hinaus sind die *unions* auch nach dem Machtwechsel ständig mit neuen politischen, wirtschaftlichen und industriestrukturellen Herausforderungen konfrontiert. Die Kunst künftiger Politik liegt für den TUC und seine Einzelgewerkschaften vor allem darin, aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte die richtigen Schlüsse zu ziehen und gleichzeitig die neuen Handlungsspielräume zu nutzen, die sich aus dem Wahlsieg Labours ergeben können. Denn trotz aller Veränderungen sind die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der britischen Gewerkschaften heute ungleich größer als in den vergangenen 18 Jahren.

MARTIN KEMPE

Umriss einer neuen Arbeitsgesellschaft

Nehmen wir an, kurz vor der Jahrtausendwende würde sich in Deutschland eine engagierte Reformpolitik durchsetzen. Massenarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung könnten im Verlauf von zwei Legislaturperioden überwunden werden. Durch eine zeitgemäße Sozialpolitik gelänge es, die Risiken der neuen Arbeitsgesellschaft in Chancen zu verwandeln. Die Ausweitung ökologisch orientierter Arbeit habe die Lebensqualität aller Menschen verbessert.

Stellen wir uns vor, der Traum würde wahr und die unüberwindbar scheinenden sozialen Probleme der Gegenwart würden tatsächlich gelöst: Welche Gesellschaft entstünde im Verlauf einer solchen Veränderung in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends? Welche neuen Formen des Lebens und Arbeitens bildeten sich? Auf welche sozialen Sicherungen könnten die Menschen zählen, welche persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten böten sich ihnen?

I.

Um das herauszufinden, wollen wir uns auf eine kleine Zeitreise begeben – nicht bis zum Punkt der ewigen Wahrheiten und Sehnsüchte der Menschheit, nicht bis ins Paradies der allumfassenden Gerechtigkeit und Freiheit, sondern nur bis in das Jahr 2010.

Wie fern scheint uns dieses Jahr! Und wie nah, fast noch vertraut, ist uns heute noch das Jahr 1984, das George Orwell einst zur Chiffre für seine Vision des modernen Obrigkeitsstaats machte! Aber unser Zeitgefühl trügt: handelt es sich doch – von heute aus gesehen – um die gleiche Zeitspanne. Dreizehn Jahre.

Diese dreizehn Jahre wollen wir in einem Gedankenexperiment überspringen, um Aufschluß über die zukünftige Arbeitsgesellschaft zu erhalten. Wir wollen dabei nicht in jene dunklen Zukunftssängste eintauchen, die angesichts der gegenwärtigen Krise und ihrer schieren Ausweglosigkeit so naheliegend und verbreitet sind. Unser Besuch in der Zukunft soll von der Hoffnung beflügelt werden, daß heute zur Diskussion stehende Reformvorschläge in den Jahren um die Jahrtausendwende so oder in abgewandelter Form realisiert werden.

Dabei ist uns eine ernsthafte Zukunftsprognose natürlich nicht möglich. Aber wir können dennoch den Versuch unternehmen, eine mög-

liche und wünschbare Zukunft zu beschreiben. Es handelt sich dabei um eine Zukunft, die im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß der kommenden Jahre als Potential enthalten ist – die also politisch durchgesetzt werden muß, wenn sie Realität werden soll. Hier also der Bericht aus dem Jahr 2010.

II.

Kurz vor der Jahrtausendwende ist die Politik in Deutschland zu der Überzeugung gekommen, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht durch wirtschaftliches Wachstum, sondern nur durch eine völlige Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zu überwinden sei. Der Anstoß dazu kam zunächst aus den Gewerkschaften: Durch weitreichende Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich, so forderte der Vorsitzende einer wichtigen Einzelgewerkschaft, sollte die vorhandene Erwerbsarbeit gerechter verteilt werden. Dabei sollten die Arbeitszeitverkürzungen durch befristete, steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen abgedeckt werden.

Nach heftigen öffentlichen Kontroversen wurden daraufhin die rechtlichen Voraussetzungen für den »Solidaritätsbonus« geschaffen. Rechtlich war das eine Lohnersatzleistung bei »Teilarbeitslosigkeit«, mit der Einkommensminderungen bei kräftigen Arbeitszeitverkürzungen für die meisten Beschäftigten etwa zur Hälfte ausgeglichen werden konnten. Die Tarifparteien erhielten das Recht, dieses neue Instrument vertraglich zu gestalten. Sie konnten damit eine neue Ära der Arbeitszeitpolitik einleiten.

Nach wenigen Jahren waren die individuellen Arbeitszeiten in den meisten Branchen deutlich gesunken. Durch notwendige Neueinstellungen wurde eine Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit bewirkt. Die Massenarbeitslosigkeit sank zwar bis zum Jahr 2000 nicht auf die Hälfte, aber schon im Jahr 2003 hatte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich entspannt. Seit fünf Jahren gilt die Arbeitslosigkeit als überwunden.

Die Einigung auf diese Form der Arbeitsumverteilung war nur möglich, weil sie für alle Beteiligten Vorteile bot:

Die *Gewerkschaften* konnten für ihre Mitglieder große Zeitgewinne ohne realen Einkommensverzicht durchsetzen. Die zeitweilige »Teilarbeitslosigkeit« wurde von den Beschäftigten nicht als Bedrohung empfunden, weil sie nicht mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und mit einem Teillohnausgleich durch den »Solidaritätsbonus« verbunden war. Gleichzeitig wurden die Arbeitnehmer durch eine

Steuerreform entlastet, die den Energieverbrauch verteuerte und eine Senkung der Sozialabgaben erlaubte. Die normale Lohntarifpolitik der Gewerkschaften sorgte schließlich dafür, daß die realen Nettoeinkommen der Beschäftigten trotz der weitreichenden Arbeitszeitverkürzungen stabil blieben.

Die *Unternehmer* erkannten in der Arbeitszeitverkürzung eine Chance, ihre Personalkosten kurzfristig zu senken. Denn den Einkommensausgleich durch den »Solidaritätsbonus« mußten nicht sie, sondern die Arbeitsverwaltung aufbringen. Gleichzeitig konnten sie ihren Beschäftigten auf Basis kürzerer Arbeitszeiten eine höhere Flexibilität abverlangen. Besonders kleinere Betriebe konnten nun erstmals Schichtarbeit einführen und damit ihr Kapital besser auslasten. Weitere Entlastungen ergaben sich bei den Lohnnebenkosten, weil die versicherungsfremden Leistungen der Sozialversicherungen nicht mehr aus Beitragszahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern aus Steuermitteln finanziert wurden.

Der *Staat* wiederum wurde zwar durch die Kosten des »Solidaritätsbonus« und andere jetzt steuerfinanzierte Sozialleistungen zusätzlich belastet. Andererseits aber wurde er durch die sinkenden Kosten der Massenarbeitslosigkeit entlastet. Schon nach wenigen Jahren konnte die Finanzierungskrise bei den gesetzlichen Sozialversicherungen behoben werden, weil die Zahl der aktiven Beitragszahler durch die Wiedereingliederung von Millionen Arbeitslosen wieder anstieg. Aufwendungen für Wohngeld, Sozialhilfe und andere Sozialkosten verringerten sich im gleichen Maße wie die Arbeitslosigkeit. Insgesamt, so haben Wissenschaftler errechnet, haben sich die Reformen für den Staat als »Nullsummen-Spiel« erwiesen.

Zwar hat das die Möglichkeiten für eine steuerliche Entlastung der Unternehmen und der hohen Einkommen begrenzt. Aber das hat die Wirtschaft letztlich hingenommen, weil die Entlastungen bei den Lohn- und Lohnnebenkosten unmittelbar wirksam wurden – und weil sich die Chance für einen Modernisierungspakt mit den Gewerkschaften bot. In einzelnen Branchen wurden bereits Anschlußregelungen mit der Möglichkeit weiterer Arbeitszeitverkürzungen vereinbart.

III.

Wie arbeiten und leben die Menschen also heute, im Jahr 2010, nachdem die Arbeitszeit im Durchschnitt auf etwa 25 Wochenstunden gesunken ist? Dabei muß hinzugefügt werden, daß die Berechnung von Wochenarbeitszeiten

bei der Vielzahl bestehender Arbeitszeitregelungen nur noch statistisch einen Sinn macht. Denn eine für alle oder auch nur die meisten Beschäftigten einheitliche Wochenarbeitszeit gibt es heute nicht mehr.

Vielleicht der auffälligste Unterschied zu früher ist der Wegfall feststehender Normen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen. Das im letzten Jahrhundert noch vorherrschende »Normalarbeitsverhältnis« gibt es heute nicht mehr. Es hat sich in eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse aufgelöst. Heute ist alles möglich, und es verändert sich immer wieder im Verlauf des Arbeitslebens.

Wichtig ist nur die arbeits- und sozialrechtliche Absicherung dieser Vielfalt, auf welche die Gewerkschaften großen Wert gelegt haben. Denn sie konnten für ihren Kurs der Arbeitsumverteilung nur dann eine Mehrheit unter ihren Mitgliedern finden, wenn die neue Vielfalt und Flexibilität der Arbeitsverhältnisse nicht zu erhöhter sozialer Unsicherheit führte.

Die Forderung der Gewerkschaften nach »kontinuierlichem Einkommen bei diskontinuierlicher Arbeit« wurde teilweise über betriebsinterne Arbeitszeitkonten und ähnliche branchenweite Vereinbarungen durchgesetzt. Weitergehende langfristige Freistellungen und Arbeitszeitverkürzungen konnten durch den »Solidaritätsbonus« abgedeckt werden. Auch die Unternehmen konnten damit ihre Personalkosten in gewissem Umfang dem tatsächlichen Produktionsvolumen anpassen.

Die neue Vielfalt der Arbeitsverhältnisse spiegelt also die Interessen beider Seiten wider: – Die Beschäftigten bekamen kürzere, selbstbestimmtere, ihrer jeweiligen Lebenssituation angepasste Arbeitszeiten.

– Den Betrieben wurde der möglichst flexible Einsatz des Faktors Arbeit ermöglicht.

In den Tarifverträgen gibt es heute, im Jahr 2010, die unterschiedlichsten Modalitäten, diese beiden oft im Konflikt befindlichen Interessen aufeinander abzustimmen.

Insgesamt läßt sich der Trend der letzten Jahre in der nur scheinbar widersprüchlichen Kurzformel zusammenfassen: »Je kürzer die individuellen Arbeitszeiten, desto flexibler die Produktion«. Die durchschnittlichen Betriebsnutzungszeiten und die Kapitalauslastung haben sich sogar erhöht. Besonders in Klein- und Mittelbetrieben sind durch Schichtarbeit viele neue Arbeitsplätze entstanden.

Kurz: Die Tarifparteien nutzten die neuen Rahmenbedingungen zum beiderseitigen Vorteil für eine neue Arbeitspolitik, mit der die Krise in der sozialpartnerschaftlichen Tradition der alten Bundesrepublik überwunden wurde.

Inzwischen spricht alle Welt wieder vom »deutschen Modell«, das Sozialstaatlichkeit und wirtschaftliche Modernisierung auf neue Weise miteinander verbunden habe.

IV.

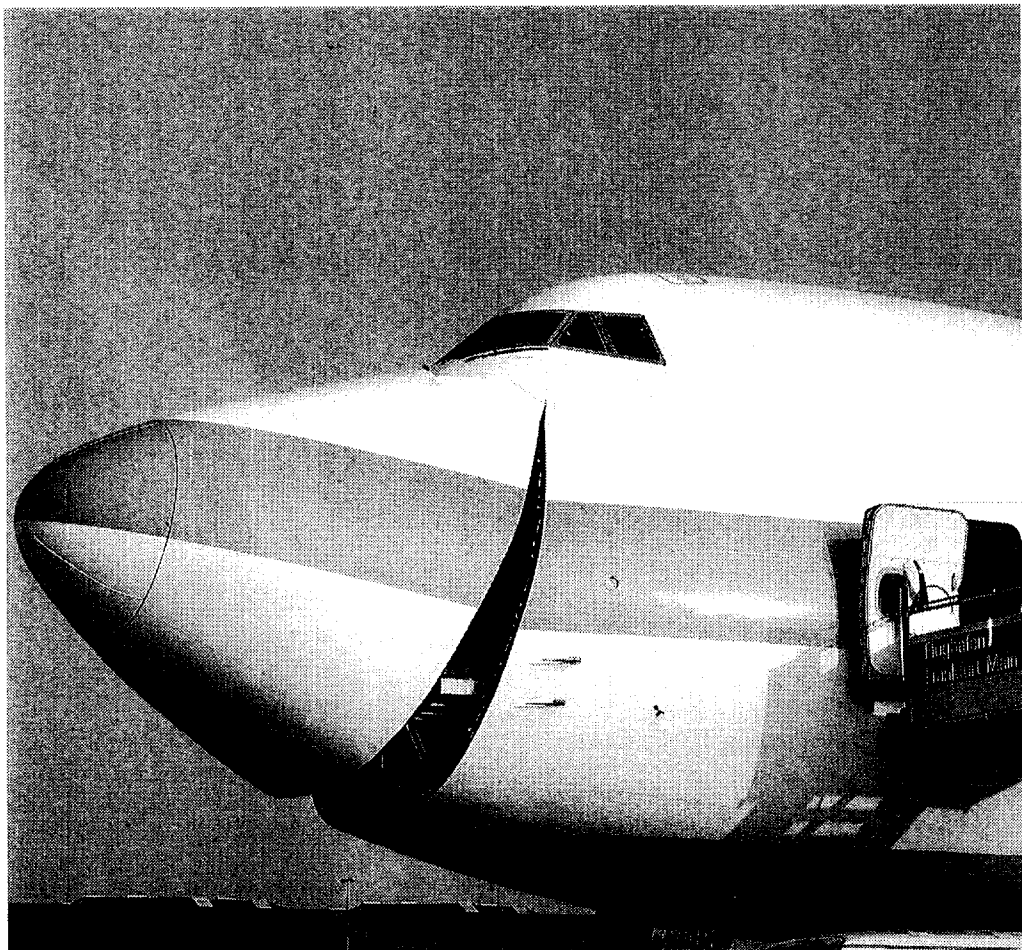
Wie hat sich nun das Leben in den Jahren nach der Jahrtausendwende verändert? Sind die Menschen, wiewohl mit kürzerer Arbeitszeit, vollends zu Anhängseln eines entfesselten Wirtschaftsprozesses geworden – allzeit flexibel einsetzbar und ohne jede Autonomie in der Gestaltung ihres täglichen Lebens? Oder haben sie ganz im Gegenteil einen neuen Grad der Unabhängigkeit vom Wirtschaftsprozeß erreicht, der sie insgesamt freier macht? Oder ist jetzt ein Zeitalter des entfesselten Individualismus angebrochen, einer kulturellen und sozialen Bindungslosigkeit, die jedes Gemeinschaftsleben zu zerstören droht?

All diese Hoffnungen und Befürchtungen sind in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre geäußert worden. Sie sind wahr und unwahr zugleich, denn es spiegeln sich darin die unterschiedlichen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung. Es ist zwar gelungen, die Ende der 90er Jahre absehbaren sozialen und politischen Katastrophen abzuwenden und die Entwicklung in eine alles in allem positive Richtung zu lenken. Aber die Welt ist dadurch nicht plötzlich problemlos geworden.

Heute stellen sich andere Aufgaben als während der Reformära um die Jahrtausendwende. Es geht nicht mehr um die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, der sozialen Spaltung, sondern um die Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens unter den heutigen Bedingungen.

Der Trend zur Individualisierung ist durch die Veränderungen in der Arbeitswelt zweifellos unterstützt worden und hat sich praktisch in allen Bevölkerungsschichten durchgesetzt: die Erwerbstätigkeit und ihr Normensystem haben ihren zentralen Stellenwert im Leben der Menschen eingebüßt. Das rigide und repressive Leistungsethos der Industriegesellschaft alten Typs ist nach und nach eines natürlichen Todes gestorben. Die Lebensbereiche außerhalb des Erwerbssystems sind für die Menschen sehr viel wichtiger geworden.

Dies schließt Leistungsbereitschaft nicht aus. Aber die entwickelt sich nicht mehr unter dem Druck betrieblicher oder institutioneller Hierarchien, auch nicht mehr aus der schieren Not des Broterwerbs. Leistung entsteht heute aus dem individuellen Interesse, dem persönlichen Engagement der Menschen. Und vor



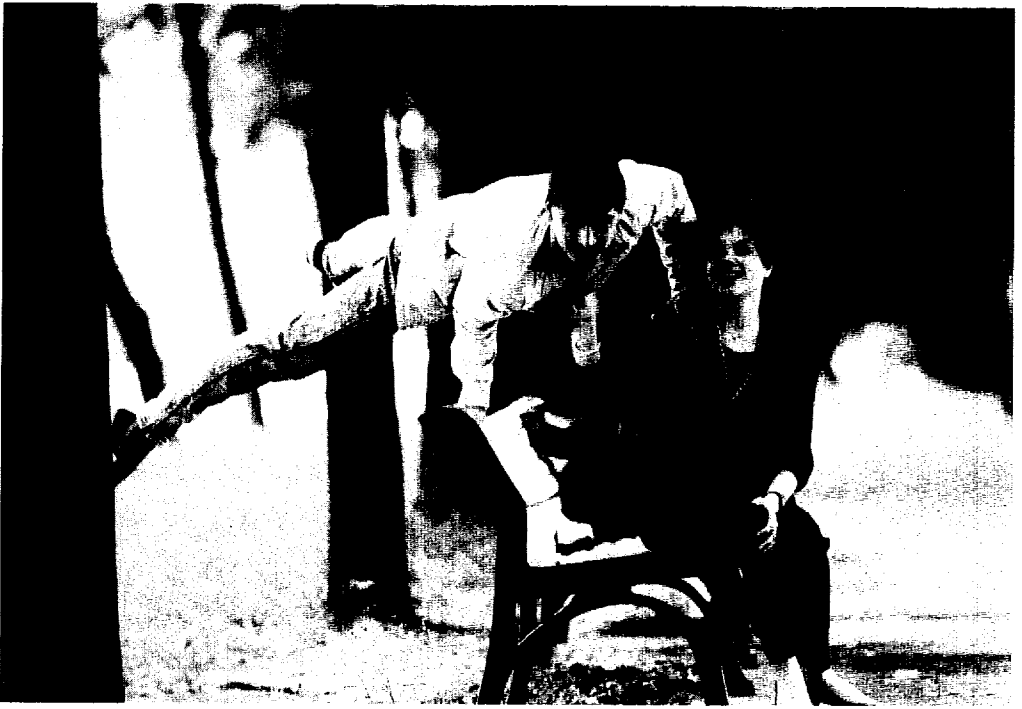
Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutschlands.

Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafen-gesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

**Flughafen
Frankfurt Main**

Service zwischen Himmel und Erde



Mehr »freie Zeit« für gesellschaftlich notwendige Arbeit mit neuer Definition.

Foto: Panin-Utkin/Voller Ernst

allen: sie wird heute nicht mehr ausschließlich vom Erwerbssektor okkupiert, sondern richtet sich immer mehr auf die Gestaltung der persönlichen Lebensverhältnisse.

Heute können die Menschen all die Dinge tun, für die sie früher keine Zeit hatten. Sie können handwerklich oder künstlerisch tätig sein, sie können ihren Hobbys nachgehen oder die notwendige Familienarbeit ohne Zeitnot leisten. Sie können kulturelle oder soziale Aktivitäten entwickeln, sich im Vereinsleben und der Nachbarschaftshilfe engagieren. Oft nehmen diese Tätigkeiten jenseits der formellen Erwerbsarbeit mit der Zeit semi-professionellen Charakter an. Und es läßt sich immer häufiger beobachten, daß Menschen ihre »private« Tätigkeit nach einer gewissen Zeit zum Beruf machen.

Inzwischen ist unverkennbar, daß jenseits der Erwerbsarbeit neue gesellschaftliche Zusammenhänge gewachsen sind und weiter wachsen werden, die mehr und mehr das Leben der Menschen bestimmen. Deshalb müssen wir uns jetzt fragen: Welche öffentlichen Strukturen, welche Selbsthilfe- und Serviceeinrichtungen brauchen wir, um diesen immer noch viel zu wenig entwickelten Prozeß der Selbstorganisation zu unterstützen. Denn die Zeiten, in denen die Gesellschaft allein oder

überwiegend durch den Erwerbssektor zusammengehalten wird, sind ein für allemal vorbei.

Nie zuvor in der Geschichte hat es für die Masse der Menschen größere Möglichkeiten gegeben, bestimmte Bereiche oder Phasen ihres Lebens von den Zwängen der Ökonomie »abzukoppeln«. Die Möglichkeiten, Dinge »um ihrer selbst willen« zu tun, ohne Zweckbindung und ökonomisches Nutzenkalkül, sind größer als je zuvor. Das öffnet eine neue Perspektive zur Freiheit, die mehr ist als die Abwesenheit von politischem oder ökonomischem Zwang und die weit über die beengten Horizonte des politischen Tagesgeschäfts hinausweist.

V.

Ein weiterer Aspekt verdient besondere Aufmerksamkeit: die Veränderung des Geschlechterverhältnisses in der modernen, nachindustriellen Gesellschaft.

Schon durch die allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen wurde es vielen Frauen erleichtert, ihrer Erwerbsarbeit nachzugehen oder ihre diskriminierten »Teilzeit-Arbeitsverhältnisse« in »normale« verwandeln. Auch der allgemeine Abbau der Arbeitslosigkeit hat die Erwerbstätigkeit der Frauen gefördert. Aber

dennoch war die Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht aufgehoben. Denn noch immer waren Kinderpflege und andere Familienarbeiten mit gleichberechtigter Erwerbsarbeit nicht voll vereinbar.

Dieses Problem wurde kurz nach der Jahrtausendwende durch eine ergänzende Reform aufgegriffen. Danach können Beschäftigte – bei Wahrung aller arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche – Lohnersatzleistungen in Anspruch nehmen, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit zur Erziehung und Pflege anderer Menschen zeitweilig unterbrechen oder reduzieren. Allen Beschäftigten stehen heute 3000 Stunden »Pflegezeit« zu, die sie beliebig über ihr Erwerbsleben verteilen können. Dies entspricht nach heutigem Stand etwa drei Arbeitsjahren. In besonderen Fällen, etwa bei Alleinerziehenden, erhöht sich das Kontingent auf das Doppelte.

Diese besondere Regelung ergänzt die tariflich vereinbarten Möglichkeiten zeitweiliger Freistellung und kann so »flexibel« genommen werden, wie es die persönliche Situation erfordert. Natürlich kann sie auch mit Qualifizierungen und anderen öffentlich geförderten Aktivitäten verknüpft werden.

Durch diese Reform wurde letztlich etwas sehr Einfaches und Naheliegendes erreicht: Die »brachliegende« Zeit von Arbeitslosen wurde auf jene Menschen verlagert, die frei verfügbare Zeit am dringendsten brauchen – also vor allem auf junge Eltern. Die finanzielle Situation der jungen Familien hat sich dadurch erheblich verbessert, und die Eltern können sich heute endlich mit jener Muße ihren Kindern zuwenden, auf die alle Kinder ein Recht haben.

Gleichzeitig sind in gewissem Umfang Arbeitsplätze freigeworden – übrigens auch von Männern. Denn die einkommensbezogenen Lohnersatzleistungen erleichtern den Männern die Entscheidung für die »Pflegezeit« und nehmen ihnen wenigstens teilweise jenes Argument, sie könnten ihre Erwerbsarbeit wegen ihres höheren Beitrags zum Familieneinkommen auf keinen Fall unterbrechen.

So tragen nun auch die jungen Väter aus der Sicht ihrer Arbeitgeber zunehmend ein »Kinderisiko«, das früher allein die Frauen tragen mußten. Aber weil Erwerbsarbeit heute bei allen Beschäftigten immer wieder durch Schwankungen und zeitweilige Unterbrechungen gekennzeichnet ist, wiegt dieses »Kinderisiko« ohnehin nicht mehr viel – weder bei Frauen noch bei Männern.

Heute, im Jahr 2010, sind Berufs- und Familienarbeit leichter miteinander zu verbinden als je zuvor. Die zeitlichen und finanziellen

Rahmenbedingungen sind günstiger und das familiäre Engagement der Männer ist deutlich – wenn auch noch nicht ausreichend – gestiegen. So läßt sich heute ein geradezu revolutionäres Fazit ziehen: Die soziale Gleichberechtigung der Geschlechter ist zwar noch nicht voll verwirklicht. Aber erstmals sind die strukturellen Voraussetzungen dafür annähernd gegeben!

VI.

All die geschilderten Reformen waren von heftigen politischen Auseinandersetzungen begleitet. Insbesondere für die Arbeitsverwaltung wurden milliardenschwere Defizite vorausgesagt, die dann aber wegen des Abbaus der Massenarbeitslosigkeit geringer ausfielen als erwartet. Schwierigkeiten ergaben sich in ganz anderer Hinsicht: Nach der Einführung der »Pflegezeit« ab dem Jahr 2003 ließen sich viele höher qualifizierte Eltern freistellen, während fachlich geeignete Vertretungskräfte auf dem Arbeitsmarkt kaum zu finden waren. Dadurch wurde der auf dem Arbeitsmarkt ohnehin feststellbare »Sog nach oben« zusätzlich verstärkt. Vor allem aus diesem Grunde haben sich die Arbeitgeber mit der Reform bis heute nicht anfreunden können.

Ein weiterer Grund dafür war die stürmische Entwicklung eines neuen gemeinnützigen Sektors. Für diesen sog. »Dritten Sektor«, der in den letzten Jahren zwischen dem privatwirtschaftlichen »ersten« und dem staatlichen »zweiten« Sektor herangewachsen ist, werden ebenfalls dringend Arbeitskräfte gesucht. Die Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte hat sich dadurch weiter verschärft.

Beide Faktoren verweisen auf eine völlig neue Rolle der Arbeitsverwaltung im Gesamtzusammenhang der Arbeitspolitik.

Lohnersatzleistungen, die früher für die Arbeitslosen ausgeschüttet wurden, werden heute weitgehend durch den »Solidaritätsbonus« und die »Pflegezeiten« gebunden. Die traditionelle Funktion der Arbeitslosenversicherung, die Absicherung gegen Einkommensausfall bei Arbeitslosigkeit, ist in den letzten Jahren mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Dennoch spielt die Arbeitsverwaltung heute, im Jahr 2010, im Leben der Menschen eine womöglich größere Rolle als vor der Jahrtausendwende:

– Sie ist zu einem Instrument der Umverteilung von Arbeit, also einer vorausschauenden Regulierungspolitik auf dem Arbeitsmarkt geworden, das von den Tarifparteien im beiderseitigen Interesse in Anspruch genommen wird.

– Sie ist durch die Berücksichtigung bestimmter Lebensumstände, etwa der Pflegezeiten, zu einer »besonderen Form der Lebensversicherung« weiterentwickelt worden, mit deren Hilfe vor allem der Konflikt zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit entschärft und die zeitweilige Betreuung von Mitmenschen in eine positive Lebensoption verwandelt wurde.

– Sie ist angesichts des gewachsenen Bedarfs an Fachkräften zu einem wichtigen Finanzier der Aus- und Weiterbildung, der außerbetrieblichen Qualifikation geworden.

– Und schließlich fungiert sie heute als eine »Agentur für gesellschaftlich erwünschte Arbeit«, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen und regionalen Verwaltungen viele Aktivitäten innerhalb des »Dritten Sektors« unterstützt.

Diese unterschiedlichen Funktionen sind in der Praxis oft nicht voneinander zu trennen. So wurden zum Beispiel tarifliche Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung häufig mit Fortbildungsaktivitäten gekoppelt, um den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen. Und viele junge Eltern haben ihre gesetzlichen Freistellungen genutzt, um Selbsthilfeeinrichtungen für die Betreuung ihrer Kinder aufzubauen. Diese wiederum werden in vielen Kommunen aus Mitteln der Arbeitsförderung unterstützt und bilden einen Teil jenes Bereichs »gesellschaftlich erwünschter Arbeit«, der unter dem Stichwort »Dritter Sektor« zusammengefaßt wird.

So besteht die Aufgabe der Arbeitsverwaltung vor allem darin, das vorhandene Arbeitspotential nach Qualifikation und gesellschaftlichem Bedarf zu gestalten. Die gewaltigen Umschichtungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt in die modernen Zukunftsbereiche und in den »Dritten Sektor« können nur durch zusätzliche Qualifikations- und Umschulungsaktivitäten bewältigt werden. Die früher so oft beklagte Gefahr von Fehlqualifikationen oder sinnlosem Leerlauf spielt keine Rolle mehr. Denn die Arbeitskräfteknappheit in bestimmten Bereichen läßt den tatsächlichen Qualifikationsbedarf deutlich hervortreten. Die Frage ist heute eher, ob die Bildungsfähigkeit der Bevölkerung so entwickelt ist, wie es notwendig wäre.

Jedenfalls ist die Arbeitsverwaltung in den letzten Jahren zu einer unverzichtbaren Stütze im Modernisierungsprozeß des Faktors Arbeit geworden. Dabei sind nicht alle Fortbildungsaktivitäten auf den formellen Wirtschaftssektor oder den öffentlichen Dienst gerichtet. Viele Tätigkeiten innerhalb des neuen, gemeinnützigen »Dritten Sektors« erfordern neue Qualifikationen, die in den beiden anderen Bereichen nicht unbedingt erworben werden können.

Damit kommen wir zu der vielleicht wichtigsten Veränderung in der Aufgabenstellung der Arbeitsverwaltung, dem in den letzten Jahren neu entstandenen »Dritten Sektor«. Dieser neue Bereich gemeinnütziger Arbeit steht in der Tradition der »aktiven Arbeitsmarktpolitik« gegen Ende des letzten Jahrhunderts. Aber er ist inzwischen über seine nachgeordnete Rolle als »Zweiter Arbeitsmarkt« weit hinausgewachsen und heute ein eigenständiger Tätigkeitsbereich zwischen und neben dem privaten und dem staatlichen Beschäftigungssektor.

Es geht heute nicht mehr darum, Arbeitslosen in einer »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« eine vorübergehende, manchmal sogar ziemlich sinnlose Beschäftigung zu verschaffen. Die Arbeit im »Dritten Sektor« wird nicht als notgedrungene Übergangslösung verstanden, sondern sie ist eine gleichwertige Beschäftigung in einem als sinnvoll ausgewiesenen Tätigkeitsbereich. Und weil es sich um sinnvolle, der Gemeinschaft dienliche Tätigkeiten handelt, werden die Beschäftigten durch Zuwendungen der Arbeitsverwaltung und andere öffentlicher Fördertöpfe unterstützt.

Die Grenzen zum kommerziellen und staatlichen Sektor sind fließend. Übergänge in alle Richtungen sind möglich und üblich. Der »Dritte Sektor« finanziert sich – je nach Projekt oder Betrieb – aus unterschiedlich gemischten Anteilen von Eigenerlösen, öffentlichen Zuschüssen und privatwirtschaftlichen Mitteln. Er erbringt zahlreiche soziale Dienstleistungen, er unterstützt ökologische Projekte in Gemeinden und Regionen, er fördert neue Formen des sozialen Wohnungsbaus, die aus Selbsthilfebewegungen hervorgegangen sind.

Insgesamt ist der »Dritte Sektor« der Selbsthilfe und Selbstorganisation der Bevölkerung verpflichtet. Er füllt einen Teil jener Lebensräume aus, die durch das Zurückdrängen der Erwerbsarbeit freigeworden sind. Vom kommunalen Bauhof bis hin zu einem noch weiter aufgefächerten Angebot sozialer Dienstleistungen kann noch manches aufgebaut werden, was der Lebensqualität der Menschen zugute kommt. Auch das stärkt die Unabhängigkeit der Menschen gegenüber den Zwängen des ökonomischen Sektors und läßt nach und nach eine neue Form von »sozialer Gesellschaft« heranwachsen, die sich grundlegend vom traditionellen Sozialstaat unterscheidet.

Der traditionelle Sozialstaat züchtete den passiven Leistungsempfänger und stieß an seine Grenzen, weil die Zahl dieser Leistungsempfänger immer größer wurde. Das heutige

Ideal ist dagegen der eigenverantwortliche und gleichzeitig der Gemeinschaft verpflichtete Bürger, der die erweiterten Möglichkeiten der Selbstbestimmung verantwortlich nutzt. Arbeits- und Sozialpolitik besteht heute darin, all diese neuen Formen von »Sozial-Gesellschaftlichkeit« zu unterstützen.

Noch sind wir von diesem Ideal weit entfernt. Aber die Voraussetzungen, uns dem anzunähern, haben wir in den zurückliegenden Jahren der Reform und Modernisierung geschaffen. Das ist viel, wenn man bedenkt, wie die Entwicklung auch hätte laufen können seit den Krisenjahren am Ende des 20. Jahrhunderts.

VIII.

Soweit unser Bericht aus dem Jahr 2010. Zurück in der Gegenwart stellen sich natürlich viele Fragen – ob all dies nicht zu utopisch ist, um eine Chance für die Gegenwart zu sein; ob eine solche Entwicklung allein in einem Land überhaupt möglich ist oder ob sie nicht zumindest in allen Ländern der Europäischen Union gleichzeitig stattfinden müßte. Es ist auch durchaus fraglich, ob die vorgestellten Zukunftsvisionen von der Bevölkerung geteilt werden – fordern sie doch aktives Bürger-Engagement, wo bisher Passivität gegenüber fremdem und eigenem Elend die Regel ist und immer nur das Handeln der jeweils anderen eingefordert wird.

Aber all diese naheliegenden und berechtigten Fragen können nichts daran ändern, daß wir aus der scheinbar naturgesetzlichen Zwangsläufigkeit der gegenwärtigen Krisenentwicklung ausbrechen müssen.

Schon reden wir nicht mehr von der drohenden »Zwei-Drittel-Gesellschaft«. Denn die ist längst da. Heute wird auf Weltebene bereits die Gefahr der »Zwanzig-Zu-Achtzig-Gesellschaft« beschworen – also einer Gesellschaft, die vier Fünftel der Weltbevölkerung dem Elend, der Verwahrlosung und dem Zeitvertreib durch eine allgegenwärtige Unterhaltungsindustrie überantwortet.

Da sollte es doch der Mühe wert sein, Alternativen zu denken und an Zukunftsentwürfen zu arbeiten, die gleichzeitig utopisch und erreichbar sind:

- utopisch, weil Veränderung ohne den Traum vom besseren Leben nicht möglich ist,
- erreichbar, weil unsere Chancen in Deutschland gar nicht einmal schlecht sind.

Wir müssen nicht bei Null anfangen, um die Wende zu einer »Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland« zu schaffen. Wir können an bestehende politische und gesetzliche Struk-

turen anknüpfen, um jene »neue Arbeitsgesellschaft« in den kommenden Jahren zu entwickeln, die dieser Bericht aus dem Jahr 2010 in Umrissen sichtbar machen sollte.

HANS-JOACHIM SCHABEDOTH Wundermedizin Kombilohn

Die guten Vorschläge, wie sich das Problem der Massenarbeitslosigkeit minimieren oder sogar beseitigen ließe, füllen mittlerweile ganze Bibliotheken. Es gibt keinen Mangel an Rezepten. Was fehlt, ist die Bereitschaft, die besten Rezepte anzuwenden. Doch längst ist erwiesen, daß Bundesregierung und Arbeitgeberverbände gar nicht so sehr an wirkungsvollen Rezepten interessiert sind. Das vorhandene Maß an Arbeitslosigkeit zementiert nachweislich die eigene Position in der Interessenaus-einandersetzung mit den Gewerkschaften. Und leider können sich die Regierungsparteien sicher sein, daß nur der geringste Teil der aktuellen oder potentiellen Arbeitslosen zu ihrem Wählerstamm zählt. Wenn sich Arbeitslose oder sozial Ausgegrenzte in immer größerer Zahl gar nicht mehr für Wahlen interessieren, werden Pfarrer Hintze und FDP-Westerwelle also die letzten sein, die das ehrlich bedauern.

Anders ist die Situation für die SPD. Von ihr wird wirklich erwartet, daß sie plausible Vorschläge zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit macht. Eigentlich wäre es schon getan, sie würde die vielen schon gemachten Vorschläge endlich zuspitzen und popularisieren. Doch zeigt sich auch auf dieser Seite eine eigentümliche Unlust: Statt immer wieder den einen Ball vor das richtige Tor zu spielen und endlich zu verwandeln, laufen ihre Spitzenspieler lieber hinter jedem neuen Ball her. Leicht geht darüber die Orientierung verloren.

Einen neuen Ball hat in diesen Tagen die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ins Spiel geworfen. Die BDA will erkannt haben, daß es erhebliche ungenutzte Beschäftigungschancen bei einfachen Arbeiten gibt, vor allem im Dienstleistungsbereich. Allerdings – und diese Argumentation ist wohl schon tausend Jahre alt – seien die Ar-

beitskosten für diese Arbeiten zu hoch. Hinreichende Nachfrage könne es nur dann geben, wenn es einen neuen Niedriglohn gäbe, 20 bis 30 Prozent unter den schon vorhandenen unteren Tarifgruppen. Immerhin räumt die BDA ein, daß es nicht sehr attraktiv ist, solche Arbeit anzunehmen, solange die damit erzielten geringen Arbeitseinkommen weitgehend auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Die Arbeitgeber schlagen deshalb vor, nach Familiengröße gestaffelte Freibeträge einzuführen, um damit einen stärkeren materiellen Anreiz zur Aufnahme von niedrigst entlohnerten Tätigkeiten zu gewinnen. Folgt man den Verkündern dieses Kombilohn-Vorschlages, winken zwischen 3,8 und 4,7 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze.

Warum eigentlich nicht? So fragen immer wieder alle, die nicht auf den vielen schon bekannten »Bürgerwegen« nach Lösungen für Arbeitslosigkeit suchen, sondern sich schon immer den einen genialen »Königsweg« ersieht haben. Außerdem verspricht jeder neue Vorschlag im Parteienwettbewerb und in der Interessensauseinandersetzung einen Aufmerksamkeitsbonus. Nur so ist es zu erklären, daß die neue Wundermedizin »Kombilohn« auch in Überlegungen auftaucht, die von Gerhard Schröder öffentlich angestellt worden sind. Öffentlich nachdenken ist kein Fehler. Auch der DGB hat ja schließlich nicht sofort mit Abwehr statt Neugier reagiert. Mittlerweile konnten Pro und Contra allerdings intensiver diskutiert werden, was schließlich zu einer gut begründeten

Zurückweisung des BDA-Vorstosses geführt hat. Natürlich muß weiter versucht werden, illegale Beschäftigungsverhältnisse zu legalisieren. Und es muß darüber geredet werden, in welchen Dimensionen die Zuverdienstmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger verbessert werden können, ohne den Kreis der Sozialhilfeberechtigten in einer Millionengrößenordnung auszuweiten und dafür zusätzliche zweistellige Milliardenbeträge aufwenden zu müssen. Doch beim besten Willen ist nicht einzusehen, wieso die moderate Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten auch mit der Einführung neuer Niedriglohntarife verbunden sein soll. Alle gültigen Tarifverträge bieten genügend ungenutzten Spielraum, auch Einfachstarbeiten leistungsgerecht zu entlohnen. Um leistungsgeminderte Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose an den Arbeitsmarkt heranzuführen, bedarf es nur der Anwendung und Ausweitung der schon vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Programme. Die Bundesregierung ist weit davon entfernt, wie die verfügbaren Kürzungen der Arbeitsförderung beweisen.

Nein, der Kombilohn-Vorschlag soll nicht neue Arbeit schaffen, sondern vorhandene Arbeit billiger machen. Das ist ein Uraltanliegen der Arbeitgeberverbände, muß aber nicht zum neuen Programm für Sozialdemokraten werden. Wer für Innovation und Gerechtigkeit Partei ergreift, kann nicht »Ja« zum Kombilohn sagen. Denn es ist nicht nur ordnungspolitisch bedenklich und tarifpolitisch schädlich, sondern auch unter Gerechtigkeitsaspekten unverantwortlich, die Differenz zwischen dem offensichtlich bestehenden informellen Marktpreis für Niedriglohnarbeit und den Wunschvorstellungen der möglichen Nachfrager solcher Arbeiten über Mittel der Sozialversicherungen oder des Steuersystems zu subventionieren. Warum sollen viele dafür bezahlen, daß wenige sich den Nutzen von niedrig entlohnter Arbeit aneignen, ohne wenigstens dafür den ohnehin schon sehr niedrigen Marktpreis zahlen zu müssen? Die Gewerkschaften gehen aus guten Gründen weiter davon aus, daß das tariflich erzielte Mindesteinkommen existenzsichernd sein muß. Wer dieses Mindesteinkommen nicht zahlen will, hat seit jeher seine Monopolstellung auf einem regionalen Arbeitsmarkt dazu mißbraucht, um die Arbeitsentgelte zu drücken.

Wie die Praxis ausweist, gibt es selbst dafür Untergrenzen. Die Arbeitgeberverbände versprechen sich offenbar durch staatlichen Druck auf Empfänger von Lohnersatzleistungen bzw. von Sozialhilfe zusätzliche Vorteile, um Tarif- und Marktpreis für Arbeit generell senken zu können. Was ein legitimer Interessenstandpunkt eines Arbeitgeberverbandes ist, muß aber

TERRE DES FEMMES

**Sextourismus, Frauenhandel
genitale Verstümmelung,
sexueller Mißbrauch an
Frauen und Mädchen,
lassen an der Unteilbarkeit
und Universalität der
Menschenrechte
zweifeln.**

**Frauen werden
weltweit in ihren
Menschenrechten
verletzt.**

**Wir setzen uns
für sie ein.**

**Unterstützen Sie
uns durch Ihre
Mitarbeit, Spende
oder Förder-
mitgliedschaft.**

KSK Tübingen
Kto.-Nr. 881 999,
BLZ 641 50020

Nähere Infos bei:
TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 25 65, 72 01 5 Tübingen
Tel. 0 70 71/24 28 9, Fax 0 70 71/55 03 52

noch längst nicht zum Drehbuch für Regierungspolitik werden. Bei den bekannten Vorlieben der derzeitigen Regierungsparteien für Einflüsterungen aus Arbeitgeberperspektive muß man sich über ihre Sympathie für Kombilohn-Vorschläge nicht wundern. Den Sozialdemokraten hingegen sollten wirklich effizientere, tarifpolitisch und ordnungspolitisch unbedenklichere Lösungen einfallen, um mit den knappen öffentlichen Mitteln Beschäftigung zu fördern. Bei der Annahme, daß die Höhe der Lohnkosten eine unüberwindbare Barriere für neue Stellen sei, handelt es sich ohnehin um einen ideologischen Glaubenssatz. Bekanntlich sind ideologische Glaubenssätze selten geeignet, um ein neues System zu begründen. Das System des Arbeitsmarktes macht dabei keine Ausnahme. Ungenutzte Wertschöpfungspotentiale und Chancen für mehr Beschäftigung sollten nicht nur am unteren Ende des Arbeitsmarktes gesucht werden. Es ist prinzipiell problematisch, daß Arbeiten in zentralen Bereichen humaner und sozialer Dienstleistung sowie Arbeiten zur ökologischen Umgestaltung in diesen Zusammenhängen offenbar als minder qualifizierte und niedriger entlohnbare angesehen werden.

Daß bei geringer Bezahlung verbrieft staatliche Bezuschussungen ausgelöst werden, ist nur auf den ersten Blick bestechend. Die finanziellen Risiken einer solchen Zusage sind unkalkulierbar. Die pauschale Besserstellung von Nicht-Hilfsbedürftigen und die Kostenexpansion durch Mitnahmeeffekte müßte zu Lasten jener gehen, die aufgrund ihrer individuellen Bedarfs- und Lebenslage auf eine abgestimmte Unterstützung angewiesen sind.

Und im übrigen: Wenn der Staat wirklich das nötige, zusätzliche Geld hätte, um Niedrigstlohnarbeit durch öffentliche Zuschüsse zu subventionieren, wäre es dann nicht effizienter, mehr als nur das derzeit vorgeschriebene Existenzminimum von der Steuerpflichtigkeit zu befreien? Theo Waigel jedenfalls weiß inzwischen, mit welchen Steuersummen dabei zu operieren wäre, und läßt die Finger davon. Jeder, der sein Amtsnachfolger werden will, sollte das besser auch schon einmal durchrechnen (lassen).

Wenn es wirklich darum geht, die Kostendynamik in Arbeitsfeldern personenbezogener Dienstleistungen zu dämpfen, dann helfen Kombilohn-Vorschläge nicht weiter. Man wird dann wohl wieder intensiver über Entlastung der allgemeinen Arbeitskosten durch alternative Ressourcen- und Energieverbrauchssteuern, Wertschöpfungsabgaben und Umstellung des Steuersystems auf Konsumsteuerung nachdenken müssen. Doch wer traut sich schon so etwas im Wahljahr?

KONRAD GILGES/ UWE HIKSCH

Europa muß die NATO überwinden

Außen- und sicherheitspolitische Perspektiven

Im Juni dieses Jahres veranstaltete die SPD einen Außen- und Sicherheitspolitischen Kongreß in Bonn. Der folgende Text gibt dazu einen Überblick über die wichtigsten aktuellen Themen: NATO-Erweiterung, Wehrpflicht, EU-Erweiterung, Auswertung der NATO-Missionen im ehemaligen Jugoslawien oder Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

I.

Europa hat wie keine andere Region vom Ende des Ost-West-Konfliktes profitiert. Dennoch hat sich die Hoffnung auf eine neue tragfähige Friedensordnung bislang nicht erfüllt. Krieg ist nach Europa zurückgekehrt und hat verheerende Zerstörungen hinterlassen.

Die friedenspolitischen Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte waren vor allem durch die Auswirkungen des Ost-West-Gegensatzes geprägt. Der Zusammenbruch der Warschauer Vertragsstaaten entzog einem Teil der Friedensbewegung die Diskussionsgrundlage. Die Hoffnungen wurden enttäuscht, daß sich nach dem Verschwinden des Systemgegensatzes Abrüstung und Frieden weiter ausdehnen würden. Ökonomische und interessenbezogene Grundkonstellationen spielten vorher in der friedenspolitischen Debatte nur eine untergeordnete Rolle. Diese Vernachlässigung rächt sich nun. So wird in der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion verstärkt auf die Notwendigkeit von flexiblen militärischen Einsatzkommandos zur Sicherung des freien Marktzugangs, der Rohstoffquellen und des freien Welthandels hingewiesen.

Die Reaktion der Staatengemeinschaft auf Krisen und Kriege spiegelt noch immer das Denken in überholten militärischen Kategorien wider. Die Konflikte basieren zumeist auf sozioökonomischen Ursachen (z. B. Verteilungsungerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften sowie im Nord-Süd-Verhältnis). Ihnen kann nicht mit militärischen Mitteln begegnet werden. Das gilt auch für Risiken wie die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus und Extremismus sowie ökologische und bevölkerungspolitische Probleme. Die größten Gefahrenherde liegen nicht mehr in klassischen Staatenkriegen, sondern in

Grenz-, Sezessions- und Desintegrationskonflikten, die teilweise entlang ethnischer oder religiöser Identitäten verlaufen und häufig Bürgerkriegscharakter haben.

Für Westeuropa besteht in absehbarer Zeit keine existenzgefährdende militärische Bedrohung. Der Versuch, durch *interlocking institutions* eine gesamteuropäische Friedensordnung zu errichten, ist gescheitert. Das Institutionengefüge leidet unter Doppelstrukturen, Kompetenzüberschneidungen und wechselseitigen Lähmungen. Währenddessen ist Osteuropa eine Zone der »Sicherheit zweiter Klasse« geblieben.

Deshalb brauchen wir eine friedenspolitische Vision für ganz Europa. Sicherheit ist im heutigen internationalen System nur gemeinsam und kooperativ zu wahren. Gegenseitige kollektive Sicherheit muß das Ziel sein.

Ungerechtigkeiten in der Verteilung des Reichtums innerhalb von Gesellschaften wie auch im Nord-Süd-Verhältnis lassen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Ebenso wenig kann uns das Militär vor Risiken wie der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus und Extremismus sowie ökologischen und bevölkerungspolitischen Problemen schützen.

Der Versuchung, den neuen Herausforderungen mit militärischen Mitteln zu begegnen, muß widerstanden werden. Gesamteuropäische Integration, Abrüstung, Entwicklungszusammenarbeit und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung unter Wahrung der Umwelt müssen die Antworten auf die neuen Herausforderungen sein.

II.

Zu einer Friedenspolitik, an deren Umsetzung die SPD gemeinsam mit ihren Schwesterparteien in der SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALEN arbeitet, gehört einmal die Förderung von Menschenrechten und Demokratie in der ganzen Welt – auch vorrangig gegenüber wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung unter Reform der *Bretton-Woods*-Institutionen ist dringend erforderlich. Zentraler Ansatz ist die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit der neue Verteilungsmechanismen zwischen den Interessen der Triade und dem Trikont erreicht werden. Wir brauchen eine ökonomische Entwicklung der Staaten der »Dritten Welt«, in der diese nicht zu Lieferanten von billigen Rohstoffen degradiert werden, sondern sich selbstbestimmt am internationalen Handel beteiligen können.

Zuerst muß Konfliktvermeidung Leitlinie der Entwicklung und Umsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik sein. Sie muß aufbauen auf der Überzeugung, daß vorbeugen besser und billiger ist als heilen und daß nur auf diesem Wege wirtschaftliche und soziale Konfliktursachen beseitigt werden können.

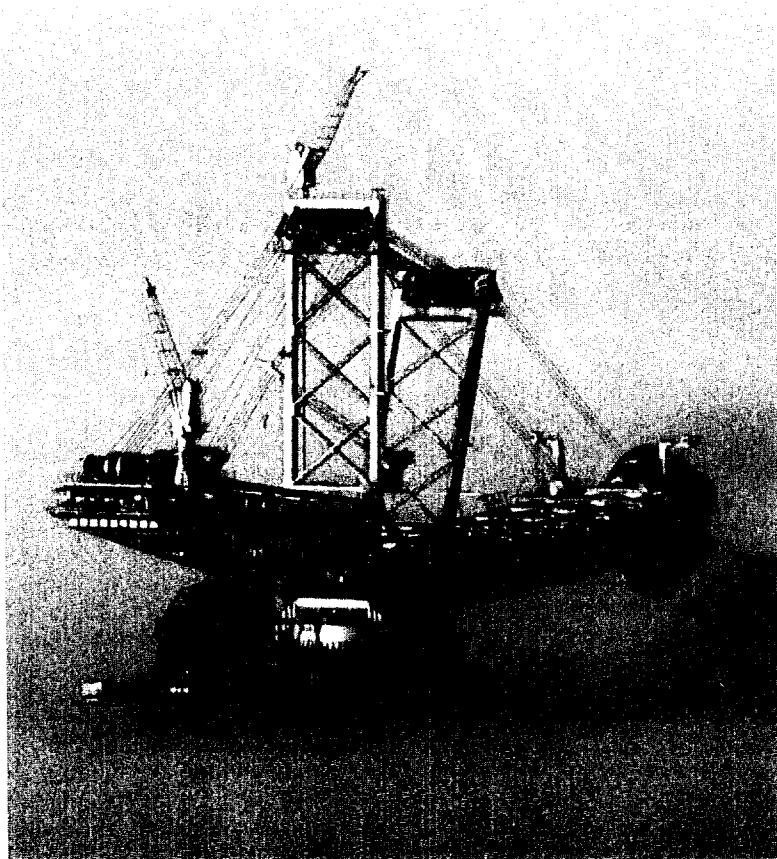
Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Vereinten Nationen (UN) gestärkt werden. Die Stärkung ist auch Grundlage einer »Neuen Europäischen Friedensordnung«. Weiterhin notwendig ist die Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Überwindung der NATO sowie die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union (EU). Deutsche Außenpolitik muß zukünftig dem Konzept der »Zivilmacht« verpflichtet sein. Diskussionen um die angeblichen deutschen vitalen Interessen und deren Durchsetzung behindern nicht nur die Lösung weltweiter Probleme, sie sind zudem rückwärtsgewandt.

III.

Gewaltverhütung ist Leitlinie einer »Neuen Europäischen Friedensordnung«. Wir müssen auf eine effektive gewaltverhütende Politik im nationalen wie im internationalen Rahmen hinwirken. Es gilt, Verteilungskonflikte, die die Ursache der Gewalt bilden, nicht-militärisch zu lösen. Nicht alle Konflikte können vermieden werden, jedoch ihre gewaltförmige Austragung. Bereits bestehende Konzepte und Instrumente für gewaltverhütende Politik werden nur unzureichend umgesetzt. Internationale Organisationen wissen oft frühzeitig über drohende Gewaltkonflikte Bescheid, können jedoch die notwendigen Gegenmaßnahmen nicht ergreifen. Verantwortlich dafür ist die fehlende Bereitschaft ihrer mächtigsten Mitglieder (oft identisch mit den G 8-Staaten), sich zu engagieren.

Wir brauchen einen neuen sicherheitspolitischen Grundkonsens, der Gewaltverhütung als Priorität von Sicherheitspolitik anerkennt. Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, daß Schulen, Hochschulen, freie Träger der Jugendhilfe und Nicht-Regierungsorganisationen, die Initiativen zur Gewaltprävention erarbeiten oder auf dem Gebiet der Friedenserziehung tätig sind, stärker unterstützt und die Forschung über Gewaltverhütung intensiviert werden. Hier muß auch in die Planungen der einzelnen Haushalte eingegriffen werden. Ausgaben für Friedensforschung sollten ein Teil der Kosten sein, die für Sicherheit und Verteidigung aufgebracht werden müssen.

Wir fördern Wachstum



Die Braunkohle-Industrie
ist der tragende Wirtschaftsfaktor
einer ganzen Region

 **RHEINBRAUN**

IV.

Die Vereinten Nationen sind das einzig legitimierte Forum für weltweite Gewaltverhütung und Friedenssicherung. Vor allem die USA behindern jedoch die Arbeit der UN und machen sie zum Prügelknaben für eigene Versäumnisse.

Um den Bedeutungsverlust der UN zu stoppen, müssen sie gestärkt, demokratisiert und reformiert werden. Die Vorschläge des Generalsekretärs Kofi Annan bieten hierzu eine gute Diskussionsgrundlage. Leitidee ist, die UN zum Zentrum globaler Gewaltverhütung zu machen. Die wichtigsten Schritte sind:

- eine solidere finanzielle Basis. Aus einer einprozentigen Abgabe aus den Verteidigungshaushalten, Steuern auf den internationalen Kapitaltransfer (die *Tobin-Tax*) oder Abgaben auf den zivilen Luftverkehr soll sie Eigenmittel erhalten.
- ein Umdenken in der Friedenssicherung. Die UN können Frieden nicht erzwingen. Blauhelm-Einsätze müssen strikt auf ihre traditionellen Aufgaben und Prinzipien beschränkt und den sich aus innergesellschaftlichen Konflikten ergebenden Anforderungen angepaßt werden. In Blauhelm-Missionen sollen mehr internationale, in ziviler Konfliktbeilegung ausgebildete und auf Abruf verfügbare Polizeieinheiten und Zivilisten mitarbeiten.
- eine demokratische Reform des Sicherheitsrates, die die Legitimation der UN erhöht. Vordringlich ist die Aufnahme von Staaten aus bislang nicht ständig vertretenen Regionen. Deutschland soll sich im Zuge der fortschreitenden Vergemeinschaftung der GASP für einen gemeinsamen ständigen Sitz der EU-Staaten einsetzen.
- eine effektivere Nutzung von Wirtschafts-sanktionen (bei gleichzeitiger Prüfung der Wirkung von Breitenwirtschaftsembargos) durch die Einrichtung eines Kompensationsfonds für geschädigte Drittstaaten.
- die Reform des Wirtschafts- und Sozialrates analog zur Reform des Sicherheitsrates hin zur getrennten Bildung eines Sozialrates und eines Wirtschaftsrates. Beide müssen mit den gleichen Befugnissen wie der Sicherheitsrat ausgestattet werden. Der Sozialrat hat die internationalen Übereinkünfte über Sozialstandards, Lohnfindung und Arbeitsrecht zu überwachen. Die Aufgabe des Wirtschaftsrates ist vor allem die Aufsicht über IWF, WELTBANK und WTO.
- die Ernennung von Hohen Kommissaren für Umwelt, Entwicklung sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung entsprechend dem Hohen Kommissar für Menschenrechte, die als Früh-

warnorgane und Berater für Generalsekretär und Sicherheitsrat dienen.

- der Aufbau von eigenen UN-Medien. Sie sollen vorrangig zur Verbreitung des Konzeptes der Gewaltverhütung beitragen und in befriedeten Zonen eine einseitige Berichterstattung verhindern helfen.

V.

Das Beharren auf Ordnungsmodellen des Kalten Krieges ist kein Ausweg aus Europas friedenspolitischer Sackgasse. Wir Europäer brauchen eine gesamteuropäische Ordnung, die neue Bruchlinien verhindert und bestehende Gefälle abbaut. Nur so ist gesamteuropäische Sicherheit zu gewährleisten.

Bereits mit Unterzeichnung der Pariser *Charta für ein neues Europa* im November 1990 haben sich die europäischen Staaten dazu bekannt, daß die OSZE der Kern einer neuen europäischen Ordnung sein soll, in die langfristig die NATO zu überführen ist. Dies erfordert zunächst einmal die Erhöhung des OSZE-Budgets sowie eine Reform der Entscheidungsprozesse (vor allem die Einführung des *Opting-Out*-Prinzips und qualifizierter Mehrheitsentscheidungen). Sodann ist das Prinzip »OSZE zuerst« umzusetzen und ein geordnetes und konstruktives Verhältnis zu UN und EU zu gewährleisten. Nicht-Regierungsorganisationen müssen stärker als bisher einbezogen werden. Die Einrichtung einer verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit und die Aufstellung national gemischter Polizeiverbände anstelle militärischer Interventionstruppen ist eine weitere Kernforderung. Dazu gehört auch die Ausbildung von Spezialisten für Gewaltverhütung in Kooperation mit den UN. Die OSZE soll schließlich einen völkerrechtlichen Vertrag als Grundlage erhalten.

Durch die angeführten Maßnahmen werden Militärbündnisse in Europa nicht nur überflüssig, sie gefährden sogar die Transformation der OSZE in eine moderne Konfliktlösungsorganisation. Daher muß Europa die NATO überwinden. Die sicherheitspolitischen Prioritäten Europas liegen nicht mehr in der militärischen, sondern in der sozioökonomischen Sicherheitsvorsorge. Die Aufrechterhaltung und Erweiterung von Bündnissen bindet dazu benötigte Ressourcen, die dringend für die Erweiterung der EU benötigt werden. Die Lösung aus dem institutionellen Dilemma ist die prozeßhaft angelegte Überführung der NATO in die Strukturen der OSZE. Dieser Prozeß wird mit einer Osterweiterung der NATO erschwert, weil Rußland sicherheitspolitisch nicht isoliert

werden darf. Die Haltung Gernot Erlers in seinem Beitrag *Alles NATO, oder was? – Die Falle des Osterweiterungsprozesses* (in: NG/FH 8/97), wonach die NATO gemeinsam mit der EU die »aktuellen europäischen Krisensituationen« lösen sollte, erscheint uns als Irrweg.

Am 27. Mai 1997 wurde die »Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation« in Paris unterzeichnet. Zu begrüßen ist, daß dadurch der europäische Integrationsprozeß eine neue Stufe erreichen wird. Es ist der berechtigete Wunsch der Russischen Föderation, von einer solchen Entwicklung nicht ausgeschlossen zu sein. Das erklärte Ziel des Integrationsprozesses ist es, mehr Sicherheit und Zusammenarbeit im euro-atlantischen Raum zu schaffen. Die Frage bleibt umstritten, welche Staaten in Madrid am 8. und 9. Juli 1997 zur NATO-Mitgliedschaft eingeladen wurden und weiterhin eingeladen werden. Sie hat zwiespältige Reaktionen außerhalb des Bündnisses hervorgerufen. Einige europäische Staaten bemühen sich um eine möglichst frühe Mitgliedschaft, die Nichtaufnahme wird von ihnen als Akt der Ausgrenzung empfunden.

Deshalb ist es notwendig, daß sich beide Vertragspartner, NATO und Russische Föderation, zur Verbindlichkeit von Kernaussagen der »Grundakte« bekennen.

Die erste Kernaussage ist, daß die OSZE als »einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation« und ihre Schlüsselrolle für Frieden und Stabilität in Europa anerkannt worden ist. Zum zweiten ist der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSCE) als Rahmen für die militärische Sicherheit festgelegt worden. Er soll weitere Abrüstungsschritte im konventionellen Bereich gewährleisten. Drittens koordiniert der neugeschaffene »Ständige Gemeinsame NATO-Rußland-Rat« alle europäischen Sicherheitsfragen.

Die Sicherheitsinteressen der Bewerber um die volle NATO-Mitgliedschaft müssen berücksichtigt werden. Dazu muß die NATO lediglich einseitige Sicherheitserklärungen gegenüber den beitrittswilligen Staaten abgeben, um deren Sicherheitsinteressen genügend abzusichern. Dadurch könnten die Ängste der Russischen Föderation und anderer Staaten abgebaut werden. Gemäß dem Inhalt der Grundakte NATO-Rußland und der Charta NATO-Ukraine eröffnet insbesondere die OSZE

NATO-Gipfel in Madrid 1997: Aleksander Kwasniewski, Vaclav Havel und Gyula Horn streben den Beitritt an.
Foto: dpa



Chancen auf mehr Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dieses Vorhaben darf nicht durch eine Ausweitung der atomaren Basis der NATO konterkariert werden. Inwieweit weitere Abrüstungsschritte (START II/III) durch die Osterweiterung gefährdet sind, ist noch nicht abzusehen.

Die Europäische Kommission vertritt die konsequentere Position, wenn sie sich nachdrücklich für die schnelle Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten in die reformierte EUROPÄISCHE UNION ausspricht. Die EU kann entscheidend zur Wahrung des Friedens in Europa und somit zur politischen Stabilisierung des Kontinentes beitragen, wenn sie aus wirtschaftlichen Problemen resultierende politische Krisen zu verhindern hilft.

Die EU muß vertieft und erweitert werden. Das Bemühen um sozialen Ausgleich aller europäischen Regionen und die Bekämpfung von Armut in Europa muß Vorrang haben. Anders als die NATO kann die EU dazu beitragen und so die OSZE-Sicherheitsarchitektur unterstützen. Die EU braucht kein militärisches Standbein. Die WESTEUROPÄISCHE UNION kann im Zuge der europäischen Integration aufgelöst werden. Eine völlige Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist nur langfristig zu verwirklichen.

VI.

Deutschland soll als »Zivilmacht« eine Vorreiterrolle im internationalen System übernehmen. Außen- und Sicherheitspolitik muß als ökologisch ausgerichtete, global orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik angelegt sein. So leistet sie eher einen Beitrag zu Sicherheit, Frieden und nachhaltiger Entwicklung als durch Großmachtpolitik.

Deutschland belegt bislang regelmäßig einen Spitzenplatz unter den Rüstungsexporturen. Rüstungsproduktion und -export sind auch nicht durch die Sorge um Arbeitsplätze legitimierbar. Außerdem müssen deutsche Minen-Forschungsprogramme und die Minenproduktion ein Ende finden.

Umfang und Präsenz der Bundeswehr müssen zunächst bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode deutlich reduziert werden. Das Nahziel bleibt die Umsetzung der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der deutschen Streitkräfte. Dies beinhaltet den Verzicht auf die Neubeschaffung von Großwaffensystemen. Krisenreaktionskräfte und die Kommando-Spezialkräfte werden sofort aufgelöst. Bis dahin liegt die primäre Aufgabe der Bundes-

wehr in der Landes- und Bündnisverteidigung.

Die Wehrform muß sich an den genannten Zielen orientieren. Die Diskussion um die Wehrpflicht wird bisher nur unzureichend und nicht immer offen mit Zielen der Außen- und Sicherheitspolitik verknüpft. Aber fest steht: Das Beharren auf der allgemeinen Wehrpflicht darf keinesfalls eine Verkleinerung und Abschaffung der Armee behindern. Eine Alternative böte ein freiwilliger ziviler Friedensdienst.

VII.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Elemente der Gewaltverhütung. Sowohl bei Massenvernichtungs- als auch bei konventionellen Waffen stagniert der Abrüstungsprozeß. Die Rüstungsexportkontrolle ist ungenügend. Statt auf Abrüstung zu setzen, diskutiert die NATO das Konzept der *Counter-Proliferation*, das eine offensive Komponente enthält und neue Rüstungsschübe begünstigt.

Eine atomwaffenfreie Welt ist weiterhin ein wichtiges Ziel. Ein erster Schritt dahin ist das Verbot der Stationierung von Kernwaffen auf fremdem Territorium. Nukleare Abrüstung soll ein Pfeiler europäischer Globalpolitik sein. Die beste Vorsorge gegen atomare Bedrohung ist die Sorge um die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Sie ist weitaus wirksamer als ein französischer Nuklearschirm. Europa darf sich nicht auf eine Strategie der nuklearen Abschreckung stützen. Angesichts der zunehmenden Proliferation ist eine Reform der Internationalen Atomenergie-Agentur unumgänglich. Ihre Inspektoren müssen mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Alle Staaten mit Nukleartechnologie müssen nachdrücklich angehalten werden, ihre Produktionsstätten und Reaktoren für Inspektionen zu öffnen und atomwaffenfähige Materialien zu deklarieren.

Der Stand der militärischen und der *dual-use*-Forschung in der Bundesrepublik muß für die Bevölkerung transparent sein. Forschungen zu atomaren, biologischen oder chemischen Kampfstoffen müssen gestoppt werden. Die Verflechtung der nationalen Rüstungsindustrien in Europa muß aufgehoben werden. Die Bundesrepublik muß darauf hinarbeiten, daß innerhalb von EU und NATO ein striktes Rüstungsexportverbot beachtet und gemeinsame Konversionsmaßnahmen unterstützt werden.

Ein anhaltender und sicherer Frieden kann aber nur auf der Basis von ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit wachsen.

Ethnische Minderheiten

GERHARD SIMON

Nationale Minderheiten in der ehemaligen Sowjetunion

Die Sowjetunion ist in 15 Staaten zerfallen, deren Grenzen und namengebende Nationen identisch sind mit den 15 Unionsrepubliken, die zuletzt die UdSSR bildeten. Manche Völker, die nur den Status von Autonomen Republiken hatten, versuchen ebenfalls, unabhängig zu werden (Tschetschenen, Tataren, Abchasen), das ist ihnen jedoch bislang nicht gelungen. Es ist fraglich, ob die 44 Millionen Ukrainer, 6,6 Millionen Tataren oder eine Million Esten (Zahlen für 1989) in der UdSSR mit dem Terminus *nationale Minderheiten* angemessen bezeichnet sind. Die Völker selbst lehnen diesen Begriff zumeist ab, in der russisch-sowjetischen Sprache hatte er einen pejorativen Unterton. Im Völkerrecht signalisiert dieser Terminus im Gegenteil Schutzwürdigkeit und Anspruch auf Sonderrechte.

Vom »zaristischen Völkergefängnis« zur sowjetischen »Einwurzelung«

Tatsache ist jedenfalls, daß die Völker der Sowjetunion – einschließlich des russischen Volkes – den Staat UdSSR gesprengt und eine Supermacht von innen heraus liquidiert haben. Damit soll nicht behauptet werden, daß die nationalen Probleme die einzige Ursache für den Zerfall der UdSSR waren. Zweifellos kamen andere Gründe, wie der Verfall der sozialistischen Planwirtschaft und der Zusammenbruch der Einparteiendiktatur hinzu, die jedoch hier nicht weiter behandelt werden sollen. Für die meisten Menschen in der Sowjetunion selbst und die Beobachter im Westen war es höchst überraschend, daß die nationalen Minderheiten zum Totengräber der Sowjetunion wurden. Kaum jemand hatte damit gerechnet, auch nicht Gorbatschow und seine Ratgeber.

Zwar war allgemein bekannt, daß von den 286 Millionen Einwohnern der Sowjetunion die Russen lediglich 145 Millionen (1989) stellten. Oft ist auch mit Beunruhigung darauf verwiesen worden, daß es nur eine Frage der Zeit sei, wann die Russen – wegen des fünfmal stärkeren demographischen Wachstums der islamischen Völker – in eine Minderheitenposition geraten würden. Andererseits aber galt das

Problem der nationalen Minderheiten im In- und Ausland als bei der Sowjetmacht sozusagen in guten Händen. Schließlich hatte das Vielvölkerimperium UdSSR die Jahrzehnte der Dekolonisierung unbeschädigt überstanden. Im übrigen wurde der Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts jedenfalls in Europa als mehr oder weniger obsolet eingestuft. Deshalb schien wenig dafür zu sprechen, daß die Völker der Supermacht Sowjetunion den Garaus machen würden.

Die Frage an die Geschichte lautet deshalb: Wie hat das Sowjetregime 70 Jahre lang die nationalen Minderheiten integriert? Und die Frage an die Gegenwart heißt: Warum haben die einst erfolgreichen Integrationsinstrumente in der Gegenwart nicht mehr funktioniert? Schließlich: Wie werden die Völker mit dem sowjetischen historischen Erbe fertig und welches sind die Perspektiven für die Zukunft?

Als die Bolschewiki 1922 die Sowjetunion als Nachfolgestaat des Russischen Reiches zusammenfügten, besaßen sie bereits eine intensive Erfahrung mit der nationalen Frage. Sie hatten zunächst die nicht-russischen Völker aufgefordert, das »zaristische Völkergefängnis« aufzubrechen und waren dann wie der Zauberlehrling von der Welle der nationalen Befreiungsbewegungen überrollt worden. Im Bürgerkrieg (1918-21) vollzogen die siegreichen Revolutionäre eine entschiedene Kehrtwendung und zwangen die meisten Völker durch militärische Gewalt in das Russische Reich zurück, das jetzt UdSSR hieß. Der Krieg gegen Polen ging allerdings verloren, und ebenso blieben die baltischen Völker und Finnland außerhalb des neuen sozialistischen Vaterlandes.

Aber die bolschewistische Führung unter Lenin war klug genug um zu verstehen, daß der neue revolutionäre Staat auf Dauer nicht nur durch Zwang und militärische Gewalt konsolidiert werden konnte. So wurden einschneidende Maßnahmen ins Werk gesetzt, um die nicht-russischen Völker jedenfalls nachträglich für die Revolution zu gewinnen. Das staatsrechtliche Instrument »Sowjetföderalismus« schuf ein abgestuftes System von Unionsrepubliken, Autonomen Republiken

und weiteren untergeordneten territorialen Autonomien, so daß viele große und manche kleine Völker jetzt mit Symbolen einer Quasi-Staatlichkeit ausgestattet wurden. Die Sowjetunion war trotzdem kein föderales Staatswesen, denn die wirkliche Macht im Staat übte die KPdSU aus. Lenin lehnte eine Föderalisierung der Partei strikt ab. Aber der Sowjetföderalismus entwickelte seine eigene Dynamik. Die nationale Sprache und Kultur, auch die nationalen ökonomischen Interessen ließen sich im Rahmen einer territorialen Autonomie, insbesondere im Rahmen einer eigenen Unionsrepublik, sehr viel besser bewahren und entfalten als vor 1917. Damals war das Russische Reich durchgehend in (russische) Gouvernements eingeteilt gewesen.

Außerdem wurden die nichtrussischen Völker in den 20er Jahren durch positive Diskriminierung (amerikanisch: *affirmative action*) gezielt gefördert; in der damaligen russisch-sowjetischen Sprache hieß das Politik der »Einwurzelung« (*korenisazija*). In der Ukraine setzte die Sowjetmacht die ukrainische Sprache als Amts- und Unterrichtssprache in Schulen und Hochschulen durch, ukrainische Kader wurden überall auf Führungsposten befördert, und die kommunistische Partei warb gezielt um Mitglieder unter den nichtrussischen Völkern. Zahlreiche große und kleine Völker Zentralasiens, des Wolgarumes und Sibiriens erhielten in dieser Zeit erstmals Schriftsprachen bzw. eine genormte Orthographie. Niemals zuvor oder danach erschienen anteilmäßig so viele Bücher und Zeitungen in nichtrussischen Sprachen wie zu Beginn der 30er Jahre. Zugleich wurden das Russische und die Russen in Kultur und Elitengruppen außerhalb der russischen Gebiete zurückgedrängt, und der »großrussische Chauvinismus« galt parteiamtlich in den 20er Jahren als die größte Gefahr für das Zusammenleben der Völker.

Seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre behauptete die sowjetische Selbstdarstellung, die »nationale Frage« in der Sowjetunion sei »gelöst«. Diese ideologische Sprachregelung blieb bis zum bitteren Ende bestehen, als – gleichsam die Rache der Geschichte – die Wirklichkeit das Gegenteil bewies. Was verbarg sich in der Realität hinter dieser Stalinschen »Lösung«? Der Stalinismus verkehrte die Politik der »Einwurzelung« in ihr Gegenteil. Nicht mehr die nationalen Minderheiten wurden gefördert, sondern die Russen und das Russische. Die Migration der Russen in alle Republiken des riesigen Landes sollte die

Zuwanderer zu natürlichen Agenten des Zentrums machen. Überall in den nationalen Territorien erhielten die Russen Chancen zum sozialen Aufstieg und die Möglichkeit, ihren Beruf als Facharbeiter, Ingenieur oder Parteifunktionär in ihrer Muttersprache auszuüben. Die Russen wurden das staatstragende Volk der UdSSR. Die Repressalien gegen die nationalen Minderheiten erreichten mit der Deportation ganzer Völker – z.B. der Krimtataren, der Wolga-Deutschen, Tschetschenen und Inguschen – während des Zweiten Weltkriegs ihren Höhepunkt.

Was war der Grund für diesen einschneidenden Paradigmenwechsel in der Nationalitätenpolitik der Stalin-Zeit? Am wichtigsten war wohl der außerordentliche Erfolg der Politik der »Einwurzelung«. Stalin, der den Konzessionen an die nichtrussischen Völker von Anfang an skeptisch gegenübergestanden hatte, kam zu der Überzeugung, daß die Politik der positiven Diskriminierung auf die Dauer die Sowjetmacht und den Bestand der Sowjetunion gefährden würde. Die nationalen Bestrebungen der Völker in der Sowjetunion entwickelten sich nämlich im Grundsatz ebenso wie moderne Nationalbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert in Europa und in anderen Teilen der Welt: Die Völker gaben sich nicht mit Kultur- und Sprachautonomie sowie Quotenregelungen bei der Rekrutierung von Eliten zufrieden, sondern strebten nach politischer Selbstbestimmung und in letzter Konsequenz nach einem eigenen Staat. Deshalb entschied die Stalin-Führung, daß nicht Konzessionen, sondern Repressionen das einzig sichere Instrument für den Zusammenhalt des sozialistischen Vielvölkerimperiums waren. Natürlich fügte sich eine solche Politik nahtlos in das Konzept der totalitären Diktatur.

Nationalismus als dynamische Alternative

Nach Stalins Tod 1953 entschieden sich die Nachfolger weder für eine Fortsetzung der massenhaften, gewaltsamen Unterdrückung der nichtrussischen Völker noch für eine Rückkehr zur Politik der »Einwurzelung«; sie lavierten dazwischen. Manche deportierten Völker durften in ihre Heimat zurückkehren (z.B. die Tschetschenen und Inguschen), andere jedoch nicht (z.B. die Deutschen und die Krimtataren). Unter Chruschtschow (1953-64) wurden ukrainische Führungskader in der Ukraine und auch auf der Ebene des Gesamtstaates gezielt gefördert, später jedoch wieder zurückgedrängt.

Seit den 60er Jahren läßt sich eine zunehmend gesplante Entwicklung beobachten: Die Sowjetunion wird auf der Ebene des Gesamtstaates fast ausschließlich von Russen regiert, aber in den nicht-russischen Unionsrepubliken gelangen die Einheimischen mit jedem Jahrzehnt stärker in die Führungspositionen von Kultur, Bildung, Politik und Wirtschaft. In vielen Fällen, z.B. in den baltischen Staaten, in Kasachstan und Usbekistan waren die Titularnationen in den Eliten mit der Zeit stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. In der UdSSR vollzog sich also eine schleichende Entkolonialisierung durch die Verdrängung russischer Kader auf lokaler und regionaler Ebene.

Damit ist die eingangs gestellte Frage, warum das alte Instrumentarium für den Zusammenhalt der UdSSR zuletzt nicht mehr funktionierte, bereits teilweise beantwortet. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden überall – gefördert durch die Bildungsexplosion in der UdSSR – breite neue nicht-russische Bildungsschichten, die neben einer allgemeinen Mittelschulbildung auch über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügten, und die je länger je mehr in die Funktionseliten der eigenen nationalen Territorien hineindrängten. In vielen islamisch geprägten Regionen formierte sich so zum ersten Mal eine breite säkular ausgebildete Elite; im Baltikum, in Georgien, Armenien und in der Ukraine wuchs an der Stelle der durch Krieg, Terror und Emigration verlorenen Eliten eine neue Generation heran. Alle wurden in der verbindlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus geschult, und viele Nichtrussen erhielten ihre Ausbildung außerdem im Medium der russischen Sprache. Dennoch erfüllten sich die ideologischen Vorannahmen nicht, die »neuen Menschen« würden *homines sovietici* sein und ihre nationale Herkunft ohne politische Bedeutung. Die neuen Bildungsschichten wurden vielmehr Träger eines neuen nationalen Bewußtseins, das parallel zur Degenerierung des Sowjetsystems immer stärkere Bedeutung gewann.



Januar 1991: Die Sowjetarmee besetzt Litauen

Foto: dpa

Während das Sowjetsystem seit den 60er Jahren mehr und mehr ideologisch, politisch und ökonomisch erstarrte, formierte sich mit dem neuen Nationalismus eine dynamische Alternative, die lange schwer zu erkennen war, weil das Nationalbewußtsein sich nicht offen artikulieren durfte. Schließlich hatte die Sowjetideologie den Nationalismus zu einem ausschließlichen Attribut von Bourgeoisie und Kapitalismus erklärt. Der Marxismus war mit dem Anspruch angetreten, den Nationalismus auf den Kehrhaufen der Geschichte zu befördern.

In der Wirklichkeit kam es umgekehrt. Im Schoß der Sowjetgesellschaft und ungewollt von der sowjetischen Nationalitätenpolitik gefördert waren zahlreiche Nationen am Ende der sowjetischen Periode kulturell konsolidierter, sozial fester gefügt und politisch selbstbewußter als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Mit der Wende des Jahres 1991 vollzog sich eine paradoxe Umkehr der

Verhältnisse: 14 nationale Minderheiten in der Sowjetunion wurden zu Staatsnationen in den Nachfolgestaaten, und 25 Millionen Russen wurden zu nationalen Minderheiten in diesen neuen Staaten.

So sind die neuen Staaten in gewisser Weise spiegelverkehrt mit den gleichen Problemen konfrontiert wie die alte Sowjetunion. In zahlreichen Staaten ist die russische Minderheit das nationalitätenpolitische Hauptproblem, so in Estland, Lettland, der Ukraine, Moldova und Kasachstan. Ähnlich wie in der Sowjetunion besteht in manchen Staaten die Tendenz, die Konflikte durch die Leugnung ihrer Relevanz unter den Teppich zu kehren. Es hat sich weder die Hoffnung der russischen Nationalisten in Rußland erfüllt noch hat sich die Befürchtung der nationalen Öffentlichkeit in den neuen Staaten als berechtigt erwiesen, die russischen nationalen Minderheiten würden zur fünften Kolonne werden und die neuen Staaten destabilisieren.

Die ortsansässige russische nationale Minderheit ist bisher auch nicht an der Militarisierung der nationalen Konflikte beteiligt gewesen – mit Ausnahme einer kurzen Periode in Transnistrien. Allerdings ist die russische Bevölkerung in Hunderttausenden von Fällen durch die Kriege gezwungen worden, ihre Heimat in Tadschikistan und Tschetschenien zu verlassen. Zu Gewaltanwendung und Kriegen nach dem Ende der UdSSR führten in zahlreichen Fällen die Konflikte zwischen nichtrussischen Völkern – so zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, Georgiern und Osseten, Georgiern und Abchasen, sowie Konflikte tadschikischer Klans untereinander – wobei allerdings die russische Politik und das russische Militär in der Regel eine Hand im Spiel hatten.

Darf daraus der Schluß gezogen werden, daß die *Pax Sovietica* über Jahrzehnte in wohltätiger Weise den Frieden im nationalen Hexenkessel Eurasien aufrechterhalten hat, und nun nach ihrem Zusammenbruch die Völker in blutigen Kriegen übereinander herfallen? Dieser Schluß ist nicht erlaubt, vielmehr ist der Ausbruch von Gewalttätigkeiten in den südlichen Regionen der ehemaligen Sowjetunion ein zusätzlicher Beweis dafür, daß die Sowjetmacht die nationale Frage nicht gelöst hat. Allerdings ist auch hervorzuheben, daß die großen Nationen – Russen, Ukrainer, Usbeken, Weißrussen – bislang ihre Konflikte friedlich austragen. Eine Militarisierung erscheint auch in Zukunft nicht sehr wahrscheinlich.

ELENA SKRIBNIK

Finnisch-Ugrische Völker in Sibirien

Eine sprachgeographische Frage: In welchen Gebieten Europas bestehen die Sprachen nicht einfach als verschiedene Zweige der indo-europäischen Sprachfamilie, sondern als ganz verschiedene Sprachfamilien nebeneinander? Die Antwort verweist – nach dem Kaukasus und dem Balkan – auch auf das Baltikum. Denn das Lettische und das Litauische sind mit den slawischen und germanischen Sprachen in der indoeuropäischen Sprachfamilie zusammen, die Finnen und die Esten aber gehören, wie auch die Ungarn, zu der zweitgrößten Sprachfamilie Europas – den *Finno-Ugriern*. Ihre sprachlichen Verwandten leben weiter östlich, im europäischen Teil der Russischen Föderation und in Sibirien. Die Finnen waren immer stolz darauf, daß ihre Sprache sich so stark von ihren europäischen Nachbarn unterscheidet. Jetzt haben auch die Esten wieder ihre politische Autonomie bekommen und damit die Möglichkeit, die Entwicklung ihrer Kultur in eigener Regie und ohne Zensur zu bestimmen. Wie aber sieht es am anderen Pol des finnisch-ugrischen Gebietes aus?

Zur Situation der Chanten und Mansen

Am anderen Pol, fast fünftausend Kilometer entfernt, am Fluß Ob, einem der drei großen sibirischen Flüsse, leben zwei kleine ob-ugrische Völker, die Chanti oder Ostjaken, die nach der Volkszählung von 1989 22.283 Menschen umfassen, und die Mansi, auch genannt Wogulen, deren Zahl auf 8.279 beziffert wurde. Ugrisch bedeutet, daß beide Sprachen dem Ungarischen sehr nahe sind. Der westliche Teil der ugrischen Nomaden entwickelte, nachdem er die ungarische »Puszta« erreicht hatte, seine Sprache und Kultur im Rahmen des Christentums. Ihre östlichen Teile wurden dagegen aus der Steppe nach Norden, in die Taiga, d.h. in die Waldgebiete des Ural-Gebirges gezwungen. Dort assimilierten sie sich mit einem einheimischen Volk, übernahmen viele Elemente seiner Sprache und seiner animistischen Religion und wurden zu Waldjägern und Fischern, weiter im Norden auch zu Rentierzüchtern. Die Pferdezucht ging verloren – doch bei großen Festen spielten noch lange weiße Pferde eine besondere Rolle. Bärenzeremonien wurden praktiziert – doch

außer dem praktisch gesamt-sibirischen Bärenkult haben sie auch ihre eigene Variante des Mithras-Glaubens erhalten, die sie in der Steppe von ihren skythischen, d.h. indo-iranischen Nachbarn entlehnten. Es ist der Kult des die Welt überwachenden Mannes, des jüngsten von sieben Söhnen des Himmelsgottes. Die heutige Aufteilung des Volkes in zwei Phratrien, *Por* und *Mos'* genannt, mit unterschiedlichen Totemen, kann vielleicht auch als Erinnerung an die Zeiten betrachtet werden, als diese zwei Hälften eines Volkes noch zwei verschiedene Stämme waren.

Die Erforschung dieser Völker, wie auch der anderen Völker Sibiriens, wurde von der durch Peter I. gegründeten Akademie der Wissenschaften durchgeführt. Seit dieser Zeit wirkten viele deutsche Gelehrte an der Akademie. Am Anfang der Sibirien-Kunde dominierte die deutsche wissenschaftliche Tradition: im 17. Jahrhundert waren es Philipp Johann von Strahlenberg, Daniel Gottlieb Messerschmidt, Johann Eberhard Fischer und Gerhard Friedrich Müller, im 18. Jahrhundert Peter Simon Pallas und andere. Auch Alexander von Humboldts letzte Reise führte nach Sibirien.

Es ist nicht verwunderlich, daß auch ungarische und finnische Wissenschaftler ein besonderes Interesse an den ob-ugrischen Sprachen und Kulturen haben. Im 19. Jahrhundert und bis zur ersten Dekade des 20. Jahrhunderts führten nämlich die Ungarn Antal Reguly, Bernát Munkácsi, die Finnen August Ahlquist, Artturi Kannisto und viele andere Feldforschungen am Ob durch. Auch in Estland – an der Universität Tartu, im Ethnographischen Museum und im Forschungsinstitut für Sprachwissenschaft in Tallinn – gibt es mehrere Spezialisten, die wissenschaftlich über Sibirien arbeiten und Expeditionen durchführen. Auch der Präsident der Estnischen Republik, Lennart Meri, hat Dokumentarfilme über die Ob-Ugrier gedreht.

Die sprachliche und kulturelle Geschichte der ob-ugrischen Völker kann als Beispiel die allgemeine nordsibirische Situation illustrieren. Die Sprach- und Kulturlandschaft hier war immer multikulturell und multilingual. Völkerwanderungen, Aufstieg und Fall von Imperien im Süden (türkische und mongolische Khanate) führten immer wieder zu Völkerzuwanderungen im Norden und zu immer neuen Vermischungswellen anderer Sprachen mit den eigenen Kulturen. Gerade die sibirischen Wälder machen eine unglaubliche sprachliche Vielfalt möglich.

So treffen z.B. am unteren Ob Angehörige der finnisch-ugrischen (Chanten, Mansen

sowie neueingewanderte Komi) und der samo-jedischen Sprachfamilie (Nenzen) aufeinander. Obwohl heutzutage oft Russisch als *lingua franca* benutzt wird, ist die Dreisprachigkeit, insbesondere bei der älteren Generation, nicht selten. Dabei spiegelt die Folklore aller sibirischen Völker eine oft grausame Kontaktgeschichte wider.

Seit dem 17. Jahrhundert aber sieht die sibirische Geschichte anders aus als eine Variante des auf allen Kontinenten dokumentierten Zusammenstoßes einer technisch entwickelten, kolonisierenden Zivilisation mit einheimischen Kulturen. Im 17. und 18. Jahrhundert zogen sich die Ugrier weiter nach Osten zurück, die Wogulen/Mansen vom Ural-Gebirge an den Ob, die Ostjaken/Chanten von den westlichen Nebenflüssen des Ob zu den östlichen, dies alles unter dem Druck der russischen Kolonisierung. Die russische Ausbeutung Sibiriens begann schon im Mittelalter. Seit dem 13. Jahrhundert liefert die »Uralische Jugra« einen Tribut von Pelzen an den nordrussischen Staat Nowgorod und seit dem 15. Jahrhundert an den Großfürsten von Moskau. Die Eroberung Westsibiriens durch Russen ist im 17. Jahrhundert vollzogen, am Ob wurden die Städte Berjozovo im Jahre 1593 und Surgut im Jahre 1594 als Festungspunkte gegründet. Die Ugrier und ihre Nachbarn, die Samojeden, die zu dem Zeitpunkt erst auf der Anfangsstufe der Staatenbildung standen, – das Wort »Fürstentum« bezeichnete damals ein Kriegsbündnis der Stämme – konnten nicht lange Widerstand leisten. Mit Beginn des 18. Jahrhunderts wurden Wogulen und Ostjaken von Missionaren der orthodoxen Kirche christianisiert. Ob gewaltsam oder nicht, wird noch heute von Kirchenhistorikern widersprüchlich bewertet.

Die heutige sprachliche und kulturelle Situation bei Chanten und Mansen (nach der Revolution 1917 wurden diese Namen anstelle der alten Namen »Ostjaken« und »Wogulen« angenommen) wurde von der sowjetischen Kultur- und Sprachpolitik geprägt. In den 20er Jahren unseres Jahrhunderts begann mit der neuen Nationalitätenpolitik die kurze Periode der sprachlichen und kulturellen Entwicklung. Viele anerkannte Sprachwissenschaftler arbeiteten an der Schaffung 26 nationaler Schriftsprachen, einschließlich des Wogulischen und des Ostjakischen. Man übersetzte die Textbücher für die Grundschulen aus dem Russischen, ein System der Ausbildung in den Nationalsprachen wurde gegründet, die *Fakultät der Völker des Nordens* im pädagogischen ALEXANDER-HERZEN-INSTITUT in Leningrad wurde

eröffnet, um einheimische Studenten als Lehrer für Nationalschulen auszubilden.

Aber Ende der 30er Jahre war es mit dieser kurzen Blütezeit vorbei. Ab 1937 wurde das kyrillische Alphabet überall eingeführt, und die Schöpfer des ersten »nördlichen Alphabets« wurden als ausländische Agenten und als Feinde des Volkes in Haftlingslager verschickt; nur wenige von ihnen kehrten zurück. Alle Religionen wurden verfolgt. In Moskau wurden orthodoxe Kirchen angezündet, in Nordsibirien soll das NKWD alle Schamanen auf einem alten Lastkahn gesammelt und dann im Ob versenkt haben. Und mit der Zwangskollektivierung wurden die nomadisierenden Gruppen gezwungen, sesshaft zu werden. Unter Stalin und im Zweiten Weltkrieg wurde auch die Mehrheit der jungen nationalen Intellektuellen ausgerottet.

Phasen der Russifizierung

Von den 50er bis in die 80er Jahre ereignete sich die zweite entscheidende Phase der Russifizierung. Für die erste Hälfte dieser Epoche waren die Schulreform und die Umsiedlungspolitik, für die zweite die der Erdölerschließung bestimmend.

1950, nach dem Besuch einer Moskauer Parteikontrollkommission kamen zwei Verordnungen in Chanti-Mansijsk heraus, eine über die Stärkung der kleineren Kolchosen, eine

andere über neue Maßnahmen, die die Sesshaftigkeit der Nomaden im Norden des Tjumengebietes beschleunigen sollte. Beide bedeuteten in der Praxis die erzwungene Umsiedlung vieler Familien; Familiengruppen und kleinere Siedlungen gingen in größeren Dörfern auf. Dies lief auf die Abwicklung traditioneller Wirtschaftsformen, eine strukturelle Arbeitslosigkeit und Sprachverlust hinaus. Da beide ob-ugrischen Sprachen in mehrere Dialekte und Mundarten unterteilt sind, konnte sich keine Hochsprache entwickeln, so daß die Vertreter verschiedener Dialekte in größeren Siedlungen nicht nur mit Russen, sondern auch untereinander oftmals Russisch sprechen.

Später – ab 1968 – wurde eine solche Umsiedlung noch einmal durchgeführt, als alle ländlichen Siedlungen in Perspektiv- bzw. Nicht-Perspektivsiedlungen unterteilt wurden; in den sog. Nicht-Perspektivsiedlungen wurden Schulen, Krankenhäuser, Läden usw. geschlossen und die Mehrheit der Bevölkerung umgesiedelt. Parallel dazu forcierten auch die Schulen die Assimilation. Die kleinen Nationalschulen wurden geschlossen, das Netz der großen Internatsschulen ausgebaut. Dort wurden die Kinder der Völker aus dem Norden auf Staatskosten das ganze Schuljahr untergebracht und kehrten nur in den Ferien zu ihren Familien zurück. 1958 wurde die allgemeine Schulpflicht auf acht Jahre, in den 60er Jahren

Dorf am Baikalsee im Osten Sibiriens

Foto: dpa



gar auf zehn Jahre verlängert. Obwohl Textbücher und Übersetzungen der russischen Literatur für die Kinder noch publiziert wurden, geriet die Ausbildung in den Muttersprachen ins Stocken. Viele ältere Wogulen und Ostjaken erzählen, daß sie als Kinder bestraft und sogar geschlagen wurden, wenn sie sich außerhalb der Schulzeit in Internaten in ihrer Muttersprache unterhielten.

Der stärkste Bedrohung begann aber mit der Ölförderung und der damit verbundenen Zuwanderung. 1953 wurden in der Nähe von Berjozovo erste Erdgasfelder gefunden, sieben Jahre später an der Konda, einem wogulischen Fluß. Schon in den 70er Jahren zählten Erdöl und Erdgas aus ob-ugrischen Territorien zu den wichtigsten Exportgütern der Sowjetunion. Manche Beobachter glauben, daß ohne diese Vorkommen das sowjetische Regime schon zwanzig Jahre früher zerfallen wäre. Für die Einheimischen hatte diese Entwicklung aber nur weitere Verluste zur Konsequenz. Die Administrationen der Städte finanzierten natürlich die eigene Infrastruktur, und die Arbeitenden in der Erdöl- und Erdgasindustrie gehörten zu den höchst bezahlten in der damaligen Sowjetunion – in bedrückendem Kontrast zu der Armut der einheimischen Bevölkerung. Der einzige »Gewinn« des Nordens waren die vom Erdöl verschmutzten Flüsse und Böden sowie Tausende von Neueinwanderern, die die Einheimischen oft wie Untermenschen behandelten. Das Zahlenverhältnis der autochthonen Bevölkerung, der Chanten, Mansen und Nenzen, zu den späteren Einwanderern im Autonomen Bezirk von Chanti-Mansijsk lag bei den Volkszählungen von 1970 bei ca. 15 Prozent, 1979 bei 3,2 Prozent und 1989 nur noch bei etwa 1,6 Prozent, wobei die Gesamtzahl der Bevölkerung des Bezirks im Jahre 1979 bei etwa 570.700 lag. 1989 hatte sich diese Zahl auf etwa 1.300.000 mehr als verdoppelt.

Gegen Ende der 80er Jahre war bei den Ob-Ugriern ein starker Verlust an ethnischer Identität zu erkennen. In den Fischerdörfern hatten viele junge Männer keine Arbeit und auch keine Bräute, weil die jungen Frauen nach der Schule in den Städten blieben und oft Russen heirateten. Alkoholismus, Kriminalität und Suizide sind die Folge. Hinzu kommt die ökologische Katastrophe durch ölverseuchte Böden, weil das Erdöl aus oftmals defekten Pipelines austritt. Allein 1993 gab es Presseberichten zufolge 343 Lecks, auf einer Fläche von insgesamt 1.460 Hektar sind 4.216.773 Kubikmeter Schadstoff ausgetreten. Die realen Schäden werden auf mehr als 3 Milliarden Rubel geschätzt. Jenes Erdgas, das als Neben-

produkt bei der Ölförderung entsteht, wurde jahrelang einfach abgefackelt. Die klimatischen Konsequenzen waren katastrophal: die Austrocknung der umliegenden Sümpfe und der Tundra mit beträchtlichen Vernichtungsgefahren für zahlreiche Tierarten. Nicht zu vergessen die atomare Verseuchung der »Versuchs«-Insel Novaja Zemlja.

Ende der 80er Jahre mußte man davon ausgehen, daß beide ob-ugrischen Kulturen aussterben würden, das Mansische ganz sicher im 21. Jahrhundert nicht mehr gesprochen würde. Aber in den letzten zehn Jahren, nach der Perestroika, vollzogen sich große Veränderungen im Autonomen Bezirk Chanti-Mansijsk, teilweise von der Bevölkerung, teilweise von der Administration initiiert. Im August 1989 wurde die Bürgerinitiative *Jugra zu retten* gegründet. Mit ihr sollte das ethnische Bewußtsein wachgerufen werden. Zwei Monate später fand in Salechard die konstituierende Versammlung einer Assoziation der nördlichen Nachbarn der Chanten und Mansen statt. Es handelt sich hierbei um die Völker des »Autonomen Bezirks Jamalo-Nenets«, die sich unter dem Namen »Jamal – unsere Nachfahren« trafen. Der Name erinnert an die Natur der Halbinsel Jamal, die besonders stark von der Erdölindustrie geschädigt wurde. Später vereinigten sich weitere kleine Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens zu einer Assoziation (der heutige Präsident dieser Assoziation ist der chantische Schriftsteller Jeremiej Ajpin).

Politische und finanzielle Unterstützung bekam die neue nationale Bewegung von unerwarteter Seite, nämlich von der Erdölindustrie. Nach dem Zerfall des alten Regimes wurde die Staatsindustrie in Aktiengesellschaften umgewandelt, ihre Vorsitzenden sind heute die Kapitalisten Rußlands. Nach dem Beispiel Jakutiens, des größten Diamanten- und Goldproduzenten der Russischen Föderation, begann die russische Administration des Bezirks Chanti-Mansijsk ihren Kampf in erster Linie für die eigene wirtschaftliche Autonomie, aber auch für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der einheimischen Völker. 1991 wurde jedem Vertreter der nördlichen Völker eine einmalige finanzielle Beihilfe von der Administration gegeben; dafür wurden die neuen Listen der einheimischen Bevölkerung zusammengestellt, die sich im Vergleich zur Volkszählung von 1989 als viel länger erweisen sollte. 1992 wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Sippenterritorien, d.h. über Jagd- und Rentierzuchtreviere, angenommen, der das traditionelle einheimische Recht auf Bodennutzung

wiederherzustellen versuchte. Zudem wurde die nationale Kultur wieder weitgehend geduldet.

Neue Duldung nationaler Kulturen

Im Dezember 1991 eröffnete die Administration des Bezirks das »Institut für sozial-ökonomische und national-kulturelle Wiederbelebung der ob-ugrischen Völker«.

Es wird von der chantischen Pädagogin E.I.Nyomysova geleitet. Chantische und mansische Geisteswissenschaftler arbeiten hier zusammen. Kurz nach seiner Gründung wurde in Surgut der neue Verlag SEVERNYJ DOM (»Das Nördliche Haus«) gegründet, um die Publikation der Literatur über den Norden auch in den Nationalsprachen zu erleichtern. So erscheinen seitdem zwei Zeitungen, die wogulische LUMA SERIPOS (»Das nördliche Morgenrot«) und die ostjakische XANTI JASANG (»Die chantische Sprache«). Beide erscheinen zweimal im Monat. Dort werden außer lokalen Nachrichten auch Folklore, Erzählungen älterer Leute über ihr Leben sowie Sprachlektüre für Russisch-sprechende publiziert. Außerdem gibt es jetzt zwei neue Zeitschriften, speziell der ob-ugrischen und finno-ugrischen Kultur gewidmet, – JUGRA (»Das Land der Ugrier«) auf Russisch und die in St.Petersburg von dem bekannten wogulischen Dichter Juwan Schestalow publizierte internationale Zeitschrift STERCH (»Der weiße Kranich«) auf Russisch und teilweise in verschiedenen finnisch-ugrischen Sprachen.

Neue Schul- und Wörterbücher wurden veröffentlicht, für das Chantische sogar in den drei verbreiteten Dialekten. Leider wird noch nicht diskutiert, ob es nicht vernünftiger wäre, eine unterrichtsadäquate Hochsprache zu schaffen.

Seit ein paar Jahren wird auch der Studentenaustausch mit Universitäten in Ungarn und Finnland gepflegt, damit die ostjakischen und wogulischen Studenten auch andere finnisch-ugrische Sprachen erlernen können. Auch die von 1937 bis 1980 offiziell verbotenen Bärenzeremonien – sie bestehen aus fünf- bis siebentägigen Feiern – werden inzwischen wieder von offizieller Seite organisiert. 1993 fand auch das erste internationale Festival der finnisch-ugrischen Folklore statt. Außerdem arbeiten zwei neue Zentren der Folklore-Sammlung in Berjozovo und Belojarsk.

Solche Tendenzen zeigen, daß die viel zu weit gegangenen Assimilationprozesse doch noch gebremst werden können. Dennoch: Viele Kinder sprechen das Wogulische nicht mehr, und es gibt praktisch keine Muttersprachler

mehr unter 50 Jahren. Dagegen scheint das Ostjakische viel besser erhalten, obgleich die dialektalen Unterschiede sehr groß sind.

Natürlich stellt sich hier die Frage, ob sich zum Beispiel die Rechte der einheimischen Bevölkerung auf die Bodennutzung mit den Interessen der Ölindustrie vertragen werden. Oder: Kann die traditionelle Kultur eine neue wirtschaftliche Basis finden, die das Überleben in der modernen Welt ermöglicht?

Die wirtschaftliche Eigenständigkeit des Bezirks ist ausgeprägter als zuvor. Dafür stehen u.a. der geplante Bau einer Hochdruck-Pipeline zwischen der Jamal-Halbinsel und Mitteleuropa sowie zahlreiche, von Moskau unabhängige *Joint-Ventures*. In Chanti-Mansijsk wird jetzt viel gebaut, meistens von finnischen Baufirmen, zum Beispiel das neue Krankenhaus und die Kunstschule für einheimische Kinder. Man darf gespannt sein, ob all diese Veränderungen eine kulturelle Kontinuität der autochthonen Völker zu garantieren imstande sind.

ROLF SCHNEIDER

Die Sorben in der Lausitz

Vom Untergang einer Ethnie

Das 350-Seelen-Dorf Horno im südöstlichen Teil des Bundeslandes Brandenburg soll umgesetzt werden. Das unter seinen Grundmauern befindliche Braunkohlenflöz sei derart reichhaltig und hochwertig, daß der Stromproduzent LAUBAG unmöglich darauf verzichten könne; Tausende von Arbeitsplätzen hingen außerdem daran. Die Mehrheit der Leute von Horno wehrt sich gegen die geplante Aktion, unter anderem, indem sie mit den Schutzrechten einer nationalen Minderheit argumentiert und die Unterstützung durch die GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER reklamiert.

Horno liegt auf dem Gebiet der Lausitz. Die Einwohner Hornos erklären sich für Sorben. Unter anderem machen sie dies dadurch kenntlich, daß sie alte Volkstrachten hervorkramen und bei Protestveranstaltungen anlegen. Ob es sich bei ihrer Kostümierung um mehr denn hurtig instrumentalisierte Folklore handelt, ist die Frage.

Die Sorben, wie der inzwischen allgemein verbindliche Name lautet, bilden die umfang-



Sorbische Kinder feiern die Vogelhochzeit im sächsischen Crostwitz

Foto: dpa

lichste nichtgermanische Minderheit, die auf dem Territorium des heutigen Deutschland siedelt, sofern wir von Nomaden wie den Sinti und den erst in allerjüngster Zeit zugezogenen Gastarbeitern aus Anatolien und dem Iberischen absehen. Es handelt sich bei den Sorben um ethnische Residuen einer kontinentalen Migrationsbewegung, die mehr als anderthalb Jahrtausende zurückliegt.

Im Zuge der Völkerwanderung, die wahrscheinlich durch eine Klimaverschlechterung ausgelöst wurde, devastierten die Regionen zwischen Elbe und Weichsel. Die ursprünglichen Bewohner, germanische Völkerschaften, zogen südwärts; in das aufgelassene Land setzten sich in der Folgezeit westslawische Stämme. Bis zum 9. Jahrhundert verlief ihre Grenze zu den Deutschen hin an Saale und Unstrut; ab dem 10. Jahrhundert kam es zwischen beiden Ethnien zu wiederkehrenden militärischen Konflikten, vor allem im Gefolge der von Westen her betriebenen Christianisierung.

Das heutige Mecklenburg etwa war einst rein obotritisches, mithin slawisches Territorium. Durch die im Hochmittelalter beginnende deutsche Ostkolonisation wurde es zügig germanisiert. Das Schweriner Großfürstenhaus, figural vorgeführt durch entsprechende Plastiken an der Stirnseite seines Schlosses, konnte seine direkten Ursprünge auf einen getauften obotriti-

schen Herrscher namens Miklot zurückführen. Westslawische Volksgruppen hielten sich unter anderem noch im äußersten Nordosten, in der Kaschubei, sonst blieben von den vormaligen Bewohnern zumeist bloß die zahlreichen Flur-, Orts- und Familiennamen auf *-ow* und *-itz*. Einzige Ausnahme stellte die slawische Enklave in der Oberen und Niederen Lausitz.

Hier erhielt sich eine westslawische Minderheit, die sich auszeichnete durch gleiche oder ähnliche kulturelle Überlieferung, durch gleiche oder ähnliche Sprache. Sie nahm an den politisch-zivilisatorischen Veränderungen ihrer nichtslawischen Umwelt teil oder verweigerte sich ihnen; sie bewahrte sich das Bewußtsein ihrer besonderen Identität auch vermöge ihrer besonderen politischen Geschichte. Ober- und Niederlausitz waren zeitweilig böhmische Markgrafschaften. Im Gefolge der deutschen Bauernkriege gab es einen sorbischen Bauernaufstand von 1548/49, es gab auch später Aufstände, bis hin zu Erhebungen im Zusammenhang mit der Französischen Revolution.

Die Neuordnung des deutschen Territoriums auf dem Wiener Kongreß teilte das sorbische Gebiet: 80 Prozent fielen an Preußen, 20 Prozent an Sachsen; die jeweiligen Zentren waren Cottbus und Bautzen. Die politische Teilung deckte sich nicht mit der konfessionellen: eine – ausschließlich in Preußen ansässige – Min-

derheit war katholisch geblieben, der größere Teil protestantisch. Die Tendenzen zu einer größeren sorbischen Autonomie begannen in Sachsen mit der sogenannten »Wiedergeburt« und der 1847 erfolgten Gründung des Volksbildungsvereins MACIA SERBSKA.

Es waren vornehmlich Brauchtum, Sprache und kulturelle Leistungen, an denen sich sorbische Identität festmachte. Relativ alte Schriftdenkmäler existieren, so der Wortlaut eines Bautzener Bürgereids aus dem 15. Jahrhundert, es gibt eine vom Geistlichen Jakubica verfertigte Bibelübersetzung (1548), daneben eine Anzahl anderer theologischer Schriften. Der erste weltliche Literat hieß Tara oder, latinisiert, Tharacus, er lebte von 1564 bis 1618. Später entstanden Wörterbücher und Sittengeschichten, M. Hilbenec übersetzte Teile von Klopstocks *Messias*, im 19. Jahrhundert entwickelte sich ein sorbisches Pressewesen, erstes Periodicum war, ab 1809, die Monatszeitschrift SERBOW KURER A POWEDAR. H. Lubjenski, beeinflußt von Herder und der deutschen Frühromantik, begann mit dem Sammeln von Volksliedern und Märchen.

Allerdings existierte keine einheitliche sorbische Schriftsprache. Es gab vielmehr deren zwei: das auf dem Bautzener Dialekt fußende Oberlausitzisch und das auf dem Cottbusser Idiom basierende Niederlausitzisch. Die Schriftsprachen ebneten die existierenden Lokaldialekte ein, ohne sie zu verdrängen, was ihre Aneignung erschwerte; zusätzlich machten sie sich gegenseitig Konkurrenz. Im Gegensatz zu anderen Autonomiebestrebungen des 19. Jahrhunderts wurde eine nationalstaatliche Lösung nicht gewollt; von den Selbstbehauptungsbestrebungen anderer Slawenvölker profitierte man gleichwohl und nahm später auch ein wenig am Panslawismus Teil. Ein Resultat war die 1912 zu Hoyerswerda gegründete Kulturvereinigung DOMOWINA.

Nachschlagewerke aus dieser Zeit geben die Gesamtzahl der Sorben mit 100.000 an. Übrigens heißen sie da noch Wenden, ein lange Zeit üblicher deutscher Name, der übrigens auf das Lateinische des Tacitus zurückgeht. Das deutsche Kaiserreich mit seiner Germanisierungswut nahm von dem exotischen Völkchen im Spreewald bemerkenswert wenig Kenntnis; Berlin bezog seine Gurken und seinen Meerrettich von dort und außerdem Spreewälder Äpfeln, als Lieferantinnen von Muttermilch für Säuglinge aus den höheren Ständen. Die Weimarer Republik unterhielt in Bautzen als zuständige Behörde eine eigene Wendenabteilung. Hitlers Drittes Reich verbot 1937 die DOMOWINA und plante eine Umsiedlung der Sorben ins eroberte Polen.

Einen beinahe irritierend großen Aufwand für die Sorben legte die DDR an den Tag. Dies hatte erst einmal mit der politischen Nähe zur slawischen Supermacht Rußland zu tun: die Sache diente als slawophiles Alibi. Sämtliche Grundsätze der von Stalin einst entwickelten Nationalitätenpolitik wurden äußerlich befolgt; es gab eine einschlägige Gesetzgebung mit entsprechenden Garantien, es gab ein eigenes Forschungsinstitut bei der Akademie der Wissenschaften, es gab eine besondere Lehrerbildungsanstalt. In den sorbischen Siedlungsgebieten wurde zweisprachig unterrichtet, die DOMOWINA erfuhr eine sozialistische Reanimation, es existierte ein eigener Buchverlag. Das DDR-Radio produzierte sorbische Programme, ein professionelles sorbisches Volkskunstensemble trat auf, man hatte eigene Museen, Sammlungen und auch ein eigenes Sprechtheater. Straßen waren zweisprachig ausgeschildert. An Ortseingängen firmierte Bautzen auch als Budysin, Cottbus als Chosebuz.

Den größten Nutzen von diesen Bestrebungen hatte zweifellos die Belletristik. Während sorbische Literaten vergangener Jahrzehnte, etwa Nowak oder Metsk, außerhalb ihres eigenen Kulturkreises völlig unbekannt blieben, brachten es Autoren wie Juri Brezan, Kito Lorenc und Juri Koch zu übergreifender Popularität – vermöge der deutschen Übersetzungen, die gleichzeitig mit ihren muttersprachlichen Texten erschienen. Einer der meistgelesenen DDR-Schriftsteller, Erwin Strittmatter, stammte aus sorbischem Milieu und sorgte mit seinen Büchern dafür, daß diese Ethnie nicht aus dem Bewußtsein seines Publikums fiel.

Äußerlich war alles darauf angelegt, der sorbischen Minorität zu Stärke, Selbstbewußtsein und Dauer zu verhelfen. Eben dies geschah nicht. Die Gründe sind vielfältig.

Zunächst einmal wurde der verordnete Sprachunterricht bei Assimilierten vielfach als unnütz empfunden. Statt auf Sympathie stieß er auf Widerstand. Die Trachten, kaum noch von den Älteren getragen, blieben eine Sache der Folklore-Gruppen; anderes Brauchtum, so die kunstvoll bemalten Ostereier, waren kaum mehr als touristisches Souveniergut. Die katholischen Gebiete des Spreewalds verweigerten sich allem Liebeswerben der Kommunisten, statt dessen wurde aus ihnen ein nicht unerheblicher Teil des DDR-Preisturnachwuchses bezogen, was alles nicht geeignet war, die Zuneigung der realsozialistischen Macht zu fördern.

Ihre stärkste kulturelle Beihilfe hatten die Sorben seit jeher aus Böhmen bezogen. Sorbische Geisteswissenschaftler und Theologen

studierten traditionell an der Prager Karlsuniversität, was spätestens seit Dubčeks Prager Frühling das politische Mißtrauen und den Widerstand der in Berlin regierenden Stalinisten beschwören mußte. Schließlich war das bis dahin vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Territorium der Niederlausitz zum industriellen Erschließungsgebiet geworden. Die reichlich hier lagernde Braunkohle bildete das einzige Energievorkommen in Erich Honeckers Republik. Die Kraftwerke von Vetschau, Senftenberg und Hoyerswerda, von Schwarzer Pumpe und Jäntschwalde samt entstandenen Nachfolgeindustrien haben zu radikalen Umwälzungen in den sozialen Milieus geführt, was allmählich auch dem Sorbentum den Garaus machen mußte. Dagegen half aller Volkstanz nichts.

Das Ende der DDR brachte das Ende der von ihr betriebenen Sorbenförderung. Von der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« berichtete der als Zeitzeuge bestellte Kreczan Baumgärtl, die SED habe die sorbische Autonomie vorgeblich gepflegt, in Wahrheit jedoch die Assimilierung gefördert, unter anderem durch das Abbaggern von über fünfzig sorbischen Dörfern bei der Braunkohleförderung. Die in der DDR veranstalteten Sorben-Festivals seien vor allem »Repräsentationsgelegenheit für die Richtigkeit der Nationalitätenpolitik in der DDR« gewesen. »Sie waren überfrachtet mit wesensfremden Programmanteilen, von Militärschauen bis zu Sonderschauen für Mitglieder von Partei und Regierung.« Traditionsverbindungen nach Polen und Böhmen, aber auch nach Australien und in die USA seien systematisch behindert worden.

Heute gibt es noch oder wieder die DOMOWINA als kulturellen Dachverband, es gibt ein sorbisches Schrifttum, es gibt sorbische Sendungen im Rundfunk. Auf viel mehr als, vergleichbar, die Pflege des Plattdeutschen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern läuft das alles nicht hinaus, eher auf weniger, da die Menge der Betroffenen kleiner ist. Denn die Zahl von 100.000 Sorben, die sich seit hundert Jahren in allen Statistiken hält (vermutlich weil sie immer einer vom anderen abschreibt), ist eine freundliche Übertreibung. Die Abbaggerung des Lausitzer Braunkohlegebietes, Horno belegt es, geht weiter, und der Assimilierungsdruck wächst. Der sorbische Schriftsteller Juri Koch pflegt mitzuteilen, er erwarte den völligen Untergang seiner Ethnie in den nächsten dreißig Jahren. Diese Nachricht mag traurig stimmen, aber sie dürfte realistisch sein.

„ ÜBERLEBEN



Arkadij Gurewitsch

Singende Pferde

Eine Jugend im Konzentrationslager

140 Seiten

DM 29,80

»Es starb der Häftling Palmiro Cenneti, ein Architekt aus Turin, der wenige Monate zuvor noch entschlossen war, in Buchenwald ein Denkmal zu bauen, und der mit mir eine Art Abkommen schloß: Für den Fall, daß er die Hölle des Konzentrationslagers nicht überlebe, solle ich ein Buch darüber schreiben. Ich habe es ihm damals versprochen.«

ERGEBNISSE VERLAG

Abendrothsweg 58 · 20251 Hamburg

Tel. 040/480 10 27 · Fax 040 480 15 92

Thema: Sprache der Politik – Politik der Sprache

HANS-MARTIN GAUGER

»Le solide Mayot«

Hans-Jochen Vogel über politische Rede

Er empfängt mich, in der Tür seiner Münchener Wohnung stehend, freundlich und aufgeräumt. Es ist ja immer wieder überraschend, wie Prominente, die man vom Fernsehen kennt, tatsächlich so sind, aber dann doch auch wieder ein wenig anders. Er ist lebhafter, ungezwungener, schon in der Körperhaltung ungleich lässiger als auf dem Bildschirm. Ein starker Husten setzte ihm zu während unseres langen Gesprächs, das nur ein Thema hatte: die politische Rede.

An den Redner Hans-Jochen Vogel erinnern wir uns alle noch. Es ist ja wirklich nicht lange her, und er redet ja noch immer. Stets war er gut präpariert, wer sich mit ihm anlegen wollte, mußte nicht nur, wie die Redewendung sagt, früh aufstehen, er mußte auch spät zu Bett. Der klare Aufbau, die Strenge und Präzision der Darlegung bei aller Leidenschaft, die man auch spürte, genauer: man spürte, daß da Leidenschaft gezügelt wurde; aus solcher Zügelung resultierend ein maßvoll erregter Dauerton, wenig stimmliche und gestische Variabilität, Zügelung auch hier, keine Schauspielerei; eine gewisse humorige Bonhomie, wenn die Gelegenheit danach war, durchaus auch. Das wesentliche Kennzeichen aber bleibt: Solidität. Und das Gefühl: da läßt es sich jemand sauer werden, nimmt seine Aufgabe ernst. Solidität und Verlässlichkeit. Denis Diderot kennzeichnete einmal drei Schachspieler, die sich regelmäßig in einem bekannten Café zu treffen pflegten und bei ihrem meisterlichen Spiel bewundert wurden: »Philidor le subtil, Légal le profond, le solide Mayot«. Klar, wo Hans-Jochen Vogel hier einzuordnen wäre: er ist als politischer Redner der solide Mayot, obwohl das »Tiefe« des Monsieur Légal gelegentlich nicht fehlte.

Übrigens sind solche Kennzeichnungen problematisch. Ich versuche nur zu resümieren, was sich an Erinnerung in unserem Bewußtsein sedimentiert hat. In Rechnung zu stellen wären auch die Veränderungen dieses Redners. Der Amtsgerichtsrat in Traunstein (da war er 28), der Oberbürgermeister von München von 1960 an (da war er 34), der Minister in Bonn, der Regierende Bürgermeister in Berlin (niemand war, es ist in der Tat ein Unikum, Oberbürgermeister von München *und* von Berlin), der Oppositionsführer dort mit dem Handikap, daß er sich mit dem »Regierenden« Richard von Weizsäcker so gut verstand, der Vorsitzende der SPD als Nachfolger Willy Brandts (das war 1987), der Kanzlerkandidat, der Führer der Opposition gegen Helmut Kohl: dies alles sind verschiedene Rollen, die auch vom Redner Verschiedenes verlangen, und jede von ihnen hat Hans-Jochen Vogel ganz ernst genommen. Er liebt es nicht, wenn man ihm unterstellt – so steht es in seinen unter dem Titel *Nachsichten* erschienenen Erinnerungen – als Münchener Oberbürgermeister habe er sich am wohlsten gefühlt. Nein, er habe alle diese Aufgaben gleich ernst genommen und sich auch wohlgeföhlt bei dem Versuch, ihnen jeweils gerecht zu werden. Sicher aber war es damals in München so (und dergleichen muß doch zum Wohlbefinden eines Politikers beitragen), daß seine Popularität damals sehr viel größer war als die seiner Partei, die seinerzeit freilich auch besser dastand als heute. Erst vor einigen Tagen sagte mir ein in Berlin lebender Münchener: »Also, meine Eltern in München, die warn für die CSU, do hot's nix gebn, abern Vogel ham's imma gewählt.«

Gespräche wie diese sind interessant aus zwei Gründen. Erstens erfährt man Dinge, die man nicht wußte. Zum Beispiel, daß der Geräuschpegel bei den so wichtigen Fraktions Sitzungen höher ist, so sagt er, als in einer Schulklasse und daß der Fraktionsvorsitzende sich da also schon rein akustisch durchsetzen muß. Man geht hin, um zu hören, Übereinstimmung zu erzielen, aber gleichzeitig um sich mit anderen über anderes zu beraten. Das sei auch wichtig und jedenfalls unvermeidlich. Zweitens erfährt man, selbst wenn man nichts Neues erfährt, was der jeweilige Politiker weiß, was er voraussetzt, von was er (um die so beliebte Wendung der Politiker nicht zu vermeiden) »ausgeht«. Und bei einem Politiker, der also politisch handelt (und auch sein Reden ist oft ein Handeln), ist es interessant, eben dies zu erfahren. Da gelten unvermeidlich andere Maßstäbe als, sagen wir, bei einem Professor. Wir erfahren da etwas, auch wenn wir keine originelle Neuheit erfahren, über die Voraussetzungen seines Handelns.

Mich wundert, aber eigentlich ist es nicht verwunderlich, wie bewußt Hans-Jochen Vogel dies alles ist: nicht nur allgemein, natürlich, die Bedeutung des Rednerischen in der Politik, sondern auch im einzelnen die Mittel, die Möglichkeiten, die Unterschiede je nach Anlaß und Situation, die Eigenheiten und Möglichkeiten der anderen. Politiker scheinen sich da professionell zu vergleichen. Er selbst, sagt er, habe sich wohl gewandelt, aber die Spannbreite der Veränderung sei bei ihm »relativ eng«. Er könne halt nicht aus seiner Haut heraus. Wichtig seien ihm bei einer Rede: straffe Gliederung, Widerspruchsfreiheit, die Belegbarkeit des Gesagten, dann müsse sie »nachvollziehbare Beispiele« bringen, auch weiterführende Zitate, vor allem dürfe sie nicht zu lang sein. Er wisse wohl, daß er zum »Volkstribun« nicht eigentlich taue. Dazu sei er zu rational. Nur einmal, erinnert er sich, Februar 1971, bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Münchener SPD, die mit seiner Niederlage endeten (er verzichtete, da er ohnehin nicht gewählt worden

wäre, auf eine erneute Kandidatur für den örtlichen Parteivorsitz), »hat's mich völlig gepackt«. Er sieht dies als einen – auch rhetorischen – Ausnahmezustand. Und in der Tat: da ist etwas im Gedächtnis geblieben bei denen, die dies erlebten. Er sei wohl entschieden besser gewesen, wenn er nach Stichworten frei gesprochen habe. Er habe aber meist doch einen genau vorbereiteten Text vortragen. Da nennt er einen Grund, auf den man nicht sogleich kommt. Es sind die Medien, die etwas schwarz auf weiß brauchen; hinzukommen die Zwänge des Redaktionsschlusses (das heißt: es muß über die Rede schon berichtet werden, bevor sie gehalten wurde), die meisten könnten heute auch nicht mehr stenografieren, und so sei es gefährlich, den Journalisten nichts Schriftliches zu geben. Natürlich führe die Reaktion der politischen Redner auf diese Situation zur Vorliebe für »kurze, griffige, aggressive, bildkräftige Formeln«. Es sei seine Stärke und Schwäche zugleich gewesen, daß er seine Reden selbst geschrieben habe, oft von der ersten bis zur letzten Seite – in Sütterlin-Schrift. Natürlich habe er Mitarbeiter gehabt, die ihm Zahlen, Fakten und Zitate nachzuprüfen hatten. Er habe da einfach, findet er, zuviel Zeit verbraucht und oft lange in die Nacht hinein an seinen Manuskripten gearbeitet. Gelegentlich habe er aber immer wieder die schöne Erfahrung gehabt, mehr oder weniger frei sprechen zu können. Es sei ein Glück, bei kleineren Versammlungen sogar vom Mikrophon weggehen und sich hin- und herbewegen zu können, unter den Zuhörern: „so wie ein Oberlehrer vor oder zwischen denen steht, zu denen er spricht“. Entschieden tritt er auch der unter Intellektuellen verbreiteten, abwegigen und etwas arroganten Meinung entgegen, Politiker würden überhaupt nur Dinge vortragen, die ihnen zuvor von anderen aufgeschrieben worden seien. Immer wieder müsse jeder Politiker auch mehr oder weniger frei reden, obwohl es natürlich Redenschreiber gebe. Er nennt da aus seinem Bereich den Abgeordneten Heinz Rapp, der immer wieder kurze, suggestive Beiträge, Teiltex te geliefert

habe, die dann von ihm, aber auch von Willy Brandt und Helmut Schmidt verwendet wurden.

Das Stichwort »Oberlehrer« fiel mehrfach – und zwar von ihm aus. Er trägt an dieser Kennzeichnung nicht schwer; sie sei »eher etwas, das sich zur Selbstironie eignet«. Überhaupt ist dies auffällig: Hans-Jochen Vogel hat viel Distanz zu sich gewonnen, jene Distanz, die zum Humor gehört. Als ich bemerkte, vom VEREIN GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE, dessen Vorsitzender er ist, noch nichts gehört zu haben, holt er schnell einige Unterlagen herbei und übergibt sie mir mit der Frage: »Darf ich Ihnen dies so überreichen – in einer Klarsichthülle?«. Dies sind ja die beiden Kennworte, die sich mit seinem Bild verbunden haben: der Oberlehrer und die Klarsichthülle.

Im übrigen kritisiert er selbst an seinen Reden, die Sätze seien oft zu lang gewesen. Erstaunlich die Zahl, die er nennt. Man kann sich dies als Nichtpolitiker kaum vorstellen. Er habe schon als Oberbürgermeister (da waren übrigens – es ist bemerkenswert – jene beiden Kennworte noch gar nicht im Schwang) wohl knapp zweitausend Reden gehalten. Insgesamt habe er bisher, vermutet er, an die sechsbis siebentausend Reden gehalten.

Ich frage ihn nach frühen Eindrücken. Sofort kommt er da auf Kurt Schumacher, auf eine Rede auf dem Marktplatz von Rosenheim, Sommer 1949. Die habe ihm größten Eindruck gemacht, vor allem wegen der ausgemergelten, symbolkräftigen Persönlichkeit, obwohl der preußische Tonfall ihm in diesem Ambiente schon etwas hart und fremd geklungen habe. Eigentümlicherweise hat ja auch Helmut Kohl eine Rede Schumachers als wegweisend für sich bezeichnet. Oft stehen derlei rhetorische Erlebnisse prägend am Anfang von Politikerlaufbahnen. Lebhaft wird Vogel, wenn er von Waldemar von Knoeringen redet, der zu seinen Förderern gehörte. Ein »fabelhafter Redner« sei der gewesen im Blick auf Bilderreichtum, Leidenschaftlichkeit, Emotionalität ohne Übertreibung. Er schien, sagt Vogel, »von sich selbst hingerissen zu sein« und war gerade darum »ungeheuer glaubhaft«.

Viel ist aber in ihm auch lebendig von dem Mißbrauch der politischen Rede in der Nazizeit. Lebhaft erinnert er sich an eine Szene, April 1945, in Italien, als er als Unteroffizier eine kleine Gruppe von Handwerkern einer Versorgungskompanie Richtung Norden zu führen hatte. In irgendeinem italienischen Dorf hätten sie da eine Rede von Goebbels gehört, die übliche am Vorabend von Hitlers Geburtstag, und »der Kerl« habe es fertiggebracht, daß sie sich zwei, drei Stunden lang wieder gefragt hätten, ob da nicht doch noch eine Wende möglich sei: »ein teuflischer Demagoge«. Unter den frühen Eindrücken nennt er, respektvoll amüsiert, auch Alfred Loritz, der es verstanden habe, die Zuhörer geradezu zu Schreikrämpfen zu bringen, dann den Gewerkschaftsführer Max Wönnner. Aber prägend waren Knoeringen und Schumacher.

Wir kommen auf einzelne eindrucksvolle Redner zu sprechen. Er nennt da Theodor Heuss und besonders Willy Brandt, der etwas Unmachahmliches gehabt habe, insofern er nämlich den Eindruck vermitteln konnte, die Gedanken auf ganz natürliche Weise während des Redens selbst zu entwickeln. Er nennt Thomas Dehler und Gustav Heinemann, dann auch Leo Bauer, der als Vorsitzender der kommunistischen Fraktion im hessischen Landtag begonnen hatte, nach dem Krieg in der Sowjetischen Zone Intendant des Deutschlandsenders wurde, nach der Verurteilung zu fünfundzwanzig Jahren schließlich in den Westen kam und deutschlandpolitischer Berater Willy Brandts wurde. Der sei ein sehr bemerkenswerter, ein »feuriger Redner« gewesen. Er nennt Carlo Schmid, der »gut in die Paulskirche gepaßt hätte«, ein äußerst lebendiger Bildungsbürger und überhaupt ein eindrucksvoller Mann. Ein Redner von hohen Gnaden sei auch Erhard Eppler. Er nennt unter den Aktiven Wolfgang Schäuble: er sei nicht gerade blendend, aber ein eindringlicher Redner, der freilich durch Schärfe seinem Gegner einiges zumute und ihn mitunter durch seine Härte verletze. Er nennt zuletzt und fragt sich, warum er ihn nicht zuerst genannt habe, Richard von Weizsäcker, über den er



Für Hans-Jochen Vogel prägend: Waldemar von Knoeringen (l.) und Schumacher im Sommer 1949

Foto: AdsD/FES

ja bereits in seinen Erinnerungen viel Positives gesagt hat. Da sei überall »Intensität und Solidität«. Ein glänzender Parlamentsredner sei Helmut Schmidt gewesen. Vogel bewundert bei ihm vor allem die Schlagfertigkeit; fabelhaft sei er namentlich in seinen Repliken auf Kohl gewesen, und jedesmal seien diese Zweikämpfe zuungunsten Kohls ausgegangen. Kohl, sagt er, sei unterschiedlich. Manchmal lese er trocken und wie abwesend ab. Zuweilen sei aber da eine joviale Bereitschaft, abweichende Ansichten zu verstehen, eine Gelassenheit, wie sie aus dem Bewußtsein komme, »daß man seinen Part gut gespielt hat und sich seines Platzes in der Geschichte schon sicher weiß«. Und er könne dann, in solcher Stimmung, auch durchaus schlagfertig sein. Hans-Jochen Vogel nennt noch Joschka Fischer und Lafontaine, der »rhetorisch außerordentlich begabt« sei (»lebhaftes Gestik und Körpersprache, Sachkenntnis, ein emotionalisierender Polemiker«), dann, seiner eigenen Art zu reden näherkommend, Jürgen Schmude. Zu seinen starken redneri-

schen Eindrücken gehört aus der früheren Zeit natürlich auch Fritz Erler, den er sogleich nannte und den wohl jeder nennen würde. Eigentümlicherweise hat er dann aber Kurt-Georg Kiesinger, »König Silberzunge«, nach dem ich ihn frage, als Redner kaum wahrgenommen. Gerade Fritz Erler aber war es, der einmal äußerte, am liebsten habe er rhetorisch mit Kurt-Georg Kiesinger gestritten. Diese Parade, die sich erweitern ließe (Ehlers, Strauß, Wehner, Baron Guttenberg), zeigt, was es da einmal gab an Rednern, die es heute nicht mehr gibt. Woran liegt es? Meine Vermutung, es liege an der Rekrutierung der Politiker, am Delegiertenwesen in den Parteien, teilt er nicht.

Ich frage, ob durch die Zunahme der Zahl der Frauen in den Parlamenten sich in der politischen Rhetorik etwas geändert habe, ob da ein neuer Ton aufgenommen sei. Da wird Vogel sehr entschieden: sehr wohl habe sich dadurch etwas zum Guten hin verändert; die Frauen seien ja keine zu schützende Minderheit, sie seien vielmehr seit jeher

die absolute Mehrheit; natürlich hätten sich einige, besonders am Anfang, dem herrschenden Männerton angeglichen, aber es sei dann schließlich doch etwas Neues gekommen. Er nennt als Beispiel Rita Süßmuth. Sie rede leise, nachdenklich und halte es immer für möglich – und dies sei im Blick auf die Männer-Rhetorik das Neue –, daß auch der andere Recht haben könne. Auch Renate Schmidt, Antje Vollmer und Hildegard Hamm-Brücher nennt er in diesem Zusammenhang. Da sei also etwas in Bewegung gekommen. Besonders beim Schwangerschaftsrecht hätten die Frauen in eindrucksvoller Weise zueinander gefunden, und daß die Männer sich da schließlich zurückgehalten hätten, habe der Sache gewiß nicht geschadet. Diese Debatte, dann die Berlin-Debatte und die, seinerzeit, über die Verjährung der NS-Untaten, dies seien im Bundestag drei auch rhetorisch große Sternstunden gewesen.

Vor zehn Jahren führte ich ein Gespräch mit Helmut Schmidt über dasselbe Thema. Helmut Schmidt zeigte sich damals als entschiedener Gegner der Übertragung von Bundestags-Debatten durch Rundfunk und vor allem durch das Fernsehen. Von Anfang an sei er dagegen gewesen und zwar erbittert: »Ich war dagegen, weil ich ganz allgemein eine Gefahr, eine Gefährdung der Demokratie durch das Fernsehen zu erkennen glaubte. Und darin fühle ich mich heute bestätigt«. Ganz anders Hans-Jochen Vogel. Da zeigt sich der Wandel: solche Übertragungen sind nun normal geworden, und Vogel hat nichts dagegen. Er wäre sogar dafür, daß demnächst diese Übertragungen auf einem dem Bundestag eigenen Kanal kostenlos erfolgen. So sehr er gegen eine Übertragung von Hauptverhandlungen aus dem Gerichtssaal sei, so wenig hätte er etwas gegen Übertragungen von Sitzungen des Bundestags.

Aber natürlich sieht auch er die Veränderung, die Deformation der politischen Rede durch die Medien, durch *das* Medium, das vielfältige Medium unserer Tage. »Da ist immer das Medium als dicker Filter«, sagt er. Es ist vor allem die dadurch bedingte »Häppchenwirtschaft«,

die ihn stört. Dies ist so ein Beispiel für das, was ich meinte: das wissen wir heute vielfach, es ist nicht originell, aber es ist interessant zu erfahren, daß ein Politiker wie Vogel dies so deutlich sieht und daß er darunter leidet. Zweifellos steht diese »Häppchenkultur« der politischen Rede und ihrer Entfaltung entgegen. Denn Rede braucht Zeit. Entscheidend ist heute nicht die Rede selbst, sondern das, was von ihr in die Medien und dann durch sie »rüberkommt«. Das zählt. Und dies sehen diejenigen, die die politische Rede heutzutage kritisieren, nicht ausreichend. Rede und Politik, dann, allgemeiner, Politik und Sprache, das sei schon ein wichtiges Thema. Er habe aber nicht viel Brauchbares darüber gelesen. Ich kann ihm da kaum widersprechen. Was Sprachwissenschaftler dazu sagen, scheint auch mir fast durchweg zu politikfern. Diese – oft sehr kritischen – Beobachter haben zu wenig Anschauung von dem, was im Politischen vor sich geht und was sprachlich von einem Politiker verlangt wird. Das beste Buch darüber, das er kenne, sei das von Erhard Eppler: *Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache*, ein Buch von 1992. Hier schreibt in der Tat ein Politiker, der über viel Anschauung verfügt; zudem ist er von Haus aus Philologe.

ANDREAS MUSOLFF

Der Terrorismusdiskurs in der Bundesrepublik

Wer Anfang November 1997 die Zeitung aufschlug, mochte glauben, sich in einer tragischen Zeitschleife zu befinden. Am 5. 11. berichtete die WELT über einen bevorstehenden Prozeß gegen zwei Verdächtige einer *terroristischen Vereinigung* namens ANTIMPERIALISTISCHE ZELLEN (AIZ), denen Brand- und Bombenanschläge gegen Politiker und Büros politi-

scher und wirtschaftlicher Gruppierungen vorgeworfen wurden. Für DIE TAGESZEITUNG handelte es sich bei den AIZ um »die wohl skurrilste Guerilla, die die bundesdeutsche Linke je hervorgebracht hat«. An die Öffentlichkeit getreten waren sie zuerst 1992, als die berüchtigtste Terrorgruppe der Bundesrepublik, die ROTE ARMEE FRAKTION in einem offenen Brief das Ende ihrer »Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat« angekündigt hatte. Während die RAF begann, sich zu Fehlern zu bekennen, glaubten die AIZ sie mit dem alten Schlachtruf: »Der Kampf geht gemeinsam weiter!« zu revolutionärer Disziplin rufen zu können. Wie ist es möglich, daß mehr als 20 Jahre nach der Verhaftung fast aller führenden Mitglieder der sog. »ersten Generation« der RAF und vor dem Hintergrund vollkommenen politischen Versagens seither immer noch einzelne sich berufen fühlen, den *bewaffneten Kampf* fortzusetzen? Wie soll sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit verhalten gegenüber dieser Fortsetzung eines *Angriffs*, der mehrere Dutzend Tote und Hunderte Verletzte gekostet hat?

Das Selbstverständnis der »ersten Terroristen-Generation« basierte auf einer Analogisierung zwischen *heißem Krieg* in Vietnam und politischem Kampf in Europa in der Zeit des *Kalten Krieges*. Im April 1968 verübten vier Ex-Aktivistinnen der AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION zwei Brandanschläge in Frankfurt, die sie bei dem im Oktober desselben Jahres stattfindenden Prozeß als »Protest gegen die Gleichgültigkeit« gegenüber dem »Völkermord in Vietnam« rechtfertigten. Nachdem sie in erster Instanz zu Haftstrafen verurteilt, aber für die Dauer des Berufungsverfahrens freigesetzt worden waren, entzogen sich zwei von ihnen, Gudrun Ensslin und Andreas Baader, einer Wiederfestnahme. Baader wurde 1970 in Berlin erneut verhaftet; Ensslin blieb auf freiem Fuß und bereitete zusammen mit dem Rechtsanwalt Horst Mahler, der früheren KONKRET-Kolumnistin Ulrike Meinhof und anderen Helfern seine Befreiung vor. Bei einer Ausführung schossen sie ihm den Fluchtweg frei. Knapp ein



Professor Peter Brückner geriet 1977 in der Göttinger »Mescalero-Affäre« unter den Verdacht, Terrorismus und linke Gewalt zu fördern Foto: Isolde Ohlbaum

Jahr später stellte sich die Gruppe in einem von Meinhof verfaßten *Konzept Stadtguerilla* als ROTE ARMEE FRAKTION vor, deren Ziel lautete: »Sieg im Volkskrieg!«

Dieser *Volkskrieg* zeigte bald seine tödliche Gefährlichkeit: 1971 starben ein RAF-Mitglied und zwei Polizisten; in den ersten Monaten des Jahres 1972 versuchte die RAF mit einer Reihe von Bombenanschlägen, die vier Tote und über 30 Verletzte forderten, ihre revolutionäre *Schlagkraft* zu beweisen. Die *Kriegsführung* der Terroristen führte zu einem massiven Fahndungsdruck. Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung wurde fast der gesamte *harte Kern* der Gruppe, darunter Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Holger Meins, zwischen Februar und Juli 1972 verhaftet. Der durch die Inhaftierung scheinbar unschädlich gemachten

RAF-Führungsgruppe gelang es jedoch, sich in den Augen ihrer noch freien Anhänger als *Kriegsgefangene* zu stilisieren, denen die ihnen zustehenden Kombattantenrechte verweigert wurden. Anhand des Vorwurfs der *Isolationsfolter*, den die RAF-Häftlinge in Hungerstreiks zu beweisen versuchten, gelang es ihnen, eine neue *Guerilla-Generation* zu rekrutieren. Währenddessen bemühte sich die bundesdeutsche Justiz, im Gerichtsverfahren gegen die RAF-Führer den *kriminellen* Charakter ihrer Gewalttaten herauszustellen. Aufgrund der extensiven Anwendung einer erst kurz zuvor in die Strafprozeßordnung eingeführten Möglichkeit, das Recht der Angeklagten auf Anwesenheit bei der Hauptverhandlung einzuschränken, fand der Prozeß in einer unwirklichen Atmosphäre statt. Sobald die Angeklagten versuchten, politische Rechtfertigungen für ihre Aktionen zu geben, oder den vorsitzenden Richter beschimpften, wurden sie vom Hauptverfahren ausgeschlossen. Nach zum Teil monatelangen Ausschlüssen von der Verhandlung und internen Auseinandersetzungen mit den anderen Häftlingen erhängte sich Ulrike Meinhof in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1976 in ihrer Zelle. Der Prozeß gegen den Rest des *harten Kerns* endete am 28. 4. 1977 mit lebenslänglichen Haftstrafen gegen Ensslin, Baader und Raspe.

Zwei Wochen vor der Urteilsverkündung hatte eine neue RAF-Offensive begonnen. Am 7. April erschöß ein *Kommando* den Generalbundesanwalt Buback zusammen mit seinem Fahrer und dem Sicherheitsbegleiter. Größeres Aufsehen als der Bekennerbrief erregte ein in der Zeitung des Göttinger AStA abgedruckter Text, in dem unter dem Titel *Buback † Ein Nachruf* ein anonymes »Mescalero« seine unmittelbare Reaktion auf den Mord an Buback äußerte: »Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen, ich habe diesen Typ oft hetzen hören (...)«. Im weiteren Text wurde diese »Freude« allerdings kritisiert, und am Schluß stand eine Absage an jede »Strategie der Liquidierung«. In den Medien wurde jedoch die

Formulierung »klammheimliche Freude« als Beweis dafür aufgegriffen, daß sich nun an Universitäten »die Sympathisanten der terroristischen Gruppen« formierten, die den Buback-Mord billigten (DIE WELT 13. 5. 1977). Am 30. Juli 1977 wurde der Vorstandssprecher der DRESDNER BANK, Jürgen Ponto, in seinem Haus erschossen; am 5. September entführte ein weiteres RAF-Kommando den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans Martin Schleyer; seine vier Begleiter starben im Kugelhagel. Am nächsten Tag gaben die Terroristen ihre Bedingungen für eine Freilassung Schleyers bekannt: Austausch gegen elf RAF-Häftlinge, darunter Baader, Ensslin und Raspe.

Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt reagierte auf die Erpressung durch Einrichtung eines *Krisenstabes*, in dem sie zusammen mit Oppositionsführern exekutive Entscheidungen traf, ohne darüber das gesamte Parlament zu informieren. Die Massenmedien unterwarfen sich für die Zeit der Entführung einem *news management*. Aufgrund des Mangels an präzisen Informationen entwickelte sich eine Art von »Ersatzberichterstattung«, die aus Spekulationen und Meinungsbildern bestand. Das Schema einer *kriegerischen Auseinandersetzung* mit den Terroristen wurde nun für die Öffentlichkeit bestimmend. Als sich Mitte Oktober die terroristische *Offensive* mit der Entführung einer Lufthansa-Maschine mit Urlaubern aus Mallorca durch ein Palästinenserkommando, das ebenfalls die Befreiung der RAF-Häftlinge forderte, noch steigerte, schien sich die These vom *Terror-Krieg* endgültig zu bestätigen. Nun sah zum Beispiel der WELT-Kommentator Hertz-Eichenrode die Fähigkeit der Terroristen als erwiesen, »über Länder, Kontinente und Meere hinweg Feldzüge zu führen, die aus einer Folge von Kommando-Unternehmen bestehen«.

Nachdem am 18. 10. die Geiseln bei einem Flugstopp im somalischen Mogadischu durch die Bundesgrenzschutzeinheit GSG 9 befreit worden waren, be-

Neu im Winter '97 Gesellschaftliche Probleme

**Bauereiss, Renate / Bayer, Hiltrud
Bien, Walter:**

**Familienatlas II: Lebenslagen und
Regionen in Deutschland. Karten
und Zahlen**

1997. 204 S. mit rund 100 zweifarbi-
gen Karten und Grafiken.

Großformat. Kart. 48,- DM/

44,50 SFr/350 ÖS

ISBN 3-8100-1654-3

**Fischer, Arthur/ Münchmeier,
Richard (Gesamtkonzeption und
Koordination):**

**Acht Jugendporträts zur
12. Shell Jugendstudie**

1997. 176 Seiten Kart. 19,80 DM/

19,- SFr/145 ÖS

ISBN 3-8100-1971-2

Geller, Helmut:

Kinderreiche Mütter.

Lebensentwürfe, Probleme und
Perspektiven

1997. 296 Seiten. Kart. 44,-

DM/41,- SFr/321 ÖS

ISBN 3-8100-1892-9

**Gößwald, Udo / Klages, Rita
(Hrsg.):**

Ein Haus in Europa

Amsterdam – Budapest – Berlin
Stadtkultur im Museum 2

1997. 192 Seiten mit vielen Fotos.

Kart. 33,- DM/30,50 SFr/241 ÖS

ISBN 3-8100-1946-1

**Hafeneger, Benno / Jansen,
Mechtild / Klose, Christiana**

**(Hrsg.): „Mit fünfzehn hat es noch
Träume ...“**

Lebensgefühl und Lebenswelten in
der Adoleszenz

1997. 168 Seiten. Kart. 24,80 DM/

23,- SFr/181 ÖS

ISBN 3-8100-1910-0

Kolip, Petra:

**Geschlecht und Gesundheit im
Jugendalter**

Die Konstruktion von Geschlecht-
lichkeit über somatische Kulturen

1997. 320 Seiten. Kart. 48,- DM/

44,50 SFr/350 ÖS

ISBN 3-8100-1932-1

Hoecker, Beate (Hrsg.):

**Handbuch Politische Partizipation
von Frauen in Europa**

1997. 340 Seiten. Kart. 48,- DM/

44,50 SFr/350 ÖS

ISBN 3-8100-1782-5

Kurz, Karin:

**Das Erwerbsverhalten von Frauen
in der intensiven Familienphase**

Ein Vergleich zwischen Müttern in
der Bundesrepublik und den USA

1997. Ca. 300 Seiten Kart. Ca. 48,-

DM/44,50 SFr/350 ÖS

ISBN 3-8100-1941-0

Lange, Elmar:

Jugendkonsum im Wandel

Konsummuster, Freizeitverhalten,
soziale Milieus und Kaufsucht 1990

und 1996

1997. 192 Seiten. Kart. 33,- DM/

30,50 SFr/241 ÖS

ISBN 3-8100-1785-X

Mitulla, Claudia:

Die Barriere im Kopf

Stereotype und Vorurteile bei
Kindern gegenüber Ausländern

1997. 178 Seiten. Kart. 33,- DM/

30,50 SFr/241 ÖS

ISBN 3-8100-1926-7

Ott, Cornelia:

Die Spur der Lüste.

Sexualität, Geschlecht und Macht
Geschlecht und Gesellschaft 10

1997. 219 Seiten. Kart. 29,80 DM/

27,50,- SFr/218 ÖS

ISBN 3-8100-1903-8

Poferl, Angelika / Schilling, Karin /

Brand, Karl-Werner:

**Umweltbewußtsein
und Alltagshandeln.**

Eine empirische Untersuchung
sozial-kultureller Orientierungen

1997. 264 Seiten. Kart. 39,- DM/

36,- SFr/285 ÖS

ISBN 3-8100-1904-6

Räthzel, Nora:

Gegenbilder

Nationale Identität durch

Konstruktion des Anderen

1997. 274 Seiten. Kart. 39,- DM/

36,- SFr/285 ÖS

ISBN 3-8100-1895-3

Regenbogen, Arnim:

Sozialisation in den 90er Jahren

Lebensziele, Wertmaßstäbe und
politische Ideale bei Jugendlichen

1997. 285 Seiten. Kart. 48,- DM/

44,50 SFr/350 ÖS

ISBN 3-8100-1896-1

Scheffer, Bernd (Hrsg.):

Medien und Fremdenfeindlichkeit

Alltägliche Paradoxien, Dilemmata,
Absurditäten und Zynismen

1997. 293 Seiten. Kart. 39,- DM/

36,- SFr/285 ÖS

ISBN 3-8100-1917-8

Schneider, Norbert F. /

Rosenkranz, Doris / Limmer, Ruth:

Nichtkonventionelle

Lebensformen

Entstehung – Entwicklung –

Konsequenzen

Fragen der Gesellschaft

1997. 232 Seiten. Kart. 39,- DM/

36,- SFr/285 ÖS

ISBN 3-8100-1950-X

Vaskovics, Laszlo A. / Lipinski,

Helke (Hrsg.):

Familiäre Lebenswelten und

Bildungsarbeit

Band II: Ehe und Familie im sozia-

len Wandel. Interdisziplinäre

Bestandsaufnahme (2)

1997. 217 S. Kart. 28,- DM/

26,- SFr/204 ÖS

ISBN 3-8100-1846-5

Zeitschriften aktuell:

Berliner Journal für Soziologie

Aus dem Inhalt von Heft 4/97:

**Schwerpunkt: Stand und
Perspektiven des sozialen und
politischen Wandels in Ost-
deutschland**

Beiträge von u.a. Benz, Bertram,
Derlien, Hahn, Hauser, Hormuth,
Kaase, Lutz, v. Maydell, Schwitzer,
Strubelt, Wollmann.

Organisationsberatung -

Supervision - Clinical Management

Aus dem Inhalt von Heft 4/97:

Raum, Zeit und Bewegung in der
psychodramatischen Supervision –
Psychodramatische Supervision als
Passage in Personalentwicklungs-
maßnahmen – Unternehmenswandel
und Supervision – Typische Hand-
lungsmuster in Arbeitsorganisationen
– Psychodramatische Gruppensuper-
vision – Psychodramatische Metho-
den in der Einzelsupervision – Zur
Dialektik von Format und Verfahren.

Weitere Informationen: Verlag Leske + Budrich
Postfach 30 05 51, 51334 Leverkusen
<http://www.leske-budrich.de>

Leske + Budrich • Opladen

gingen Baader, Ensslin und Raspe, die durch in ihre Zellen eingeschmuggelte Radios von der *Niederlage* ihrer Genossen erfuhren, Selbstmord. Einen Tag später wurde die Leiche Schleyers im Elsaß gefunden. Der Terror-Krieg drohte zu einer sich selbst erfüllenden tödlichen Prophezeiung zu werden. Jedoch begann die Bundesregierung, die militärische Rhetorik abzuschwächen. Bereits im September hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner gewarnt: »Wer das Wort Krieg reinbringt, hilft den Terroristen.« Beim Staatsakt für Schleyer appellierte Bundespräsident Scheel an die Medien, vorsichtiger mit dem Wort *Sympathisant* umzugehen. Wie notwendig diese Appelle waren, zeigte sich in einer Allensbach-Umfrage aus dem Winter 1977/78, in der 95 Prozent der Befragten aktive Unterstützer, die zum Beispiel den Terroristen eine Wohnung beschaffen, als *Sympathisanten* ansahen, aber auch 56 Prozent diejenigen, die mit Terroristen Mitleid hatten; ein Drittel der Befragten hielt noch alle für *Sympathisanten*, die »die Kritik der Terroristen an unserer Gesellschaft in manchem berechtigt« fanden. Ansätze zur Überwindung der Selbst- und Fremdeinschätzung von Terroristen als *Todfeinde* des Staates fanden auch in den folgenden Jahren kaum Resonanz. Die oft geforderte »geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus« beschränkte sich auf seine rituelle Verdammung nach neuen Anschlägen und auf Schuldzuweisungen zwischen Parteien und Behörden für Fahndungsspannen.

Mit dem Mord am Vorstandspräsident der DEUTSCHEN BANK, Alfred Herrhausen, am 30. 12. 1988 versuchte die RAF noch einmal, eine strategische Offensive einzuleiten. In ihrem Bekennerschreiben warfen sie dem Opfer vor, er repräsentiere eine Bank, die »an der Spitze der faschistischen Kapitalstruktur« stehe; am Schluß stand der obligate Aufruf an die Mitstreiter: »Zusammen kämpfen«. Doch anders als 1972 oder 1977 wurde die Fiktion eines *Sympathisanten*-Umfeldes von der Öffentlichkeit nicht einmal im negativen Sinne ernstgenommen. Im Kommentar am Tag nach dem Mord äußerte

zum Beispiel die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG nur Unverständnis gegenüber dem »Hochmut, in dem ein oder zwei Dutzend Menschen glauben, der Beglückung von Millionen mit dem Töten von »Symbolfiguren« näherzukommen«. Das Hauptthema der Medienberichterstattung war die Erfolglosigkeit der Fahndung nach der neuen RAF-Generation, für die sich aber im folgenden Jahr eine verblüffende neue Erklärungsmöglichkeit zu ergeben schien. Im Zuge der Zusammenarbeit zwischen BRD- und »noch-DDR«-Polizeibehörden wurden zehn bis dahin vergeblich gesuchte RAF-Mitglieder verhaftet, die zu Anfang der 80er Jahre in die DDR gelangt waren und dort, vom Staatssicherheitsdienst mit falschen Identitäten ausgestattet, ein »neues Leben« begonnen hatten. Dies führte zu Spekulationen, ob die DDR-Geheimdienstspitze etwa auch die noch operierende RAF-Generation unterstützt habe oder gar deren Kommandos mit STASI-Restgruppen einen gemeinsamen Angriff gegen den *imperialistischen Feind* des vereinigten Deutschlands führen würden. Als die RAF am 1. 4. 1991 den Chef der »Treuhandsanstalt« für die Privatisierung von Staatsbetrieben der DDR, Detlef Karsten Rohwedder, in Düsseldorf ermordete, schienen sich solche Befürchtungen zu bestätigen. In dem Erläuterungsschreiben zum Mord erhob die RAF den Anspruch, ihren Kampf gegen die »Kolonisierung« Ostdeutschlands zu führen. Weitere »deutschlandpolitisch« motivierte Anschläge blieben aus, womit das gefürchtete »Anti-Vereinigungs«-Komplotz von RAF und STASI seiner Brisanz bald wieder beraubt war.

1992 ergriff Bundesjustizminister Kinkel im Januar die Gelegenheit anstehender Haftüberprüfungen für lebenslanglich verurteilte Terroristen, um eine Initiative bekanntzumachen, die mit Hilfe von Strafaussetzungen zur Bewährung für Häftlinge, von denen keine Gefahr mehr ausging, eine »Versöhnungs«-Bereitschaft des Staates demonstrieren sollte. Das Versöhnungsangebot versetzte die Terroristen in Zugzwang: indem der Staat sein *Feind*-Bild in Frage stellte, geriet auch ihr Modell der politischen Aus-

einandersetzung als *Krieg* ins Wanken. Nach drei Monaten interner Diskussionen trat die RAF mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie zu der Schlußfolgerung kam, »Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einzustellen«.

Mit ihrer Antwort schafften es die Autoren des Schreibens zum ersten Mal seit 20 Jahren, nicht nur fahndungstechnisch, sondern politisch ernst genommen zu werden. In der Öffentlichkeit entbrannte ein Streit um die Glaubwürdigkeit des Gewaltverzichts, und darum, ob der Staat sich auf Gespräche bzw. Verhandlungen mit Terroristen überhaupt einlassen sollte. Das Gewaltverzichtsschreiben leitete aber zugleich eine Zerreißprobe für die RAF ein. In einer an DPA geschickten Erklärung erklärte ein »Teil des Widerstands in der BRD«, weiterkämpfen zu wollen: »Widerstand steht dafür, daß das, was in den letzten 22 Jahren war, nicht dem Staatsapparat und seinen Medien gehört.« Im Nachhinein kann dies als die Geburtsstunde der AIZ bestimmt werden, für die Öffentlichkeit handelte es sich aber zunächst um ein von der RAF betriebenes Verwirrspiel, das die Hinterhältigkeit der Terroristen deutlich machte. Im nächsten Jahr schien die RAF zu ihrer früheren Brutalität zurückzukehren. Am 27. 6. 1993 wurden auf dem Bahnhof von Bad Kleinen in Mecklenburg zwei RAF-Verdächtige von Beamten der GSG 9 gestellt; als sie sich den Weg freizuschießen versuchten, starben der Terrorist Wolfgang Grams und ein Polizeibeamter, Michael Newrzella. Die zweite Verdächtige, Birgit Hogefeld, wurde festgenommen, ein mysteriöser »dritter Mann« entkam. Dies war aber nur die erste Darstellung der Ereignisse, die der Generalbundesanwalt der Öffentlichkeit unterbreitete. In den folgenden Tagen stellte er immer neue Versionen vor: die verhaftete Hogefeld hatte nicht, wie zuerst angegeben, das Feuer eröffnet, vielmehr gar nicht geschossen; Vermutungen über eine Verbindung des »dritten Mannes« zum Verfassungsschutz verdichteten sich zur Gewißheit. Es wurde bekannt, daß

Grams durch einen aufgesetzten Kopfschuß starb; eine Augenzeugin sagte aus, der wehrlos am Boden liegende RAF-Terrorist sei von GSG 9-Beamten erschossen worden. Der Skandal kostete bald politische Opfer: im Juli trat der Bundesinnenminister Rudolf Seiters zurück; und der Generalbundesanwalt Alexander von Stahl wurde entlassen. Die Untersuchung der 'Todesursache Grams' wurde dem Wissenschaftlichen Dienst der Polizei Zürich als unabhängigen Prüfern übertragen, die am 20. 11. 1993 in ihrer Endanalyse konstatierten, daß Grams sich »aller Wahrscheinlichkeit nach« selbst erschossen habe.

Für die Kritiker des Gewaltverzichts innerhalb der *militanten* RAF-Unterstützergruppen lieferte Bad Kleinen die beste Munition, die sie sich wünschen konnten. Eine »Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah« (benannt nach einer Mogadischu-Terroristin) kündigte neue Anschläge an und machte im November 1993 die Drohung durch einen Überfall auf die Verwaltung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall wahr. Im Bekennerschreiben berief sie sich auf die Aktionen der »Guerilla vom 14. 5. 1970 bis zum 1. 4. 1991« und auf eine Erklärung der inhaftierten RAF-Terroristin Brigitte Mohnhaupt sowie zehn weiterer Häftlinge, die den RAF-Kommandos vorwarf, einen geheimen »Deal« mit dem Staat zur »Abwicklung der RAF« gemacht zu haben. Am 5. 11. 1993 reagierten die Kommandos mit einem »offenen Brief«, in dem sie sich gegen die Vorwürfe zur Wehr setzten und ihrerseits die Mohnhaupt-Gruppe der Heuchelei beschuldigten, da diese schon 1990 »Verhandlungen um Freilassungen« gefordert habe. Damit war die Spaltung in der RAF auch für die allgemeine Öffentlichkeit offenkundig. Neue terroristische Aktionen, wie Sprengstoffanschläge auf CDU- und FDP-Büros, wurden nun der *Antiimperialistischen Widerstandszelle* (AIZ), die in ihren Bekennerschreiben zunehmend auf den Zusatz »Nadia Schehadah« verzichtete, zugeordnet. Die AIZ wurde nun rückblickend als bereits seit einem Jahr eigenständige Gruppe erkannt: ihr wurden nun

auch zwei Anschläge im November 1992 auf die Wohnung eines GSG 9-Beamten und auf die Universität Hamburg zugeordnet. Diese und weitere Anschläge, bei denen zumeist keine Personen zu Schaden kamen, wurden in den Bekenner-schreiben mit aktuellen Themen verknüpft: ähnlich wie bei den Begründungen der letzten RAF-Attentate 1989–1991 blieb aber jegliche Solidarisierungswirkung aus. Ihre anachronistische *Kriegs-erklärung* könnte für die Bundesrepublik nur dann gefährlich werden, wenn eine erneute Übernahme von Kriegsrhetorik durch Medien und Politiker sowie ein Ausschluß radikal-staatskritischer Gruppen aus der Öffentlichkeit ihr ein neues *Umfeld* bescherten.

Mit der teilweisen Übernahme der Kriegsrhetorik der RAF und der pauschalen Verdächtigung vermuteter *Sympathisanten* und *Umfeld*-Unterstützer hatte sich die BRD-Öffentlichkeit zeitweilig in einen psychologischen *Kriegszustand* versetzt. Der Erfolg der Kinkel-Initiative zeigte aber, daß furchteinflößende Gewalt zumindest für Terroristen erheblich an Wert verliert, sobald ein Dialog mit Staatsrepräsentanten über eine friedliche Lösung der Konfrontation ohne *Kapitulation* möglich erscheint. Das Antwortangebot der RAF, tödliche Angriffe einzustellen, demonstrierte den Willen, auf den Habitus von *Kriegskommandos* zu verzichten. Damit scheint sich eine doppelte politisch-kommunikative Aufgabe für die erfolgreiche Bewältigung eines terroristischen *Angriffs* zu stellen: einerseits muß terroristischen Gruppen deutlich gemacht werden, daß eine Fortsetzung ihres *Krieges* sie nur immer weiter von der politischen Diskussion (und damit jeder politischen Handlungsmöglichkeit) abschneidet; zugleich muß ein glaubwürdiges Angebot seitens des Staates vorliegen, daß sie im Falle der verlässlichen Beendigung des *Krieges* die Chance haben, in die öffentliche Debatte zurückzukehren. Den Medien fällt hierbei die Rolle zu, einer Übernahme des Kriegsszenarios durch die Öffentlichkeit nicht Vorschub zu leisten, sondern entgegenzuarbeiten.

MATTHIAS JUNG

Lob der Banalität

Sprache und Politik in europäischen Dimensionen

Der Euro, die gemeinsame europäische Währung, kommt – das ist so sicher wie die Rechtschreibreform. Der oder die ECU bzw. Ecu geht, egal in welcher der vier möglichen grammatisch-orthographischen Varianten. Und das, obwohl es letztere(n) seit vielen Jahren als Buchgeld gibt und er/sie noch mindestens bis 1999 bleiben wird, während der Euro trotz Genus-Sicherheit, eindeutiger Verteilung von Groß- und Kleinbuchstaben sowie stolz präsentierter Schein-Entwürfe vielleicht nur den Status eines frommen Wunsches hat. Doch halt! Wie *europäisch* und wie *gemeinsam* ist eigentlich eine Währung, die nur in einem Viertel oder einem Drittel der Länder Europas gelten soll?

Europa, genauer gesagt, die Europäische Union, Ex-Europäische Gemeinschaft, Ex-Europäische Gemeinschaften, Ex-Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Ex-Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist ein seltsam' Ding, mit einem besonderen Verhältnis von Sprache und Realität. Selbst Subtilitäten wie Numerus, (grammatisches) Geschlecht oder Schreibweisen kommen bedeutungsschwer daher, scheinen von literarischer Kunstfertigkeit im Umgang mit der Sprache zu zeugen und sind doch nur Ausdruck symbolischer Politik ungewisser Wirkmächtigkeit.

Die Geschichte der europäischen Einigung ist die Geschichte hart unkämpfter Schlüsselwörter, manches Etikettenschwindels und einer gehörigen Dosis sprachpolitischen Buzenzaubers. Ändern dürfte sich das auf absehbare Zeit nicht – aber repräsentativ für vieles, was sich sonst in der Politik abspielt, ist es allemal. Der multinationale Charakter des Brüsseler Spachhandelns treibt dabei manches auf die Spitze: Wo mehrere Kulturen involviert sind, ist die Kunst des sprachlichen Kompromisses ungleich wichtiger, vielfach komplizierter und oft einziges Gipfel-Ergebnis.



Bei einem Projekt, das wie »Europa« viele verschiedene Kulturen und Nationen zu vereinen sucht, wird Sprache zum hartumkämpften Politikum. Semantische Kompromisse treten an die Stelle inhaltlicher Entscheidungen.

Prefete Duffaut: Gekrönter Turmbau zu Babel

Foto: AKG, Berlin

Der zentrale Wortstreit europäischer Einigungsbemühungen begann mit dem Ende des 2. Weltkrieges und lange vor einer auch nur minimalen Realisierung der diskutierten Konzepte. Wie sollte das Kind heißen und was sollte es seinem Wesen nach sein: eine *Föderation*, gar demokratisch und sozialistisch wie die SPD 1946 forderte, oder lediglich eine *Konföderation*? Ein *Bundesstaat* oder doch lieber nur ein *Staatenbund*? Die *Vereinigten Staaten von Europa*, für die sich Churchill 1946 stark gemacht hatte, oder vielmehr ein *Europa der Nationen*, das der CSU und allen Nationalkonservativen bis heute so teuer ist? – Vokabel-Variationen, die brisant waren und bleiben.

Die innerparteiliche Diskussion der CDU liefert ein schönes Beispiel: Der Satz vom anzustrebenden *europäischen Staatenbund* im Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm erzeugte kurz vor der letzten Bundestagswahl ein mächtiges Rausen im Blätterwald, denn er wurde als signifikanter europapolitischer Rückzieher interpretiert. Flugs kam es zu einer auf den ersten Blick minimalen sprachlichen Veränderung, um »Mißverständnisse zu vermeiden«, wie es hieß. »Die EUROPÄISCHE UNION muß *bundesstaatlich* gestaltet werden« lautete die Forderung in der endgültigen Fassung.

Die semantische Subtilität der CDU-Pragmatiker erreicht ET-Formulierungsformat, zur hellen Freude von Linguistinnen wie Linguisten. Sie finden hier ein schönes Beispiel für die großen Konsequenzen kleiner Umstellungen in der Wortzusammensetzung, können über die Bedeutungsverschiebung infolge des Wechsels der Wortklasse von Substantiv zu Adjektiv reflektieren und die Produktion von Vagheit durch Hinzufügung von geeigneten Verben analysieren.

Im anstehenden Bundestagswahlkampf und der festlichen Noch-DM-Zeit vor der Beschering des EURO sind sprachliche Preziosen ähnlichen Kalibers an der Tagesordnung. Besonders spannend ist die 3-Prozent-Frage: Was darf hinterm Komma stehen? Die endgültige EU-Antwort wird keine

mathematische, sondern vielmehr eine politische sein. Das kann man sich an drei Fingern abzählen, schließlich geht es um das für den Eintritt in die Währungsunion wohl wichtigste Kriterium. Schon jetzt ist gut zu beobachten, wie sehr sich die konnagenauen Interpretationen abhängig von der individuellen politischen Position und den neuesten Prognosen der Haushaltsexperten im Winde drehen.

Wenn in der ET-Politik selbst auf den Elementarwortschatz kein Verlaß mehr ist, mag es trösten, daß wenigstens eines gleich bleibt: die prinzipielle Konstellation, die allen europäischen Wortdebatten der letzten 50 Jahre zugrunde liegt. Sie ist sehr einfach, denn gestritten wird wie in den oben genannten Fällen vor allem um den einen Punkt: Wieviel Souveränität wollen/sollen/müssen die einzelnen Länder an ein supranationales europäisches Gebilde abgeben? Konkrete Beschlüsse sind die eine Seite, die sprachliche Programmatik mit ihren Zielvorgaben die andere.

E- und F-Wörter

Kompromißformeln stellen nicht nur den Konsens der Regierungen dar, sondern schielen gleichzeitig immer auf die innenpolitische Situation der Mitgliedsstaaten: Nicht »Was drückt die objektive Gemeinsamkeit von Jacques, Tony und Helmut am besten aus?«, nein, »Wie sag ich's meinem Wähler?« ist die Hauptsorge der Politiker. In Großbritannien jedenfalls nicht mit »obszönen« *f-words* wie *federation*, das auf der Insel mit einer sehr weitreichenden Aufgabe nationaler Hoheitsrechte in Verbindung gebracht wird. Folglich ist *Föderation* in offiziellen EU-Erklärungen dank dem Beitritt Großbritanniens zur EG tabu, definiert das Heimeligkeit und Altruismus ausstrahlende Wort *Gemeinschaft* oder das ebenfalls unbestimmte *Union* den europolitisch korrekten Tonfall.

Für die deutsche Seite begannen die Probleme noch früher im Alphabet: Ärger machten die E-Wörter. Bei den Maastrichter Verhandlungen war es der Bundesregierung so wichtig, den Ecu nicht an die alte französische Währungseinheit erin-

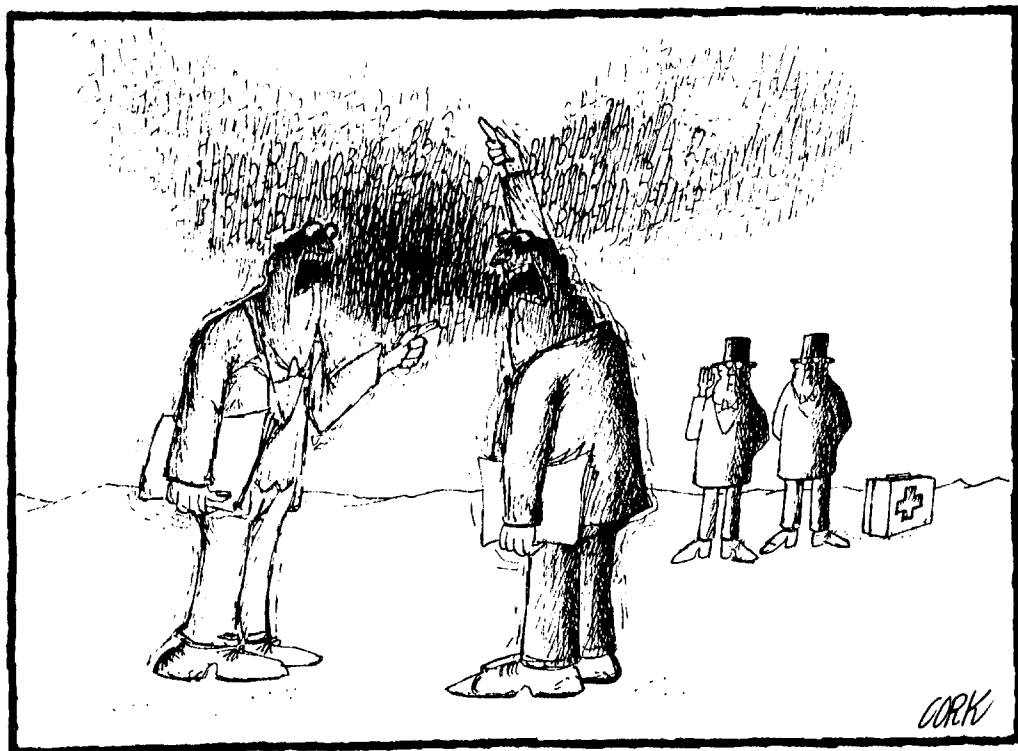
nern zu lassen, sondern *die* ECU als rein technische Abkürzung (*European Currency Unit*) deutlich zu machen, daß sämtliche deutsche Fassungen des historischen Vertrages aus dem Verkehr gezogen und neu gedruckt werden mußten. Selbst in die Aussprache läßt sich viel Symbolik hineinlegen: Ob gallisch *Ekü*, angelsächsisch *Ikju*, treudeutsch *E-Kuh* oder buchstabierend E – C – U (bzw. kosmopolitisch Versierte dann I – Si – Ju) – hier kann sich jeder europäische Sprachpolitik auf der Zunge zergehen lassen.

Nach der Maastrichter Einstampfkation 1993 holte die Regierung Kohl zum großen europapolitischen Sprachschlag gegen den ursprünglich mal als Streichel-einheit für gallischen Stolz gedachten Ecu aus: Wer die mythische Mark auf dem Altar der europäischen Idee opfert, hat auch bei der Namensgebung für die Neuwährung ein Wörtchen mitzureden. Die Umbenennung wurde gegen französischen Widerstand tatsächlich durchgesetzt.

Die verwendeten linguistischen Argumente waren flau. Zugegeben, die deutsche Aussprache rückt den ECU zwar in phonetische Nähe zur Gras fressenden, Milchseen, Butterberge und Wahnsinn produzierenden Großvieheinheit; doch haben sich die Franzosen umgekehrt ebenso wenig an dem Gleichklang von *Ecu* und frz. *cul* (>Arsch<) gestört wie in Deutschland die unappetitliche Assoziation in ganz ähnlichen Regionen den Verkaufserfolg der unter dem Namen *After Eight* vertriebenen Schokoladen-Pfefferminz-Plätzchen schmälerten.

Nein, entscheidend war der sprach-symbolische Aspekt der Benennungsfrage: Wenn Währungen im allgemeinen und die Wirtschaftswunderwährung DM im besonderen mehr noch als Hymne und Fahne der nationalen Identifikation dienen, dann trifft der neue Name zwangsläufig einen gesellschaftlichen Sprachnerv. Jedenfalls sollten die ungewohnten und a priori unbeliebten Scheine und Münzen nicht noch besonders fremdlän-

Karikatur: CORK



disch heißen und dem neuen Geld den sprachlichen Stempel eines einzelnen Landes aufdrücken. Das Rennen machte auf dem EU-Gipfel Ende 1995 deshalb auch nicht die von den deutschen Vertretern favorisierte Benennung *Franken*, doch dazu unten mehr.

Bis die offizielle Entscheidung gegen *Ecu* und für ein anderes E-Wort, den *Euro*, gefallen war, mußten sich europolitisch korrekte Kommissare in der hohen Kunst des Sprachslaloms üben. Hilfe kam vom SPIEGEL: In Anlehnung an eine bekannte Kurzgeschichte Heinrich Bölls empfahl man die stehende Wendung »jene gemeinsame Europäische Währung, die wir anstreben«.

Welches Europa soll es sein?

Während der Ecu noch eine Gnadenfrist bis 1999 hat, sind ehemals populäre Einigungsbezeichnungen wie *Fusion* oder die Kennzeichnung *supranational* längst auf der Müllkippe der EU-Sprachgeschichte gelandet. Wieder andere Begriffe wie *Integration*, mit dem sich De Gaulle in den 60er Jahren ganz und gar nicht anfreunden wollte, fließen den »Europäern« mittlerweile selbstverständlich und kontinuierlich aus der Feder.

In dieser ewigen Wiederkehr des Gleichen fallen neben ad acta gelegten Sprachstreitereien nur wenige Neuerungen auf. Überwiegend sind es Details. Manchmal sympathische wie die vor allem von der deutschen Regierung eingebrachte Formel *Bürger Nähe*, die einsemantisches Schutzwehr gegen Eurokratie-Aversionen bilden soll. Doch vieles – etwa *Subsidiarität* – bleibt Expertenjargon. Da nützt es wenig, wenn Fachtermini wie *Freizügigkeit* vertraut-anrühlich daherkommen.

Eine bemerkenswerte Ausnahme scheint die Formel vom *Europa der Regionen* zu sein. Sie bringt das Kunststück fertig, die Zustimmung von CSU wie Grünen und allem, was dazwischen liegt, zu finden. Dieses Konzept trägt nicht nur dem Wandel des Zeitgeistes seit den 70er Jahren Rechnung, sondern läßt sich auch als ein Weg zur Auflösung der Nationalstaaten von unten interpretieren.

Eine weitere Konstante europolitischer Sprachentwicklung äußert sich nicht in neuen Vokabeln, sondern betrifft die semantische Füllung einer sehr alten: Welches *Europa* soll es sein? Debatten über die Ausdehnung politischer Gebilde sind immer brisant und zumindest bei ihrer Konstituierung unvermeidlich. Bei der EUROPÄISCHEN UNION sind sie sogar ein institutionalisierter Dauerprozeß mit den entsprechenden semantischen Konsequenzen. Die genaue Bedeutung von *Europa* hat sich seit den Römischen Verträgen von 1957 im Rhythmus der Aufnahme neuer Mitgliedsländer gewandelt. In einem zukünftigen Jahrtausend mögen der politische und der geographische Begriff *Europa*, was den Umfang in Quadratkilometern angeht, übereinstimmen. Doch auch das wird bestenfalls ein ephemerer Zustand sein: Entweder verlassen dann einzelne Länder die Union wieder oder das vollendete Großeuropa entwickelt Appetit über den alten Kontinent hinaus.

Das politische *Europa* mag einmal mehr und nicht immer nur weniger als die geographische Realität umfassen, die derzeitige Differenz jedenfalls sorgt für manche Frustration. Die Selbstverständlichkeit, mit der die EU und ihre Mitglieder von sich selbst als Europa sprechen, dem die anderen Länder beizutreten haben, hat vor allem Tschechen, Ungarn oder Polen erbost. Sie seien immer in Europa gewesen, aber von Westeuropa im Stich gelassen worden.

Eine letzte sprachpolitische Besonderheit verdient in unserem Zusammenhang Erwähnung: die Instrumentalisierung des Prestigebegriffs *Europa*, um bittere Pillen und brisante Pläne sprachlich gefällig zu verpacken. Die Gewerkschaften forderten nach 1945 statt *Verstaatlichung* die *Europäisierung* der Schlüsselindustrien, mit dem Reden von *Europasoldaten* wurde die Wiederaufrüstung der Bundeswehr eingeleitet, die *Europäisierung* der Saar sollte 1955 ihre Herauslösung aus dem deutschen Staatsgebiet schmackhaft machen, die *Europäisierung* der deutschen Frage dagegen Befürchtungen der Nachbarländer vor einem neuen Großdeutschland besänftigen. Auch bei unpopulä-

ren Maßnahmen wie Steuererhöhungen schiebt man gerne Europa vor.

Der positive Klang von *Europa* wird aber auch in den Dienst der eindeutig guten Sache gestellt: Um den angefeindeten Gastarbeitern aus Italien einen Sympathiebonus zu verschaffen, titulierten wohlmeinende Zeitgenossen sie in sprachvolontaristischer Überzeugung als *Euro-pa-Arbeiter*, bevor die Zuwanderung aus der Türkei diese Benennung problematisch werden ließ. Tröstlich ist, daß die vielfache kommerzielle Nutzung von *Europa* und *Euro* bis heute anhält. Das zeigt, daß *Europa* allen Unkenrufen zum Trotz keineswegs ein Un-Wort geworden ist, sondern zumindest in Teilbereichen Attraktivität und Prestige behält. Auch stellt sich heute keine der im Bundestag vertretenen Parteien mehr offen gegen den europäischen Einigungsprozeß – ungeachtet der Ablehnung der Währungsunion durch die Mehrheit der Bevölkerung und manch populistischer Untertöne von Stoiber bis Schröder. Der Wahlslogan der FDP von 1957: »Erst Deutschland, dann Europa« mag zwar ausdrücken, was viele denken, so deutlich aber bisher nicht zu sagen wagen, doch bleibt er glücklicherweise den Stammtischen vorbehalten.

Nüchternes Fazit

So euphemistisch, häufig hohl und meistens trocken-bürokratisch die Schlagwörter und Leitvokabeln des heutigen europapolitischen Diskurses auch sein mögen, sympathischer als die emphatische Auffassung vom »christlichen Abendland« sind diese Konzepte allemal. Sie brechen mit der imperialistischen und chauvinistischen Diskurstradition, die über den Nationalsozialismus, den Anti-Kommunismus der Nachkriegszeit bis hin zur aktuellen Ausländerfeindlichkeit von Republikanern und Konsorten reicht. EU-Europa ist kein Bollwerk gegen Bolschewismus, Barbarei und finstere Bösewichter ferner Länder, sondern eine vertraglich geregelte Beitrittsgemeinschaft, bevölkert von Millionen abwartender bis skeptischer Bürgerinnen und Bürger und gelenkt von einem Club palavernder Politiker, die zwar zualler-

erst auf ihren Vorteil bedacht sind, denen aber weitreichendere Visionen nicht pauschal abzusprechen sind. Und mit Gorbatschows »Gemeinsames Haus Europa« kann man sich auch ohne nationalistische Angstparolen vor Augen halten, daß der Kontinent größer ist als die EUROPÄISCHE UNION.

Gut beratene Banalität auch bei der Benennung der europäischen Einheitswährung. *Euro* kommt uns heute, zwei Jahre nach der offiziellen Entscheidung für diesen Namen, schon so selbstverständlich über die Lippen, wie uns die Mark zwischen den Fingern zerrinnt. Eine reife Leistung für ein Phantomwort, das etwas nur projektiv Reales bezeichnet. Andererseits: Wer weiß noch von Alternativvorschlägen wie (*Euro*-)Franken, *Solidus* oder *Krone*, die seinerzeit alle ihre Lobby hatten? Lauter wohlmeinende Initiativen, geboren aus der Überzeugung, daß der DM-Nationalismus mit mehr oder weniger durchsichtiger Sprachkosmetik in Schach zu halten sei. Dabei hätten *Solidus* und *Krone* wegen ihres sprechenden Namens vielleicht erst recht die Spötter auf den Plan gerufen und die neue Währung von Anfang an zu einer Zielscheibe sarkastischer Bemerkungen gemacht. Gewiß, das ist ebenfalls nur Spekulation. Doch sprachwissenschaftliche Expertise taugt hier wenig. Die Linguistik – theoretisch wie angewandt – stellt keine Sprachhoroskope. Ob der Euro später mal einen positiven Klang haben wird oder eher als Ramschwährung in die Geschichte eingeht, hängt von nicht zu planenden Ereignissen und Entwicklungen ab, genauer gesagt davon, welchen öffentlichen und privaten Diskursen es gelingt, die kollektive Wahrnehmung zu prägen.

Drum sammle man in der Zwischenzeit gelassen die neuesten Brüsseler oder Bonn-Berliner Raffinessen sprachpolitischer Art und erfreue sich der Banalität vieler Konsensvokabeln. Sie bewirken nicht nur eine gewisse Immunisierung gegen ungute Bezugnahmen auf ideologisierte Europa-Konzepte, sondern halten den Einigungsprozeß in Gang: Weniger als sprachliche »Manipulation« der EU-Bevölkerung, nein, vielmehr als Autosuggestion ihrer Politiker.

1968 – eine Zäsur im politischen Sprachgebrauch?

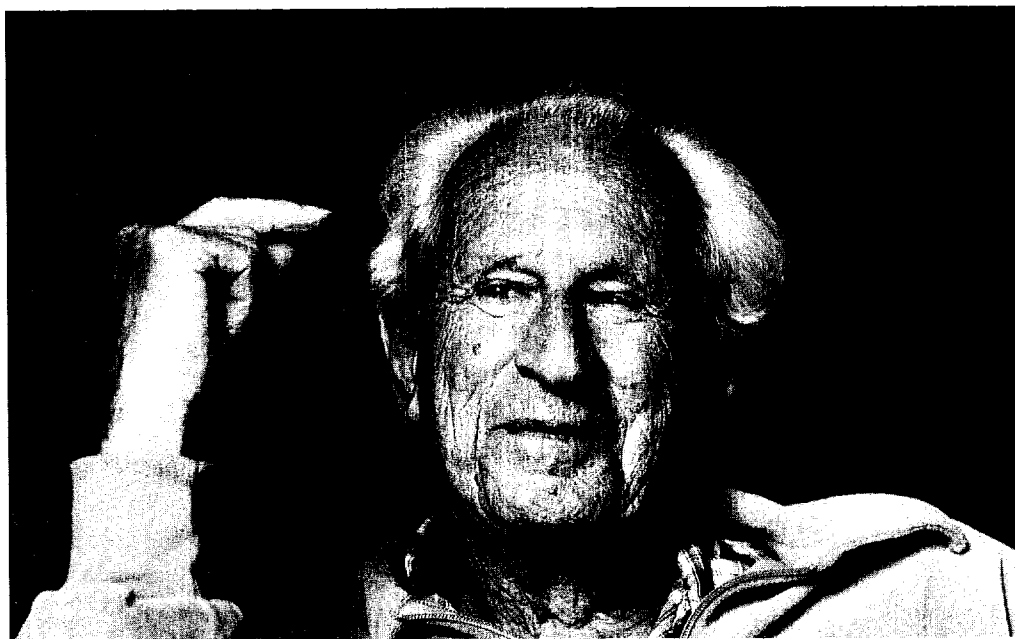
Die deutschen Achtundsechziger sind die mächtigsten Männer der Welt. Sie haben uns das Ozonloch, das Waldsterben, die Mafia und den illegalen Rüstungsexport beschert. [...] Sie steigern die Arbeitslosigkeit durch Tabubruch, die Asylantenzahl durch Herbeireden und die Krise durch Kritik. [...] Sie haben Deutschland das Nationalgefühl genommen, das doch bis 1968 bei strahlender Gesundheit war.« (FRANKFURTER RUNDSCHAU 25.10.1993) Vielleicht haben sie »uns« ja auch eine neue politische Sprache beschert, so könnte man im Anschluß an diese ironische Replik Thomas Assheuers argwöhnen, der damit auf die kulturkritisch-konservativen Anwürfe gegen »die 68er« reagiert.

Alle fünf Jahre ist das Gedenken an »1968« ein Medienthema. Nun gilt es also, im nächsten Jahr das 30jährige Jubiläum zu begehen, und die Bewertungen werden wie vor fünf, zehn oder fünfzehn Jahren wieder erheblich auseinandergehen. Hier soll eine Bewertung aus sprachgeschichtlicher Sicht hinzugefügt werden. Ausgegangen wird von der These, daß sprachliche Benennungen gerade im öffentlich-politischen Raum eine bewußtseinsprägende und wirklichkeitskonstruierende Kraft haben. Damit schließt diese Bewertung natürlich unmittelbar an die kontroversen Debatten über die mentalen, sozialen und politischen Folgen von »1968« an. Es soll gezeigt werden, daß »1968« (als Chiffre für eine politische Bewegung, nicht als genaue Jahresfestlegung) einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte des öffentlich-politischen Sprachgebrauchs der BRD darstellt.

In politisch motivierten Bewertungen wird »den 68ern« insbesondere wegen ihrer Tabubrüche, ihrer Infragestellung von Autoritäten und weil sie angeblich Gewalt im Rahmen politischer Auseinandersetzungen hoffähig gemacht hätten, von konservativer Seite die Verantwortung

für verschiedenste gesellschaftliche Mißstände vom RAF-Terrorismus bis zur Drogenproblematik zugewiesen. Andererseits werten »linke« Kommentatoren bis hinein in die CDU die Zäsur »1968« als Beginn einer offeneren und demokratischeren Gesellschaft. Demgegenüber relativieren insbesondere Historiker die Bedeutung der 68er-Studentenbewegung dahingehend, daß diese nur ohnehin fällige gesellschaftliche Modernisierungsschübe beschleunigt habe und daß die mit ihr in Verbindung gebrachten Entwicklungen sich schon seit Anfang der 60er Jahre abgezeichnet hätten.

Im Anschluß daran läßt sich der behauptete Zäsur-Charakter von »1968« bezüglich der politischen Sprache teilweise gut begründen, teilweise aber auch relativieren. Der Einfluß der Studentenbewegung auf die öffentliche Diskussion und das öffentliche Bewußtsein läßt sich allgemein anhand des Wortschatzes belegen, der aus dem Gruppenjargon an den Hochschulen in die öffentlich-politische Sprache zumindest der 70er Jahre eingegangen ist. Hierbei handelt es sich um den Jargon soziologischer und psychoanalytischer Schulen. Gemeint sind Ausdrücke wie *reflektieren*, *hinterfragen*, *umfunktionieren*, *internalisieren*, *Entfremdung*, *Verdinglichung*, *Repression*, *Ideologiekritik*, *Warencharakter*, *Triebunterdrückung*, *Kulturindustrie*, *Manipulation*, *Systemüberwindung*. Kennzeichnend für die Studentenbewegung ist zudem, daß sie bis dato allgemein akzeptierte sprachliche Angemessenheitsnormen nicht mehr einhält, neue Kommunikationsveranstaltungen (mit ihren aus den amerikanischen sozialen Bewegungen übernommenen Namen wie *teach-in*, *sit-in*, *Happening*) pflegt, bewußt abweichendes Vokabular auf Flugblättern und Wandzeitungen verwendet und den sogenannten Anal- und Sexualwortschatz in öffentliche Textsorten und Kommunikationssituationen einführt. All dies hat sich in einer veränderten öffentlichen Sprachpraxis niedergeschlagen, die aber zunehmend, vor allem mit der Privatisierung des Fernsehens, von anderen Faktoren be-



Herbert Marcuse: Die herrschende Sprache ist »nicht nur die Stimme, sondern auch die Tat der Unterdrückung«.
Foto: Isolde Ohlbaum

stimmt worden ist, denen die Initialzündung der »68er« zugute kam, deren Auswirkungen aber von den Protagonisten der Studentenbewegung nicht intendiert waren: »[...] die Libertinage kam bei RTL nieder, die herrschaftsfreie Kommunikation tobt auf dem *Heißen Stuhl* und den Tabubruch betreut Erika Berger« (Thomas Assheuer in der FR, 29.3.1993).

Der erste Gesichtspunkt, der eine Zäsur »1968« im politischen Sprechen begründet, ist die seither erhöhte öffentliche Sensibilität gegenüber sprachlichen Benennungen, die durch die gesellschaftskritisch motivierte Sprachkritik der Studentenbewegung angestoßen worden ist. Die Kritik der Studentenbewegung ist als Beginn einer Entwicklung anzusehen, durch die in vielen, vor allem innenpolitischen Bereichen bis dahin wenig umstrittene Haltungen *hinterfragt* wurden. Dieses *Hinterfragen* wirkte sich auch in einer verstärkten Kritik am *herrschenden* Sprachgebrauch aus und führte so zur verstärkten Sensibilität gegenüber sprachlichen Phänomenen, die in den folgenden Jahrzehnten insbesondere in den

sogenannten neuen sozialen Bewegungen, der Frauen-, Umwelt-, Dritte Welt- und Friedensbewegung kultiviert wurde. Es etablierte sich dort eine öffentliche »Sprachkritik von unten«.

Die Sprachkritik der »68er« ist insbesondere von Herbert Marcuse beeinflusst worden, dessen Feststellungen, daß die »herrschende Sprache [...] nicht nur die Stimme, sondern auch die Tat der Unterdrückung« sei und daß »das etablierte Vokabular« das »Establishment« schützt und »die Opposition von vornherein diskriminiert«, als sprachkritische Diagnose der Studentenbewegung gelten können und dessen Therapievorschlüsse ebenfalls aufgegriffen wurden: »Wörter (und damit Begriffe) [...] seien] von der nahezu totalen Entstellung ihres Sinns zu befreien [...], das soziologische und politische Vokabular [müsse] umgeformt werden: [...] seiner falschen Neutralität entkleidet werden; [...] methodisch und provokatorisch im Sinne der Weigerung »moralisiert« werden.«

Diese These von der herrschenden Sprache als Sprache der Herrschenden, von der gezielten Verfälschung der Realität

tät durch Wörter und Begriffe wird in den sozialen Bewegungen seit den 70er Jahren zur Grundlage ihrer Sprachsensibilität, die den Manipulations- und Euphemismus-Verdacht gegenüber dem Sprachgebrauch der Regierenden, der Bürokratie und der wirtschaftlichen Interessengruppen verbreitete. Sie führt zu einer Entwicklung, die mit der Infragestellung des gesellschaftspolitischen Vokabulars durch die »68er« beginnt, in den 70er Jahren insbesondere in der Umweltbewegung das naturwissenschaftlich-technische Vokabular als manipulativ zurückweist und sich in den 80er Jahren auf die Kritik an gemeinsprachlichen und in grammatischen Regularitäten verankerten Benachteiligungen der Frauen ausdehnt.

Der sich in der erhöhten Sprachsensibilität niederschlagende Einfluß sozialer Bewegungen auf den öffentlichen Diskurs dürfte es auch sein, der die feuilletonistische und konservative Sprach- und Kulturkritik der 90er Jahre an den angeblichen Sprechverboten motiviert, die durch Normen der *political correctness* (PC) und den durch sie ausgelösten politisch-sozialen Druck erzeugt worden seien. Somit mündet eine mit der Studentenbewegung eingeleitete Entwicklung, die zu erhöhter, wenn auch manchmal die gesellschaftliche und/oder sprachliche Realität überzeichnender Sprachsensibilität gegenüber verharmlosenden, parteilichen oder diskriminierenden Bezeichnungen geführt hat, in den 90er Jahren in einen Abwehrdiskurs konservativer Kreise, in dem mit Stigmaworten wie *political correctness* und *Gutmensch* sprachensible Versuche des Einwirkens auf den öffentlichen Sprachgebrauch als »Tugendterror« u.ä. zurückgewiesen werden.

Der zweite, eine Zäsur begründende Gesichtspunkt ist der, daß mit der Sprachkritik und den sprachlichen Besonderheiten der Studentenbewegung ein öffentlicher Sprachstreit eingeleitet wurde, der die Relevanz der Sprache erstmals in einer parteipolitischen Auseinandersetzung in den Mittelpunkt rückt. Zuvor waren sprachliche Benennungen nur bezüglich des Streits um die Wei-

terverwendung der »Nazi-Sprache« und um die Vorwürfe der deutsch-deutschen Sprachspaltung gegenüber der »DDR-Sprache« zu einem öffentlich breiter rezipierten Phänomen geworden. Der hier angesprochene Sprachstreit wird von der Studentenbewegung mit ihrer bereits zitierten Kritik am *herrschenden* Sprachgebrauch initiiert und von der konservativen Seite in den frühen 70er Jahren im Kampf um die Wiedergewinnung der sprachlichen Vorherrschaft und der politischen Macht mit zahlreichen sprachkritischen Beiträgen geführt. Diese richteten sich sowohl gegen den Sprachgebrauch der *Studentenbewegung* wie gegen den der seit 1969 regierenden sozialliberalen Koalition. Zu Beginn der 70er Jahre sollte von konservativer Seite damit der Einfluß eines Sprachgebrauchs abgewehrt werden, der nicht von den Gruppen, die bis dahin die kulturelle und politische Hegemonie ausübten, bestimmt wurde, sondern erstmals in der Geschichte der BRD von der politischen Gegenseite, von der »linken« Studentenbewegung und der die Regierung stellenden sozialliberalen Koalition.

Bekannt ist vor allem Kurt Biedenkopfs 1973er Parteitagrede, in der er »die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache«, und zwar genauer durch das Besetzen von Begriffen konstatierte und seine Partei zur sprachlichen Gegenwehr aufrief. Damit wurde auf konservativer Seite die »linke« Sprachherrschaftsthese umgekehrt und die Sprache »der Linken« als »die Sprache der Herrschenden« angeprangert und bekämpft. In der ersten Hälfte der 70er Jahre wurden so in zahlreichen Veröffentlichungen diese Sprache im allgemeinen und bestimmte zentrale Begriffe im besonderen als systemgefährdend, irreführend, ideologisiert, aktionistisch oder emotionalisiert angeprangert. Es ging um Ausdrücke wie *Demokratisierung*, *Veränderung*, *Emanzipation*, *Selbstverwirklichung*, *Chancengleichheit*, *Friedenspolitik* sowie um »Kampfbegriffe« wie *Profit*, *Privilegierte* versus *Unterprivilegierte* oder *das System* und *Systemveränderung*. Schon 1975 behauptete Biedenkopf wiederum auf dem CDU-

Parteitag den Erfolg seiner sprachkritischen Offensive, wichtige Begriffe seien »besetzt«, neue hinzugefügt und die »sprachliche Chancengleichheit« wiederhergestellt worden. Unabhängig von dem Mythos, der sich zeitweise um die kurzfristig einberufene sogenannte »Semantikgruppe« der CDU und deren »erfolgreiche« Begriffsbesetzungen rankte, dürfte der wirkliche »Erfolg« in der Etablierung sprachorientierter Überlegungen und Argumentationen im Rahmen parteipolitischer und parteiprogrammatischer Auseinandersetzungen liegen. Diese spielten dort zuvor nur vereinzelt eine Rolle und werden nun als indirekte Folge der durch ›1968‹ eingeleiteten gesellschaftlichen und sprachlichen Veränderungen über den Umweg der »konservativen Sprachkritik« der 70er Jahre systematisch einbezogen.

Zu relativieren ist die Bedeutung von ›1968‹ bezüglich realer semantisch-lexikalischer Verschiebungen in politischen The-

menfeldern. Eine nach solchen Themenbereichen differenzierte sprachgeschichtliche Analyse zeigt, daß die Studentenbewegung allein eine sprachhistorische Zäsur ›1968‹ nicht rechtfertigen würde, daß aber in vielen Themenfeldern eine Einteilung der Wortschatz-Entwicklungen vor und nach 1968 sinnvoll ist, sich im einzelnen allerdings zeitliche Schwankungen ergeben. In einigen Bereichen setzt die Entwicklung vor dieser Zeit ein, in anderen schlägt sie sich erst später nieder. Die 68er-Bewegung und die von ihr forcierte gesellschaftliche »Demokratisierung« wirkt aber zum Teil verstärkend und beschleunigend auf diese Entwicklungen.

Rekapituliert man unter diesem Aspekt die jeweilige Entwicklung des öffentlichen politischen Wortschatzes, so läßt sich in den meisten Fällen ein Einschnitt in den Jahren 1966-1970 feststellen, der allerdings nur zum Teil auf den Einfluß der Studentenbewegung zurückgeführt wer-

Generalsekretär Kurt Biedenkopf (2. v. r.) auf dem Hamburger CDU-Parteitag 1973: Aufruf zur Abwehr linker Sprachherrschaft

Foto: dpa



den kann (vgl. Stötzel/Wengeler u.a.: Kontroverse Begriffe). Aber auch dort, wo dieser Einfluß als gering zu betrachten ist, weist der Einschnitt in diesen Jahren auf wichtige gesellschaftliche und bewußtseinsmäßige Veränderungen hin und bestätigt somit die relativierende Einschätzung der Rolle »der 68er« durch Soziologen und Zeithistoriker, weil er zeigt, daß gesellschaftliche Modernisierungen und Umorientierungen bereits begonnen hatten oder in dieser Phase anstanden. So sind Bildungs-, Frauen- und Entwicklungspolitik Themenfelder, in denen lexikalisch-semantic und damit auch bewußtseinsmäßige Veränderungen durch die Studentenbewegung beschleunigt oder angestoßen worden sind. Eine wichtige Rolle spielt die 68er-Bewegung auch in öffentlichen Themenbereichen wie der Partnerschafts- und Sexualethik, der Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit, dem Bild der Jugend in der Öffentlichkeit und in stärker sprachbezogenen Themenbereichen wie dem Einfluß von Fremdwörtern, Anglizismen und der Jugendsprache.

Im wirtschaftspolitischen Bereich beginnen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre Veränderungen im Wortschatz, bei denen die sozialdemokratischen keynesianischen Konzepte und deren Terminologie eine wichtigere Rolle spielten als die Studentenbewegung, auch wenn deren Kapitalismus-Kritik und die daraus folgende Neuauflage der Diskussion um *soziale Marktwirtschaft* versus *Planwirtschaft* bis in die Regierungsparteien wirkten und den polemischen CDU/CSU-Wahlkampfslogans *Freiheit oder/statt Sozialismus* Nahrung gaben. Die Deutschlandpolitik wurde ebenfalls stärker durch die Neuerungen der sozialdemokratischen *Ostpolitik* als durch die »68er« verändert, während es die erste wirtschaftliche Rezession 1966/67 war, durch die die bis heute anhaltende Diskussion um Einwanderung sowie die sprachliche Diskussion um die Benennung der Einwandernden einsetzte. Auch die seit 1970 beginnende Wahrnehmung der Umweltproblematik verlief zunächst unabhängig von den Anliegen der »68er«, und die Umweltbewegung

nahm erst später deren gesellschaftskritische Haltung auch in ihrer Sprachkritik auf. In den Themenfeldern Europa- und Rüstungspolitik läßt sich für die zweite Hälfte der 60er Jahre kein relevanter sprach- und bewußtseinsgeschichtlicher Einschnitt konstatieren, in letzterem Bereich allerdings nur deshalb, weil die großen rüstungspolitischen Auseinandersetzungen der BRD-Geschichte sich zeitlich in relativ weiter Entfernung von »1968« abspielten. Allerdings können auch der große Einfluß sowie der sprachkritische Impetus der Friedensbewegung der 80er Jahre und die dadurch bewirkten Unterschiede im Themenbereich Rüstungspolitik zwischen den 50er und den 80er Jahren als Spätfolge von »1968« aufgefaßt werden.

Die im Titel des Beitrags gestellte Frage läßt sich unter den drei erläuterten Gesichtspunkten also mit Einschränkungen bejahen. Allerdings wurde nur ein Teilbereich der politischen Sprache, der öffentlich-politische Wortschatz und dessen öffentliche Thematisierung, betrachtet. Zu ergänzen wäre eine Antwort auf die Fragestellung mit der Untersuchung etwa der Veränderung von Textsorten, rhetorischen Mitteln oder pragmatischer Veränderungen im Gesprächsverhalten.

SILKE HAHN

»Ehemalige DDR« oder
»Neufünfland«?

Die Semantik der Wendezeit

Seit Beginn der Spannungen zwischen den politisch verwandten westlichen Zonen und der Sowjetzone haben die Entwicklungen in der späteren DDR und der Bundesrepublik sprachgeschichtliche Spuren hinterlassen. Schon während der frühen Nachkriegszeit tritt man mit den Konkurrenzvokabeln *Oder-Neiße-*



Karikatur: Roland Beier

Linie versus *Oder-Neiße-Grenze* um die Akzeptanz der deutschen Ostgrenze. Ob man mit Bezug auf die DDR von *Ostdeutschland* oder von *Mitteldeutschland* sprach, war ebenfalls ein lexikalisches Indiz dafür, wo der Sprecher diese deutsche Ostgrenze zu positionieren gedachte. Wer erinnert sich zudem nicht an die Bezeichnungsnöte um die Verwendung der Staatsnamen *Deutsche Demokratische Republik* oder *DDR*, denen aus westlicher Perspektive vielfältige Stigmaformulierungen wie *Marionettenregime*, *Zone der Unfreiheit* oder die bekannten »Tüttelchen« entgegengesetzt wurden?

Die Distanzindikatoren, die die DDR nur als »DDR« oder bestenfalls als *sogenannte DDR* gelten ließen, verschwanden aus manchen Presseerzeugnissen erst in der Mitte des Jahres 1989. Diese späte lexikalische Anerkennung der DDR-Staatlichkeit war schon bald wieder revisionsbedürftig, als sich am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR die innenpolitische Situation dramatisch verschärfte. Leipzig

als Ausgangspunkt des innerstaatlichen Widerstandes wurde in den Medien zur *Heldenstadt*; mit der Bürgerbewegung NEUES FORUM assoziierte man den Mut zur freien Meinungsäußerung. Der Rücktritt des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, der Mauerfall am 9. 11. 1989, die ersten freien Wahlen im März 1990 und die (Wieder-)Vereinigung Deutschlands am 3. 10. 1990 waren Ereignisse, die den zweiten deutschen Staat schließlich zur Geschichte machten. Sprachreflexive Modellierungen bestimmten auch weiterhin die öffentliche Berichterstattung und belegen, daß Zeitgeschichte auch als Sprachgeschichte nachvollziehbar ist.

Die Wende

Nach den Leipziger Demonstrationen und Friedensandachten waren die Rufe »Demokratie jetzt« und »Wir sind das Volk« zu historischen Parolen geworden. Das Volk forderte seine Rechte gegenüber dem Staatsapparat der DDR und seinen Funktionären. Wenig später wurde

mit dem abgewandelten Ruf »Wir sind ein Volk« vermittelt, daß über die in Frage gestellte Staatlichkeit der DDR hinaus die nationale Einheit der Deutschen beider deutschen Staaten in den Vordergrund rückte.

Die Umbrüche des Jahres 1989 bezeichnete man in der öffentlichen Diskussion der Folgezeit als *friedliche* bzw. *sankte Revolution* oder als *Wende*. In seiner ersten Rede nach dem Ende der Honecker-Ära versprach Egon Krenz, eine Wende einzuleiten. Der Ausdruck *Wende* sollte sich in naher Zukunft jedoch weniger auf Initiativen der DDR-Regierung beziehen, als vielmehr den völligen Wandel durch die Auflösung der DDR markieren. Im bundesrepublikanischen Sprachgebrauch erhielt die Vokabel *Wende* auf diese Weise einen neuen Kontext, nachdem der Ausdruck *Wende* bis dato dem Kanzler- und Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl im Jahre 1982 galt.

Von seiten der DDR-Reformbewegung wurde an der Vokabel *Wende* jedoch auch Kritik geübt. »Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft ›Klar zur Wende‹, weil der Wind sich gedreht hat, und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegt. Stimmt dieses Bild?«, fragte Christa Wolf 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz. Die Schriftstellerin zog es an gleicher Stelle vor, von einer *revolutionären Erneuerung* zu sprechen: »Revolutionen gehen von unten aus. ›Unten‹ und ›oben‹ wechseln ihre Plätze in dem Wertesystem, und dieser Wechsel stellt die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße.«

Wiedervereinigung oder Neuvereinigung?

Ende 1989 wurden die Überlegungen zur weiteren Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu einem wichtigen Ansatz der neuen Deutschlandpolitik. Die Vorstellungen, wie diese Kooperation zu gestalten sei, wurden mit Vokabeln wie *Föderation*, *Konföderation*, *Bundesstaat*, *Staatenbund* oder auch *Vertragsgemeinschaft* vermittelt. Im Kontext der

Diskussionen darüber, wie die zukünftige Staatsform lexikalisch zu fixieren sei, entbrannte auch der Streit darum, ob es zu einer *Wiedervereinigung* oder zu einer *Vereinigung* der beiden deutschen Staaten kommen sollte. Konkrete Vorbehalte gegenüber dem Ausdruck *Wiedervereinigung* äußerte Willy Brandt, indem er die *Wiedervereinigung* in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 20. 12. 1989 als »Lebenslüge« bezeichnete: »Eine *Wiedervereinigung* von Teilen, die so noch nie zusammen waren, wird es nicht geben; eine Rückkehr zum ›Reich‹ erst recht nicht.« *Wiedervereinigung* implizierte nach Brandt die Idee der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937. In der öffentlichen Diskussion war immer wieder einmal betont worden, »daß der Wille zur Wiedervereinigung nicht an der Oder-Neiße-Linie haltmache« – so beispielsweise in der Tageszeitung RHEINISCHE POST vom 12. 4. 1955.

Solche Interpretationen versuchten Sprecher zu verhindern, die die Vokabel *Vereinigung* gegenüber *Wiedervereinigung* favorisierten. Während Bundeskanzler Kohl 1990 in einer Bundestags-sitzung auf einer »möglichst rasche[n] Wiedervereinigung« beharrte, sprach Hans-Dietrich Genscher vom Weg zur »deutschen Vereinigung«. Brandt, Genscher und mit ihnen andere Politiker hielten die Vorbehalte hinsichtlich des Wortes *Wiedervereinigung* für unbedingt beachtenswert. Als alternativer semantischer Entwurf wurde *Neuvereinigung* diskutiert, den der SPD-Politiker Norbert Gansel am 13. 9. 1989 in der FRANKFURTER RUNDSCHAU motivierte: »So wie die beiden Teile Deutschlands heute sind, waren sie nie vereint. Nach 40 Jahren sind beide zu ihrer Geschichte und zueinander anders. Vorstellbar wäre allenfalls eine Neuvereinigung.«

Beitritt oder Annexion?

Der *Beitritt* der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes wurde in der öffentlichen Meinung vielfach als *Anschluß* bezeichnet. Dieser Ausdruck transportierte die Assoziation,

der eine Staat werde durch den anderen ohne Rücksicht auf eigene Mündig- und Wertigkeit geschluckt. Ähnliche Vorbehalte gegenüber einer Vereinigung zuungunsten der DDR äußerten die Grünen, die eine *Annexion* der DDR fürchteten in der RHEINISCHEN POST vom 8.2.1990. Das NEUE FORUM interpretierte in dieser Zeitung vom 19.5.1990 den Staatsvertrag als *Kapitulation* der DDR vor dem Sieger Bonn. Auch Metaphern wie *Ausverkauf* und *Einverleibung* illustrierten die Ressentiments gegen eine schnelle und spurenlose *Abwicklung* eines Staates, der sprachspielerisch auch als *Ko(h)lonie* bezeichnet wurde.

Die historische Analogie zum Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich 1938 wurde mit Bezug auf die Vokabel *Anschluß* ebenfalls geäußert. Antje Vollmer, Sprecherin der Grünen im Bundestag, kritisierte in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 9.2.1990 den *kalten Anschluß* der DDR an die Bundesrepublik und warnte vor unabsehbaren politischen und sozialen Folgen. Ein Aufruf von Gewerkschaftsvertretern, gedruckt in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 18.12.1989, brachte *Anschluß* in engen Zusammenhang mit der Furcht vor einem neuen Deutschen Reich: »Die Bestrebungen der Bundesregierung rufen schon jetzt mehr noch als bei den Regierungen der anderen Staaten bei deren Völkern große Besorgnis hervor. Wer kann es ihnen verdenken, daß sie an die bisherige Geschichte dieses Jahrhunderts denken, in der die ›Stärkung Deutschlands‹ und jedes Nachgeben gegenüber deutschen ›Anschluß‹-Bestrebungen in die Katastrophe führten.«

Der nächste Schritt in der Sprachgeschichte des deutsch-deutschen Einigungsprozesses war, für das vereinte Staatsgebiet einen Namen zu finden. Eine Umfrage der ZEIT im Juni 1990 lieferte Bezeichnungsvorschläge von *Deutscher Bund*, *Republik Deutschland* bis *Deutsche Bundesrepublik*. Helmut Kohl trat aufgrund des Beitritts der DDR nach Artikel 23 für *Bundesrepublik Deutschland* ein. Alltagssprachlich ist heute weitgehend von *Deutschland* die Rede – eine

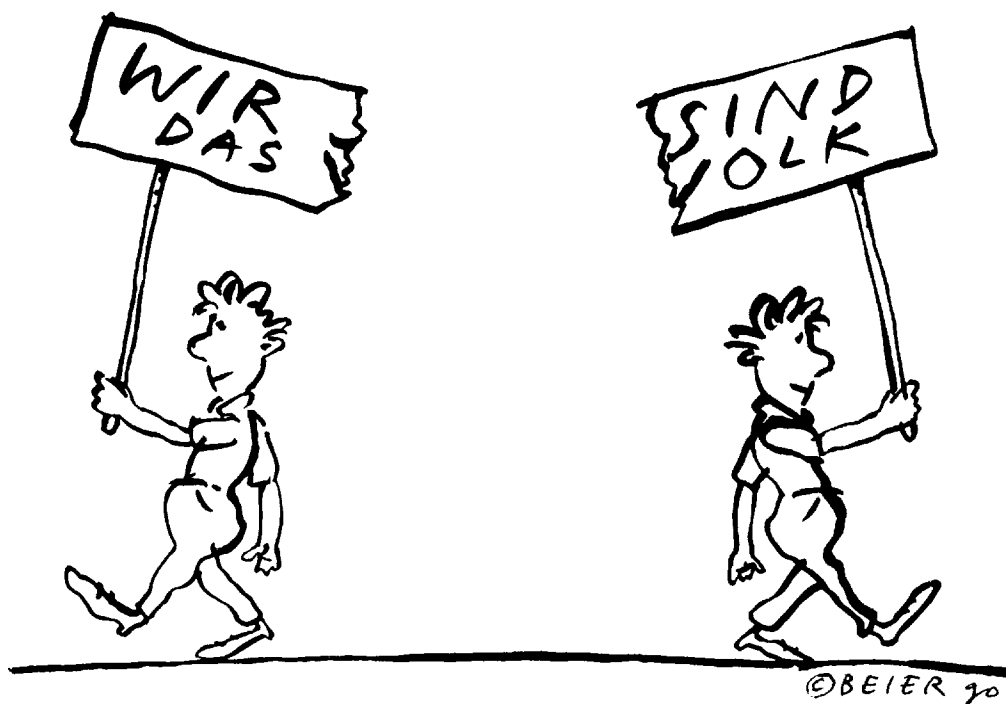
Bezeichnung, die Willy Brandt als Staatsnamen für das vereinigte Deutschland favorisierte. »*Deutschland* ist wieder ›in‹, territorial bei sich, wie seit 45 Jahren nicht mehr«, kommentierte der RHEINISCHE MERKUR vom 1.10.1993 diese Tendenz, der zeitweise mit Stigma-Assoziationen in Erinnerung an das Deutsche Reich begegnet wurde. Trotz der umgangssprachlich weitverbreiteten Variante *Deutschland* setzten sich die Befürworter der Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* durch, mit der die Idee der Staatsform Republik und einer bundesstaatlichen Ordnung vermittelt werden soll.

Lokführer, Häuser und deutsch-deutsche Flitterwochen

Eine herausragende Rolle spielten im Sprachgebrauch zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß Metaphern. Mit Hilfe unterschiedlicher Metaphernfelder wurden komplexe Sachverhalte vereinfachend und anschaulich dargestellt, interpretiert und gewertet. In der Verkehrsmetaphorik *rollte der Zug* zur deutschen Einheit, Bundeskanzler Kohl wurde in der deutschen Presse zum *Lokführer*, *Schaffner* und auch *Weichensteller* berufen.

Ebenso populär waren Metaphern aus dem Bereich Architektur: Helmut Kohl betonte in einem Beitrag in der RHEINISCHEN POST vom 29.11.1989, daß sich die künftige *Architektur Deutschlands* in eine *Architektur Gesamteuropas* einfügen habe. Auch die viel zitierte Metapher *Haus Europa* begleitete die Berichterstattung zur deutschen Einheit, die eine positive Stimmungslage des vereinigten und geeinten Deutschlands unter einem *europäischen Dach* zu vermitteln bemüht war. Im Interesse des *europäischen Hauses* sollten trennende und teilende *Mauern* abgerissen werden. Daß dies im metaphorischen Sinne kein so einfaches Unterfangen wie der Abriß der Berliner Mauer werden sollte, dokumentierte jedoch das Bewußtsein um die *Mauern in den Köpfen* der Menschen.

Analog zur euphorischen Stimmung angesichts des Umbruchs in der DDR, der Maueröffnung und der Vereinigung bei-



Karikatur: Roland Beier

der deutscher Staaten wurde mit Hilfe der Liebesmetaphorik die Sprache zum Spiegel der nationalen Empfindungslage. »Hier wächst zusammen, was zusammengehört«, kommentierte Willy Brandt im November 1989 in seiner Rede im Schöneberger Rathaus. In ihrer *Dokumentation zum 3. Oktober 1990* vermittelte die Bundesgeschäftsstelle der CDU harmonische Bildlichkeit, indem von einer Einigung gesprochen wurde, die »mit dem Herzen gewollt« war. Die deutsche Einigung wurde für die *BADISCHE ZEITUNG* vom 29.5.1992 zur *Hochzeit*, die man allerdings im nachhinein nicht selten als überstürzte Liebesbezeugung der unmittelbaren Wende-Euphorie interpretierte. Den *deutsch-deutschen Flitterwochen* – so eine Metapher aus der *FRANKFURTER RUNDSCHAU* vom 2./3. 10. 1992 – folgte eine Zeit der Ernüchterung und der Konfrontation mit den Schattenseiten des neuen deutsch-deutschen Verhältnisses. Die Alltagsprobleme der neuen Ehe illustrierte die *BADISCHE ZEITUNG* vom 29.5.1992: »Irgendwann im Verlauf der Feierlichkeiten muß es dann, wie auf Familien-

feiern üblich, zu unschönen Szenen gekommen sein. [...] Die Braut sitzt heulend auf dem Bett, und vor der Kammer tobt der Bräutigam, droht die Tür einzutreten und beklagt die hohen Ausgaben für die Feier.«

Während der Jahrzehnte der Existenz zweier deutscher Staaten waren Bezeichnungsnöte und Vermeidungstaktiken angesichts des Namens *Deutsche Demokratische Republik* eine gewohnte Erscheinung in der bundesdeutschen Politik- und Presselandschaft. Eine starre Haltung im Kontext der Benennungskonventionen um die DDR vertrat während der 60er Jahre Erich Mende, Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen. Sprachmaßregelnd warnte Mende in einem Bulletin der Bundesregierung vom 14. 12. 1964 vor der Formulierung *Deutsche Demokratische Republik*, denn für den FDP-Politiker steckte in »jedem dieser Worte [...] eine geschichtliche Lüge«. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gab in der *RHEINISCHEN POST* vom 13. 10. 1967 zu, »daß sich da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen, [...],

mit dem wir bereit sind, [...] Kontakte aufzunehmen«.

Auch während und nach dem deutsch-deutschen Einigungsprozeß gehörten Bezeichnungsunsicherheiten gegenüber dem Referenzobjekt »ehemalige DDR« zum Alltag der Berichterstattung. Häufig wurde und wird die Vokabel *Ostdeutschland* verwendet, die im Kontext der Oder-Neiße-Debatte jedoch diejenigen Sprecher problematisierten, die Deutschlands Osten jenseits von Oder und Neiße positionierten und hinsichtlich des Gebiets der ehemaligen DDR auf der Bezeichnung *Mitteldeutschland* beharrten. Nach der Wende provozierte der Ausdruck *Ostdeutschland* kritische Leserbriefe und Stellungnahmen: In der RHEINISCHEN POST vom 9.5.1990 wurde dieser Wortgebrauch von Vertretern der Vertriebenenverbände als »Verrat«, und »Preisgabe« diffamiert und zum Indikator eines »einseitig erbrachten deutschen Opfer[s]« stilisiert. Meist ist – mit zunehmendem Abstand zur unmittelbaren Wiedervereinigungsphase – von *Ostdeutschland* die Rede. Die heute weniger gebräuchlichen Bezeichnungen *neue Länder* bzw. *neue Bundesländer* können für die Jahre nach der Wiedervereinigung häufig belegt werden und verweisen primär auf Regionen und erst in zweiter Linie auf den Nationalstaat. Ein Leserbrief, abgedruckt in der RHEINISCHEN POST vom 16.9.1992, enthielt die Bezeichnung *damalige Noch-DDR*, bezogen auf die DDR vor der Wende. Hier zeigt sich eine sprachliche Verrenkung, die veranschaulicht, in welchem Maß zuweilen Wert darauf gelegt wird, mit einer Wortwahl die komplette Geschichte einer politischen Entwicklung zu dokumentieren. DDR-bezogene Formulierungen wie *Ex-DDR*, *bisherige DDR* oder *ehemalige DDR* verschwanden allmählich aus der öffentlichen Diskussion. In der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 28.9.1990 rief die GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHE SPRACHE dazu auf, solche Ausdrücke zu vermeiden, weil das »Weiterschleppen« der Bezeichnungen der dortigen Bevölkerung nicht gerecht werde und diese »sich nichts sehnlicher wünsche als die Verab-

schiedung von diesen drei ungeliebten Buchstaben«.

Umstritten war schließlich 1992 die Variante *fünf junge Bundesländer*, die Bundesfinanzminister Theo Waigel in einer Haushaltsdebatte des Bundestags verwendete. Die Attribuierung *jung* schien geeignet, die Entwicklungspotentiale der ehemaligen DDR zu vermitteln. Der CDU-Politiker Peter Michael Diestel äußerte dagegen seine Vorbehalte gegen *jung* in der SÜDWESTFUNK-Sendung *Kulturforum* vom 18.10.1992. *Jung* vermittelte aus Diestels Perspektive allzu sehr Konnotationen wie »unerfahren« oder »belehrungsbedürftig«, die den sogenannten *jungen Ländern* nicht angemessen waren.

Eine kreative und semantisch konkretisierte Bezeichnungsalternative bot die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2.10.1992: »Neufünfland« nennen Freiburger Studenten die neuen Bundesländer, »Neufundland« wäre vielleicht noch richtiger, denn die meisten der Älteren im Westen hatten den Osten längst aufgegeben und vergessen; und die Jüngeren hatten die DDR nicht einmal aus den Augen verloren, weil sie sie zuvor nicht gesehen hatten und nicht in ihr Deutschlandbild eingeordnet hatten.«

Besserwessis und Jammerossis?

So wie in der unmittelbaren Zeit nach der deutsch-deutschen Einigung *Ost-* und *Westdeutschland* einander gegenübergestellt wurden, existierten weiterhin *Ost-* und *Westbürger*, *Ost-* und *Westdeutsche*. Die Bezeichnungen *Wessi* und *Ossi* wurden zu sprachlichen Indikatoren für die Annäherungsschwierigkeiten der Bevölkerung in der veränderten deutsch-deutschen Wirklichkeit, die nicht nur aus *Landsleuten* oder *Brüdern und Schwestern* bestand. Laut einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Jahr 1991 stießen die Vokabeln *Wessi* und *Ossi* auf Abneigung, weil alte Gegensätze zwischen hüben und drüben auf diese Weise am Leben erhalten blieben. Die populäre Stigmabezeichnung *Besserwessi*, die dem Westbürger aus ostdeut-

scher Sicht gerne zugeschrieben wurde, veranschaulicht jedoch, daß solche Kontraste noch nicht ausgeglichen werden konnten. Enttäuschung und Resignation angesichts unbefriedigter Erwartungen im »Osten« wurden in der RHEINISCHEN POST vom 3.10.1992 mit der Vokabel *Jammer-Ossi* karikiert. Positiv gefärbte Rückblicke auf die DDR-Vergangenheit wurden mit dem Neologismus *Ostalgie* belegt, der beispielsweise in der ZEIT vom 10.12.1993 zu finden war und eine östlich fokussierte Nostalgie umschrieb.

Sowohl der unmittelbare Wendeprozess als auch die Folgen für den nunmehr vereinten, wiedervereinten oder neuvereinten Staat waren und bleiben Anlässe für semantische Konkurrenzen und Facettierungen, mit denen seismographisch auf Zeitgeschichte reagiert wird. Solange politische Themen in der öffentlichen Wahrnehmung aktuell und umstritten sind, kann die entsprechende Sprachgeschichte weitergeschrieben werden.

HORST DIETER SCHLOSSER

Im Glashaus der Sprache

Die Aktion »Unwort des Jahres«

Das Jahr 1997 könnte für die Suche nach dem »Unwort des Jahres« das interessanteste seit Beginn dieser sprachkritischen Aktion 1991 werden. Denn in diesem Jahr gibt es gleich mehrere Felder, auf denen sich die »tonangebenden« Kräfte unserer Gesellschaft sprachlich besonders unsensibel ausgetobt haben. Ob es nun die gegenseitigen »Blockade«-Vorwürfe der Parteien sind, die damit nur ihre Handlungsunfähigkeit vertuschen wollen, oder das Zu-Tode-Reiten des »Reform«-Begriffs (auch der letzte Unsinn wird noch als »Reform« verkauft) oder die »Globalisierungs«-Ausrede aller, die im Lande selbst nichts

mehr zustandebringen (wollen), oder die nun sogar gesetzlich verankerte Mär von der »Organspende«, die tatsächlichen oder nur »Hirntod«-Toten etwas streitig macht, was die Betroffenen möglicherweise nie freiwillig hergegeben (»gespendet«) hätten, oder die teilweise hysterischen Reaktionen auf die Paulskirchen-Rede von Günter Grass zu Ehren des Friedenspreisträgers Kemal, usw.

Oberstes Prinzip: Sprache gehört allen!

Die Unwort-Jury, die bis 1994 unter dem Dach der Wiesbadener GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHE SPRACHE agiert hat und seitdem völlig unabhängig wirkt, ist auf die Vorschläge für das »Unwort des Jahres 1997« gespannt, die ihr auch diesmal wieder aus der gesamten deutschsprachigen Bevölkerung gemacht werden können. Denn das wichtigste Prinzip dieser Form der Sprachkritik ist, daß nicht ein abgehobenes Gremium dekretiert, worüber sich die Deutschen sprachkritisch ärgern sollen. Sprache gehört allen, jeder wirkt an ihrem Wohl und Wehe mit. Also sammelt die sechsköpfige Jury zunächst einmal nur, was andere für kritikwürdig halten. Dann aber geht es ans Bewerten (also nicht etwa ans Auszählen der meistgenannten Vorschläge, deren Zahl manipulierbar wäre). Beim Bewerten aber müssen sprachhistorische, sprachsystematische und sprachpraktische Aspekte unbedingt eine Rolle spielen. Dafür besteht diese Jury aus vier sprachwissenschaftlich Tätigen und zwei jährlich wechselnden Vertretern der sogenannte Sprachpraxis (aus Medien, Literatur, Kulturinstitutionen), die schließlich aus Hunderten (zuletzt jeweils aus weit über tausend) verschiedenen Vorschlägen das Unwort des Jahres und drei oder vier weitere zu rügende Wörter und Wendungen herausfiltern und der öffentlichen Diskussion anheimstellen.

Einen höheren Anspruch, gar die Forderung nach einem öffentlichen Verbot der inkriminierten Wörter wollte die Jury nie erheben (der deutsche Bedarf an Zensur ist in diesem Jahrhundert reichlich gedeckt worden!), und sie könnte

auch gar nicht mehr wollen als die Diskussion ihrer Entscheidungen. Schon darin unterscheidet sich diese Aktion von allen Vorstößen einer *Political correctness*, die sich durch eine höchst intolerante Sprachlenkungsabsicht auszeichnen. Woher sollte auch selbst eine gescheiterte Jury die Autorität nehmen zu sagen, daß nur einer aus so vielen verschiedenen Vorschlägen – just dieser oder jener – der sprachkritisch schlimmste sei! Auch in der Jury herrscht keineswegs nur Einstimmigkeit. Mithin können sich die jährlichen Sprachrügen nur als exemplarische Anregung zu mehr sprachlicher Sensibilität verstehen, die eine Gesellschaft bitter nötig zu haben scheint, in welcher der »sprachliche Umsatz« immer schneller, der »lexikalische Output« immer erdrückender wird.

Die große Spannweite der jährlichen Vorschläge ist natürlich nicht nur als Problem der Auswahl interessant; dahinter steckt ein in der Sprachkritik stets zu bedenkender Sachverhalt: die große Pluralität der Meinungen, wenn es um Sprachkultur geht. Grundsätzlich könnte man diese Pluralität der demokratischen Verfaßtheit unserer Gesellschaft gutschreiben. Das kann jedoch nach Meinung der Unwort-Jury nur für den Teil der Vorschläge gelten, die sich wirklich auf die inhaltlichen Kriterien der Aktion einlassen: Ein »Unwort« zeichnet sich danach durch grobe Verzeichnung der Realität und darin womöglich noch durch Verletzung der Menschenwürde aus.

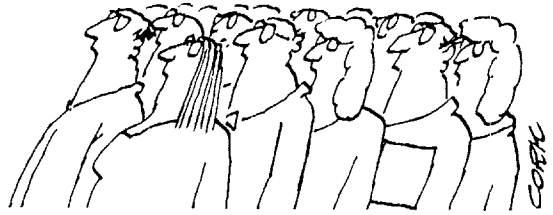
Zwei Fehleinschätzungen möglicher Kritik

Bevor für die Unwörter, die nach diesen letztlich entscheidenden Kriterien gewählt wurden, Beispiele gegeben werden, sei ein Blick auf zwei große Vorschlagsgruppen geworfen, die jährlich zwar einen Löwenanteil an der Gesamtzahl der Einsendungen ausmachen, aber vertretbaren Kriterien einer Sprachkritik nicht gerecht werden, die auf das Verhältnis von Wort und Sache zielt.

Da wären zum einen die Vorschläge, in denen mittels eines Wortes eine unge-

liebte Sache kritisiert wird. Mit einer solchen »Sprachkritik« wird eigentlich der Sack statt des Esels geschlagen. Ein Beispiel: 1995, als sich Bundestag und mancher Landtag eine Erhöhung der Abgeordnetenbezüge leisteten, wurde prompt von nicht wenigen das Wort »Diätenerhöhung« für ein »Unwort« gehalten. Die Unwort-Jury aber glaubte, in diesem Zusammenhang etwas ganz anderes als sprachlich (!) problematisch zu entdecken, und zwar als sachlich unangemessen, verschleiern und beschönigend: die »Diäten-Anpassung«. Das klang nach naturbedingter oder sachzwanghafter Veränderung, der man eigentlich gar nicht mehr ausweichen konnte. So wurden und werden im übrigen ja auch andere Belastungen der Bürger, die Erhöhung von Abgaben, Gebühren, Preisen, gern umschrieben: als »Anpassung«, während die (erfreulicheren) Kostenminderungen stets beim Namen, nämlich »Senkung«, genannt werden. Das ist gewiß kein Zufall! Und so wurde denn 1995 »Diätenanpassung« (nicht »erhöhung«) zum Unwort des Jahres. – Immerhin unterstützt der sprachkritische Irrtum zahlreicher Zeitgenossen, die Wort und Sache verwechseln, den durch Werbe- und politische Praxis längst erhärteten Verdacht, daß mit Worten auch Minderwertiges schöneredet und akzeptabel gemacht werden kann. Diese Strategie ist weiter verbreitet als mancher denkt. Selbst ansonsten höchst nüchterne Wissenschaftsdisziplinen profitieren nicht selten davon, vorzugsweise bei der »Einwerbung« von Fördergeldern.

Zum anderen vermuten nicht wenige Einsender von Unwort-Vorschlägen, daß es um mehr Sprachästhetik und um die Beseitigung vermeintlicher oder tatsächlicher Formfehler gehe. Die Frage, was sprachliche »Schönheit« ausmache, dürfte zwischen den Generationen und sozialen Gruppen, wahrscheinlich sogar zwischen den meisten Individuen so strittig sein, daß keine Instanz eine längerfristig gültige Schlichtung erzielen könnte. Das gilt ähnlich auch für das Verhältnis zu grammatischen Normen. Schon eine



oberflächliche Kenntnis des Sprachwandels kann den Glauben an die Zeitlosigkeit vor allem der Normen des Sprachgebrauchs erschüttern. Woher stammen etwa die Regeln, daß nach »weil« nur ein Nebensatz stehen dürfe, daß man in Vergleichen nach einer adjektivischen Steigerungsform nicht »wie«, sondern »als« (»größer als«) gebrauchen muß... ? – Wer sich bei der Kritik des öffentlichen Sprachgebrauchs hauptsächlich auf solche Fragen stürzt, könnte leicht auf formal tadellose Vorbilder verwiesen werden, die nichts weniger als übelste Demagogen waren! Zu Wichtiges, nämlich eine humanen Ansprüchen genügende Relation zwischen Wort und Sache, würde ausgeblendet. Das kann freilich nicht heißen, daß bei Erreichung dieses Ziels jeder »Wortkampf« beendet wäre; denn eine alle Probleme ausräumende »Eins-zu-eins-Beziehung« zwischen Wort und Sache gibt es noch nicht einmal in Fachsprachen, in denen es entscheidend um Unmißverständlichkeit geht.

Was war so schlimm an Hilmar Koppers »Peanuts«?

Nur aus »einschlägigen« Kreisen wurde die allererste Wortrüge, der fremdenfeindliche Schlachtruf von 1991 in Hoyerswerda, »Ausländerfrei!«, kritisiert. Zu deutlich war die Parallele zu »judenfrei« und allen Wortbildungen, die »-frei« mit dem Wort für ein tatsächliches Manko oder gar eine Gefahr verbinden, wie »schadens-, staub-, unfall-, ... frei«. Auch die Rüge der von deutschen Medien oft gedankenlos über-

nommenen Propagandaformel aus dem Balkankrieg, »ethnische Säuberungen« (1992), stieß weit überwiegend auf Zustimmung. Denn es war unübersehbar, daß in dieser Formel eine Hygienemetapher scheußlichste Verbrechen kaschieren sollte. Umgekehrt gibt es natürlich auch falsche Dramatisierungen, die ebenfalls inhumane Züge tragen können. Dazu gehören alle verbalen Koppelungen sozialer Sachverhalte mit bedrohlich wirkenden Naturphänomenen, womit (ähnlich wie bei »Anpassung«) eine politisch durchaus zu beeinflussende Situation den Status eines fatalistisch zu ertragenden oder nur mit Notstandsmaßnahmen zu bekämpfenden Naturereignisses erhält. Für die Jury war dies 1996 das Diktum von der »Rentnerschwemme«, das zwar erst selten verwendet worden war, seine Vorläufer aber schon in »Ärzte-« und »Lehrerschwemme« hatte.

Schwieriger zu vermitteln war die Jury-Kritik am Unwort des Jahres »Überfremdung« (1993), zumal sich die Medien mehr auf das zweitplazierte Kanzlerwort »kollektiver Freizeitpark« stürzten (Allzu verständnisvolle Reaktionen des Vorstands der GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHE SPRACHE auf die Empörung im Bonner Kanzleramt ob dieser Wahl führten 1994 zur Trennung der Aktion von der Sprachgesellschaft). »Überfremdung« aber war nicht einfach nur wegen der dem Begriff innewohnenden pauschalen Distanzierung von allem Fremden auf den ersten Platz gehoben worden, sondern konnte auch als Beispiel des Nachlebens »s-rassistischer Wortumdeutungen identifiziert werden. Der ursprünglich betriebswirt-

schaftliche Terminus »Überfremdung«, der ein Zuviel an fremdem Kapital in einem Unternehmen meinte, war schon kurz nach 1933 per Duden als »Eindringen Fremdrassiger« und 1941 zusätzlich als »Eindringen fremden Volkstums« uminterpretiert worden, eine Deutung, die den betriebswirtschaftlichen Aspekt seitdem völlig verdrängt hat.

Auch wer bis hierhin die Argumente der Unwort-Jury teilen konnte, wird möglicherweise der Unwort-Wahl 1994 von »Peanuts« mit einigen Zweifeln begegnen, ist doch dieses dem Munde des damaligen Vorstandsvorsitzenden der DEUTSCHEN BANK, Hilmar Kopper, entschlüpfte Wort inzwischen eine gern benutzte Ironisierung größerer Geldbeträge geworden. Das war 1994 noch etwas anders. Kopper ließ diesen schon länger geläufigen Bankerjargonismus in einer auch sonst von Zynismus geprägten Pressekonferenz heraus, als es um Millionen ging, deren Verlust durch die sogenannte »Schneider-Pleite« die Existenz zahlreicher mittlerer und kleiner Firmen bedrohte.

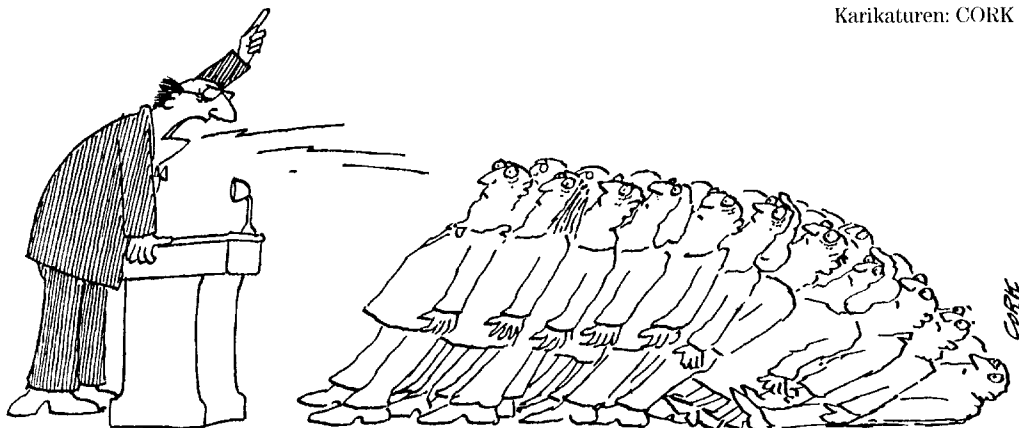
Unwörter zwischen Harmlosigkeit und Langzeitwirkung

Am Beispiel »Peanuts« läßt sich etwas sehr Grundsätzliches aufzeigen, das jede Sprachkritik beherzigen sollte: Es gibt keine per se »bösen Wörter« – harmloser als das Wort »Peanuts« kann kaum ein anderes sein! Aber es gibt Einstellungen,

Absichten und Situationen, die ein Wort belasten. Wer die Sprache kritisiert und die Sprecher schont, schlägt ebenfalls nur den Sack anstelle des Esels. Das war und ist der Grundirrtum aller Sprachkritik, die nur auf das lexikalische Material starrt und ihm allein oder vorwiegend die Verantwortung für den Zustand der Welt zuschiebt. So kommen dann sogar Schwarze Listen, etwa im *Wörterbuch des Unmenschen*, zustande. Darin wird meist übersehen, daß sich Bedeutungen stark wandeln können, zum Böseartigen wie bei »Überfremdung«, aber auch zum Harmlosen wie bei »Überzeugungsarbeit«, das aus der DDR stammt und dort eine individuelle Agitationspflicht, vornehmlich von Lehrern, meinte.

So kann denn auch ein sprachkritisches Unternehmen wie die Unwort-Wahl jeweils nur eine Momentaufnahme bieten, die einen bestimmten Wortgebrauch punktuell beleuchtet. Dabei wird so intensiv wie möglich auch die Umgebung, der Kontext, ausgeleuchtet, um nicht der Überschätzung eines einzelnen Wortes und seines vielleicht zufälligen Mißbrauchs zu erliegen. Dabei stößt man dann freilich immer wieder einmal auch auf bedenkliche langfristige Wortbildungs- und -gebrauchstraditionen, in denen sich Kontinuitäten inhumanen Denkens gleichsam materialisiert haben. Ob »judenfrei – ausländerfrei«, ob »Asylantenflut – Rentnerschwemme«, ob »Rassenhygiene – ethnische Säuberung«, es ist die Haltung, die ein Unwort hervorbringt;

Karikaturen: CORK



aber es sind dann auch bestimmte langfristig geltende Unwörter, die die Haltung beeinflussen und neue Unwörter zeugen.

Daß keine ideologische Richtung vor der Hervorbringung von Unwörtern, sogar vor gleichartigen Fehlgriffen, sicher ist, hat vor einiger Zeit der schwedische Germanist Gustav Korlén an einem besonders brisanten Beispiel gezeigt. Das schlimme Wort vom »Menschenmaterial« haben bereits im 19. Jahrhundert zwei Autoren benutzt, die weltanschaulich nicht weit genug auseinander gedacht werden können: Karl Marx und Paul de Lagarde. Die kaum humaner denkenden Nachschwätzer finden sich heute unter Pädagogen (»Schülermaterial«), Sportfunktionären (»Spielermaterial«), Ökonomen (»Humankapital«), Ärzten (»Patientengut«), Juristen (»Häftlingsgut«). Allein an dieser »Unwort-Linie« erweist sich, daß Sprachkritik wie die Unwort-Aktion gut daran tut, allen Feldern öffentlichen Sprachgebrauchs, nicht nur dem der Politik, Aufmerksamkeit zu widmen, freilich der Tatsache eingedenk, daß auch jeder Sprachkritiker im Glashaus der Sprache wohnt.

HANS-DIETER ZIMMERMANN

Holokauston, holocaustum, holocaust

Die Bedeutung des Wortes »Holocaust«

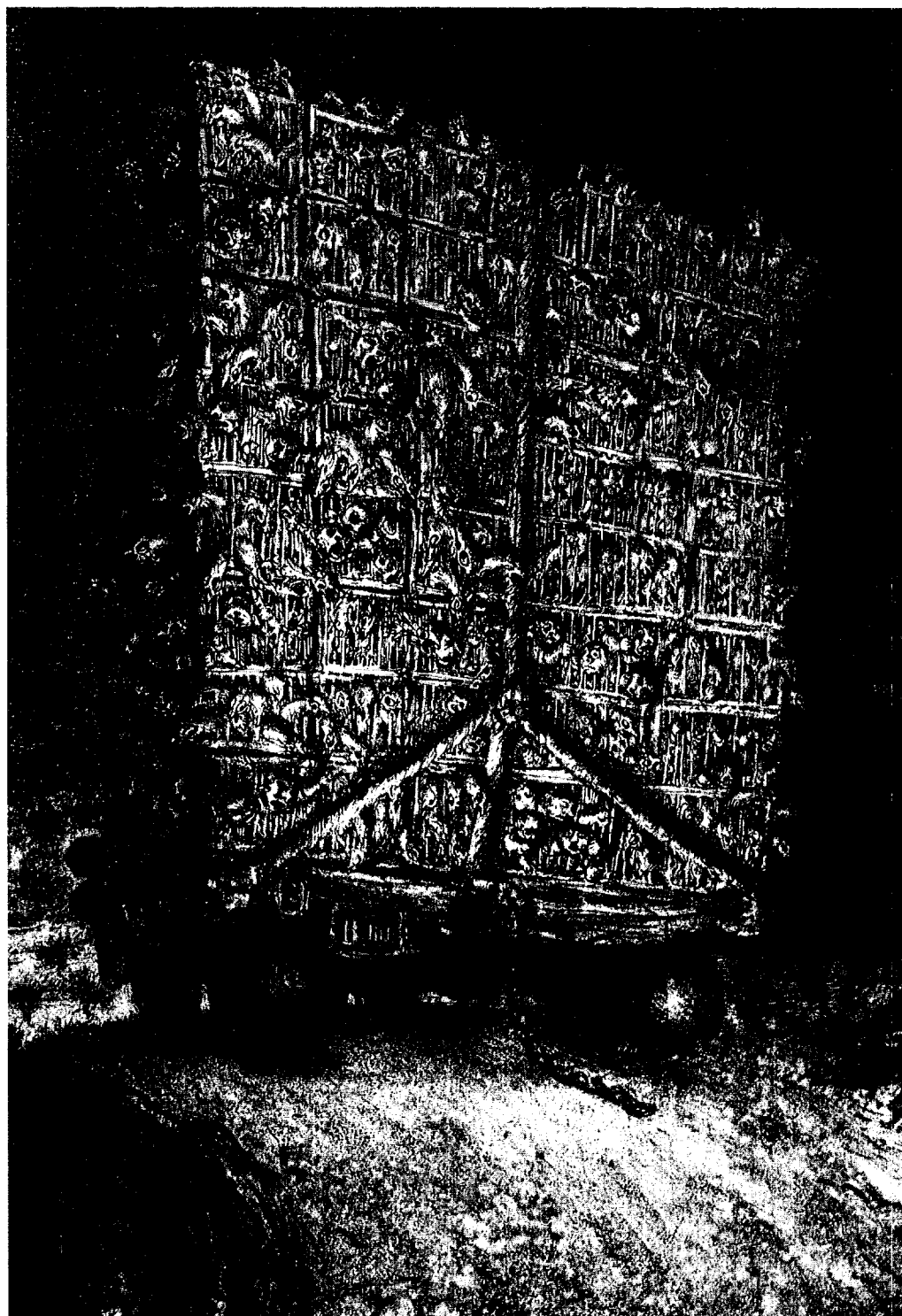
Es steht in fast jedem Lexikon *holocaust*,¹ englisch, von griechisch »Brandopfer«, bedeute Massenvernichtung, Massenmord an den europäischen Juden. Wie kommt es aber, daß ein Wort, das im Griechischen Brandopfer bedeuten soll, im heutigen Deutsch zur Bezeichnung für den Judenmord der Nationalsozialisten wurde?

Das Opfer stand im Mittelpunkt der meisten religiösen Rituale der Griechen. Das Opfer bildete das Bindeglied zwischen Göttern und Menschen und konstituierte die Gemeinschaft der *polis*, des Staates. Die Scheu, ein Lebewesen zu töten, konnte nur durch die Anrufung der Götter überwunden werden. Erst nach der Zustimmung der Götter, die zum Mahl geladen wurden, war die Schlachtung des Tieres möglich. So machte man sich die Götter gewogen, die, durch Opfergaben herbeigelockt, erschienen und dadurch den Menschen ihre Gunst erwiesen.

Die Schlachtung vollzog gewöhnlich ein *mageiros*, ein Schächter, könnte man sagen, denn dieser Name für den jüdischen Schlachter trifft am ehesten, was hier gemeint ist: das rituelle Schlachten, das nach festen Regeln vorgenommen werden muß. Der *mageiros* war zugleich Opfardiener und Koch. In den Heiligtümern, auf den Altären vor den Tempeln, waren es die Priester, die das Tier schlachteten und Teile des Tieres den Göttern opferten, in dem sie diese verbrannten. Die vielen Feste, die im Jahreslauf gefeiert wurden, hatten in Wettspielen und Festumzügen, besser Prozessionen, ihre Höhepunkte. In der Prozession durch die Stadt zum Heiligtum der durch das Fest zu ehrenden Gottheit wurden die Opfertiere, meist eine Hekatombe, also hundert Tiere, mitgeführt. Schon von Homer wird das Ritual mehrmals beschrieben, auch der *Holokaust*, das Brandopfer.

Wie kommt es aber nun, daß ausgerechnet dieses Wort *Holokaust*, englisch *holocaust*, zur Bezeichnung des Völkermords an den europäischen Juden wurde? Ein Vorgang, der schwer begreiflich ist.

Das griechische Wort *holokauston* ist auf dem Umweg des Lateinischen ins Englische gelangt. *Holokauston* heißt das Ganzverbrannte, *to holokauston* ist das Ganzbrandopfer, das auch mit *to holokaustoms* bezeichnet wird. Das griechische *holokauston* wurde zum lateinischen *holocaustum*. In der Vulgata, der frühen Bibelübersetzung, wurde es für das Brandopfer im Alten Testament ein-



»Holocaust«, »shoa«, »genouid« – alle diese Begriffe sind verharmlosend. Warum brauchen die Menschen überhaupt eine fremde Benennung zwischen sich und dem Verbrechen?

A. Paul Weber: Die armen Hühner

© VG Bild-Kunst, Bonn 1997

gesetzt, für hebräisch *olah* (Brandopfer), seltener *kabil* (Ganzopfer). Diese hebräischen Worte, die das Brandopfer der Israeliten meinten, wurden in der lateinischen Übersetzung mit *holocaustum* wiedergegeben. Hier gibt es also eine frühe Verbindung zwischen dem griechischen Brandopfer und dem der jüdischen Bibel: das latinisierte griechische Wort diente zur Übersetzung des hebräischen, das Brandopfer war in beiden Kulturen geläufig, wie auch in der römischen. Doch erklärt dies noch nicht die heutige Bedeutung des Wortes.

Das Wort *holocaustum* fand relativ früh Eingang ins Englische. Nach dem *Oxford English Dictionary* gibt es drei Bedeutungen von *holocaust*. Die älteste ist die des Brandopfers, die in Bibelübersetzungen bereits seit dem 13. Jahrhundert nachgewiesen ist. Die zweite Bedeutung ist eine übertragene im Sinne von *ein vollständiges Opfer* bringen, welche seit dem Ende des 15. Jahrhunderts gebraucht wird. Die dritte schließlich ist eine weitergehende: *völlige Zerstörung, Vernichtung* meint sie, vor allem einer großen Zahl von Menschen, ein *großes Massaker*; sie ist seit dem Ende des 17. Jahrhunderts belegt.

Zwei Bedeutungen geben gewöhnliche englische Wörterbücher bis in die jüngste Zeit an: die alten *Brandopfer* und die neuere *große Zerstörung, Gemetzel*. Noch in zwei amerikanischen Wörterbüchern von 1956 (Webster) und 1957 (Evans) ist es bei diesen beiden Bedeutungen geblieben. Evans macht verständlich, warum es schließlich im amerikanischen Englisch zur neuesten Bedeutung *Vernichtung der Juden* kommen konnte. Evans sieht keine Ähnlichkeit der Bedeutung *völlige Zerstörung* von *holocaust* zu *disaster*, wie oft angenommen werde. *Disaster* sei ein unglückliches Ereignis, *holocaust* dagegen das Ergebnis einer menschlichen Handlung. Hier also das Naturgeschehen, dort eine historische Tat. Eine historische Tat meint die neueste Bedeutung, die in den 60er Jahren in den USA eingeführt wurde und sich rasch durchsetzte: Völkermord an den Juden.

Yehouda Bauer nimmt an, daß diese neueste Bedeutung schon Ende der 50er Jahre entstanden sei. Ruth Klüger berichtete einmal, Elie Wiesel habe sie eingeführt und sei heute nicht glücklich darüber. In Deutschland wurde das Wort in seiner neuesten und hier einzigen Bedeutung Ende der 70er Jahre populär durch die gleichnamige amerikanische Fernsehserie. Heute ist es der feststehende Begriff für den Judenmord der Nationalsozialisten, auch in der Geschichtswissenschaft.

Die früheste Bezeichnung dafür war *genocid*, von Raphael Lemkin gebraucht, der sich auch mit anderen Völkermorden befaßte. In Palästina wurde seit Mitte der 40er Jahre von *shoa* gesprochen; das ist die heute in Israel übliche Bezeichnung. Dazu Alex Bein in seiner Untersuchung *Die Judenfrage*, 1972: »Im Hebräischen hat sich dafür das Wort *shoa* (Katastrophe, Untergang) durchgesetzt, das im ähnlichen Sinn schon von Jesaja (10,3) verwendet wurde. Zunächst sprach man – im Hebräischen und im Jiddischen – mehr von *churban* (Zerstörung), das als Begriff für die Zerstörung des Ersten und des Zweiten Tempels in Jerusalem und des jüdischen Staates in Palästina allgemein verwendet wird.«

Alle diese Bezeichnungen sind höchst fragwürdig, meint Alex Bein. Die planvolle Vernichtung der Juden war keine Katastrophe, auch wenn sie wie eine Katastrophe über die Opfer hereinbrach; sie war auch keine Strafe Gottes für ein Vergehen, das Sühne verlangt hätte. Deshalb sei *shoa* nicht zutreffend. Gegen *holocaust* würden diese Bedenken nicht gelten, nicht gegen die erweiterte Bedeutung des Wortes: *vollständige Zerstörung mit Absicht*. Freilich schwingt hier immer die ursprüngliche Bedeutung mit: *Brandopfer*. Alex Bein: »Es handelt sich hier doch um brutal durchgeführte Taten von verbrecherischen Menschen und nicht um heilige Opferhandlungen, auch nicht um eine hereinbrechende Katastrophe und nicht um eine Entsühnung für begangene Verbrechen ..., sondern um die systematische Vernichtung der Juden, ihre Ausrottung, englisch *annihilation*.«

Alle diese Bezeichnungen verharmlosen also die Taten der Nationalsozialisten, und das Wort *holocaust* hat dazu noch eine bedenkliche Konnotation. Als sei eine Wahrheit in diesem Wort enthalten, die denen, die es für die Vernichtung der europäischen Juden verwandten und verwenden, nicht bewußt ist. Es scheint fast pervers, daß durch das Wort, mit dem der Opfer gedacht werden soll, die Sicht ihrer Mörder tradiert wird, als seien die 6 Millionen Juden, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden, Opfergaben gewesen, die diese ihren germanischen Göttern hinschlachteten, wie das tatsächlich bei ihren Vorfahren der Fall war.

Das Ungeheuerliche am Wort *holocaust* ist also, daß es nicht nur die Intention der Mörder – vollständige Vernichtung der Judenheit –, sondern auch deren Sicht festzuhalten scheint. Insofern könnte man es tatsächlich als eine zutreffende Bezeichnung betrachten für das, was geschehen ist, freilich für eine, die für die Mörder Partei ergreift. Das Wort bringt mit seiner ursprünglichen Bedeutung *Brandopfer* deren Weltanschauung zum Ausdruck, wie sie ihnen selbst kaum vor Augen stand. Schließlich war es ihre Absicht, das Kreuz des Christentums abzuwerfen und zu den Bräuchen ihrer germanischen Ahnen zurückzukehren, ganz wie es Heinrich Heine vorausgesehen hatte: »Das Christentum – und das ist sein schönstes Verdienst – hat jene brutale germanische Kampfeslust einigermaßen besänftigt, konnte sie jedoch nicht zerstören, und wenn einst der zähmende Talisman, das Kreuz, zerbricht, dann rasselt wieder empor die Wildheit der alten Kämpfer, die irrsinnige Berserkerwut, wovon die nordischen Dichter so viel singen und sagen.«

Die Reinheit der Rasse wollten die Nationalsozialisten wieder herstellen, ein wichtiger Grund für Menschenopfer seit jeher: die Verunreinigung durch das Opfer von »Sündenböcken« zu beseitigen. Die Juden waren für die Nazis Sündenböcke für alles Elend der Welt; eine magische Vorstellung, durchaus jener der germanischen Vorfahren gemäß. Sind

die Sündenböcke geopfert, ist das Elend beseitigt. Die alten Bräuche wurden mit der Terminologie der Medizin getarnt, Magie als Wissenschaft ausgegeben, es ging um Hygiene, um »Rassenhygiene«.

Es ist sonst schwer zu erklären, warum die NS-Führung in Berlin die Züge der Reichsbahn, die den erforderlichen Nachschub für die Truppen an die Front hätten transportieren müssen, für die Deportation der Juden in die Vernichtungslager einsetzte. Den Krieg an der Front mochten sie schon verloren geben, den Kampf gegen die wehrlosen Juden wollten sie gewinnen. Wenn der Kampf gegen die Juden gewonnen würde, würde letztendlich auch der gegen die Bolschewisten und Kapitalisten gewonnen, hinter denen doch nur die Juden steckten, wie sie glaubten. Sie handelten aus dem magischen Beziehungswahn der Germanen, die sie so sehr verehrten. Opferten die Germanen doch reihenweise Kriegsgefangene ihrem Gotte Wodan, um sich für einen Sieg zu bedanken oder um einen Sieg zu bitten, für den sie den blutrünstigen Gott günstig stimmen wollten. Es steht nicht in unseren Schulbüchern, die über den Sieg der Cherusker über drei römische Legionen im Teutoburger Wald im Jahre 9 nach Christi Geburt berichten: Nach dem Sieg schlachteten die Cherusker die römischen Gefangenen und hingen sie ihrem Wodan in die Bäume.

In der biologistischen Redeweise der Nationalsozialisten – das »Ungeziefer« muß vernichtet werden – barg sich ein atavistischer Glaube, so scheint es: die Welt sei aus dem Gleichgewicht geraten und könne nur durch blutige Opfer wiederhergestellt werden, durch Menschenopfer. Und dies meint das Wort *holocaust*.

Warum können wir dieses Verbrechen nicht bezeichnen als das, was es war, als Vernichtung, *annihilation*, Völkermord? Warum brauchen wir eine fremde Bezeichnung, ein Fremdwort im Deutschen wie im Englischen, das sich zwischen uns stellt und dieses Verbrechen: *Holocaust*, *Shoa*?

Lutz Meyers widersprüchliche ›Lernanweisung‹

Ein lebhaftes Echo riefen die NG/FH-Texte zur ›Kommunitarismus‹-Debatte hervor, Lutz Meyers Beitrag »Was linke Politik von den Kommunitaristen lernen kann« (in: NG/FH 6/97) sowie der Entwurf eines kommunitaristischen Manifests »Initiative für Bürgersinn« von Bernd Guggenberger u.a. (in: NG/FH 7/97). Wir setzen die Debatte mit weiteren Texten fort.

Wer Lutz Meyers Beitrag liest, wird feststellen, daß es ihm um alles ging, aber nicht um eine Beschreibung dessen, was linke Politik von den Kommunitaristen lernen kann. Den Autor treibt etwas ganz anderes um: Er fiebert dem Zeitpunkt entgegen, an dem die SPD endlich eine »Rückkehr zur politischen Normalität« vollzieht, ideologischen Ballast abwirft und sich wieder den »traditionellen Werten« zuwendet.

Das ist kein unehrenhaftes Anliegen, hat aber mit »linker« Politik relativ wenig zu tun. Eher stellt sich die Frage, ob nicht der Vereinigungsparteitag der beiden großen Volksparteien der sinnvolle nächste Schritt wäre.

Nehmen wir meine – erstaunt bis verärgert zu nennende – Kritik an Meyers Beitrag in vier Thesen vorweg:

Er zeichnet allenfalls eine Karikatur der SPD, an der er sich dann um so besser glaubt abarbeiten zu können.

Außerdem ist ihm der amerikanische Kommunitarismus ein reines Theoriekonstrukt. Seine Entstehung als Reflex auf real existierende soziale und ökonomische Probleme der US-amerikanischen Gesellschaft bleibt ihm ein Buch mit sieben Siegeln.

Die hiesige Debatte um die Übertragbarkeit der kommunitaristischen Ideen auf europäische Verhältnisse scheint weitgehend an ihm vorbeigegangen. Er hat zwar über die Bezüge kommunitaristischen Denkens zur Theorie von Rawls gearbeitet, ist aber nicht in der Lage, diesen Denkhorizont zu verlassen.

Schließlich strotzt seine kurze »Lernanweisung« von inneren Widersprüchen, so daß man am Ende nicht mehr weiß, welche theoretischen Leitvorstellungen (außer dem Liberalismus) eigentlich empfohlen werden und wer letztlich der Adressat kritischer Anregungen sein soll – die SPD, die Kommunitaristen, die 68er, die CDU oder der Zeitgeist.

Beginnen wir mit dem Bild der SPD. Für Meyer existiert sie (in ihrer Führungsspitze wie in ihrem »offiziellen Politikverständnis«) nur als Fehlgeburt aus »APO-Erfahrung« und »68er-Gesinnung«. Das paßt zwar nicht ganz zum »Ideenbestand der 80er Jahre«, aber um das eine oder andere Jahrzehnt wird man sich ja schon mal verschätzen können. Deren »angegraute Reformperspektiven« gehören allemal auf den Müllhaufen der Geschichte. Das leuchtet schon deswegen ein, weil diese Verblenden ihre Zeit damit vertun, sich auf »Minderheitenprobleme und soziale Randgruppen (zu) konzentrieren«. Bei Meyer entsprechen Randgruppen nur Klischeevorstellungen: »Jugendliche, Haschischraucher und Arbeitslose«. Aber selbst diese »halten immer weniger von der Sozialdemokratie«.

Mit diesem grotesken Abziehbild wird ein »Intellektueller« selbstverständlich leicht fertig. Er weiß nämlich auch, wohin sich die SPD zu wenden hätte: an den »Normalbürger«, der angeblich von der SPD-Führungsriege verachtet wird. Sie überlebt bei Wahlen sowieso nur noch wegen ihrer »bodenständige(n) Bürgermeister«, wie wir anhand eines besonders eindrucksvollen Beispiels noch jüngst in Stuttgart miterleben durften. Daß sich diese Partei(führung) seit längerem mit fast nichts anderem herumschlägt als mit der Konzeptionierung einer möglichst familienfreundlichen Alternative zur Steuerreform der Bundesregierung bzw. einem eigenen Rentenreformkonzept, was kümmert das schon, wenn die Vorurteile so fest sitzen? Da geht es wahrlich nicht um Minderheitenpolitik, sondern um die Lebensbedingungen der vielbeschworenen »Normalbürger«.

Verkürzte Kommunitarismus-Rezeption

Nicht viel besser ist auch Meyers »Kommunitarismus«-Rezeption. Wer seine Darlegungen liest, dürfte kaum begreifen, warum es zu einer derartig – man muß schon sagen: verschrobene – Denkrichtung kommen konnte, schließlich gab es doch schon die Überlegungen von Rawls zu einer »Theorie der Gerechtigkeit«, wichtiger noch: die uns alle beglickende und eigentlich zufriedenstellende »liberale Gesellschaftstheorie«. Warum letztere aber nun aus-

gerechnet zur programmatischen Leitorientierung der Sozialdemokratie werden soll, die ideengeschichtlich durchaus (auch) auf anderen philosophischen Ansätzen gründet, bleibt bei Meyer stets im dunkeln. Der Autor weiß, daß die Kommunitaristen ihre Anknüpfungspunkte durchaus in fortschrittlich-liberalen Traditionen suchen. Aber sie kritisieren, daß diese in der us-amerikanischen Wirklichkeit zur Staffage eines ungehemmten Besitzindividualismus verkommen sind. Sie sorgen sich um die Desintegrationstendenzen in einer zunehmend de-industrialisierten, deregulierten Gesellschaft, die unter der marktradikalen Politik eines Ronald Reagan auseinanderzufallen drohte.

Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut, Bandenkriminalität, rapide Privatisierung der Gesundheitsversorgung, die Notwendigkeit zur Übernahme gleich mehrerer »bad jobs« zur Lebenssicherung – all dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft, letztlich auch die Demokratie. Es nimmt den Eltern die Zeit für die Erziehung und zerstört zunehmend die für den Zusammenhalt der Gesellschaft wie Gemeinschaften notwendigen Bindungen.

Hier wird verständlich, warum die Kommunitaristen so großen Wert auf Familie, Bildung und Erziehung legen, nur so wird erklärlich, warum sie den verbliebenen Resten »moralischer Instanzen« in ihrer Gesellschaft nachspüren, warum sie so großen Wert auf »Gemeinschaft« legen – nicht aber (und hier hätte die eigentliche Kritik anzusetzen), warum sie so wenig über ökonomische Ursachen, Wirkungen und Zusammenhänge zu sagen haben.

Arbeitslosigkeit, »bad jobs«, soziale Desintegration – all dies sind Bestandteile von Wirklichkeit, die in Meyers theoretischem Wolkenkuckucksheim Fremdwörter bleiben.

Das hohe Lied von der liberalen Demokratie

Stattdessen singt er das hohe Lied von der liberalen Demokratie und eines angeblich »modernen Grundrechtsverständnisses«, innerhalb dessen nur der Schutz des einzelnen vor den Zugriffen des Staates Geltung hat, als gäbe es nicht die lange Tradition einer Debatte um soziale Grundrechte, die auch im Grundgesetz ihren Niederschlag gefunden hat. Statt im Kommunitarismus den Versuch zu sehen, »das Ideal der Demokratie in einer modernen, hoch differenzierten Gesellschaft im Bewußtsein der zerstörerischen Wirkungen eines freigesetzten Individualismus neu zu formulieren« (*Hans*

Joas), versteigt er sich lieber zu der Ungeheuerlichkeit, den Kommunitaristen ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie zu unterstellen. Indem diese für eine Orientierung des einzelnen am »Wohl der Gemeinschaft« plädierten – so tadelt der liberale Demokratiewächter –, würden sie die deren Definition der offenen gesellschaftlichen Willensbildung entziehen und – unernst gesprochen – dem Präsidenten oder dem kommunitaristischen Vordenker überantworten. Was da nur rhetorisch fragend daherkommt, hat noch nicht einmal die grundlegenden Dokumente wie die *Responsive Communitarian Platform* von 1993 zur Kenntnis genommen. Dort hätte man lesen können: »Die Geschichte hat gelehrt, daß es ein schwerer Fehler ist, nach charismatischen Führern Ausschau zu halten, die für das Gemeinwesen eine moralische Instanz verkörpern.«

Hätte Meyer die europäische Debatte um den Kommunitarismus verfolgt, dann wäre er vermutlich auf Otto Kallscheuers wichtigen Hinweis gestoßen, daß die Suche der Kommunitaristen nach einer spezifischen Identität und moralischen Qualität »politischer Vergemeinschaftung« (*Max Weber*) ihre Wurzeln in der europäischen Geistesgeschichte hat. Ob bei Augustinus, Thomas von Aquin, Hegel oder Marx – die Frage nach der angemessenen sozialen »Einbettung« von Eigentumsordnung und politischen Institutionen hat bereits ganze Denkschulen geprägt. Derartige Denkansätze führen bei Meyer jedoch dazu, daß ihre Protagonisten als »Zufallsliberale« – in seinen Worten – »enttarnt« werden, »die den Grundwerten der westlichen Demokratie distanziert gegenüber stehen«.

So versucht der Autor den »Antiuniversalismus« eines Michael Walzer zu entlarven, der »nicht zufällig« als Hauptredner auf dem Philosophie-Symposion des »Kulturforums der Sozialdemokratie« in Berlin geladen war. Walzer plädiere – den 68ern zum Gefallen und stets auf der Hut vor Verbindlichkeiten und begrenzenden Regeln – »für Toleranz und Zurückhaltung, um ein möglichst unbehelligtes Nebeneinander der unterschiedlichen Gemeinschaften und Minderheiten zu gewährleisten.« Da ist sie also wieder, die vermeintlich hedonistisch-individualistische Bindungslosigkeit, ohne einen klar erkennbaren Werthorizont. In Wahrheit ist diese Auffassung Walzers – wie Kallscheuer zu recht hervorhebt – aus konkreten us-amerikanischen Problemzusammenhängen erwachsen und mit Vorstellungen von Rawls durchaus im Einklang. Sein »kulturell-pluralistischer Liberalismus« (insofern Rawls' »Theorie der Gerechtigkeit« als »Fairneß« ähn-

lich) bezieht sich auf die Einwanderungsgesellschaft USA, in der auch die ethnischen und kulturellen, die moralischen und religiösen Identitäten (insbesondere) kultureller Mehrheiten und Minderheiten das öffentliche Leben bestimmen, so daß jede staatliche Befestigung bestimmter (herkunfts-)gruppenspezifischer Sittlichkeiten in moralische Bevormundung und ethnische Dominanz umschlagen könnte. Unsere Probleme »multikulturellen Zusammenlebens« sind gewiß nicht vergleichbar, die hiesige Konfliktbewältigung könnte aber aus dieser Debatte durchaus Anregungen erfahren.

Unklare Leitvorstellungen

Meyer kann sich in seinen Darlegungen nicht entscheiden, wo er den Kommunitarismus philosophisch wie politisch verorten möchte. Dabei purzeln auch die Ebenen und die Begrifflichkeiten wild durcheinander. Seine »konkrete Politik« sieht er am ehesten in der »Grundsatzprogrammatik« der CDU verankert, andererseits glaubt er (im übrigen zu recht), daß es gerade ein »ursozialdemokratisches Anliegen« sei, Freiheit und Eigenverantwortung, Gerechtigkeit mit der Leistung für die Gemeinschaft und Solidarität mit Subsidiarität zu verbinden.

Johano Strassers Sozialstaatskritik setzte schon in den 70er Jahren an diesem Punkt an. Spannend wird es, wenn man – mit den Kommunitaristen! – nach der konkreten Ausgestaltung solcher Werte und ihrer Vermittlungsinstanzen fragt. Beides muß jedoch auseinandergehalten werden. Wolfgang Schäubles Rezeption zum Beispiel greift zu kurz, wenn sie den Kommunitarismus für eine Politik des Sozialabbaus zu instrumentalisieren versucht und auf die Austrocknung des Gemeinnsinns durch den Wohlfahrtsstaat reduziert. Im Gegensatz zu den eigentlichen Intentionen steht dabei die Erwartung, daß die Rücknahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen eine Zunahme des Gemeinnsinns auslösen könnte.

Der Sinngehalt der Werte

Es muß schon nach dem Sinngehalt der genannten »Werte« gefragt werden. Meyer hingegen biegt sich die kommunitaristischen Antworten auf Probleme in wichtigen gesellschaftlichen Feldern zu eigenen »Werten« zurecht. Die SPD, so meint er, überlasse die Hoheit über die »traditionellen Werte« den »bürgerlichen« Parteien: »Diese allerdings sind der Schlüssel

zur Mehrheit. Familie, Gemeinschaft, Eigenverantwortung und Gesetzestreue, das sind die Werte, die eine freie Gesellschaft zusammenhalten, weil sie den Bedürfnissen der Menschen entsprechen.« Lutz Meyer betreibt auf diese Weise, was er den Kommunitaristen vorwirft: Er maßt sich die Definitionshoheit über den Inhalt der Bedürfnisse der Menschen an. Gesellschaftliche Instanzen, die – möglicherweise – Werte vermitteln, wie Familie und unterschiedliche Gemeinschaften, werden plötzlich und umstandslos selbst zu Werten an sich überhöht. Das würde den Kommunitaristen nicht im Traum einfallen, ignorieren sie doch nicht die soziologischen Struktur- und Institutionenveränderungen in einer sich gleichermaßen dramatisch wandelnden Gesellschaft. Ihnen geht es zwar darum, aus den Grenzen öffentlicher Kinderbetreuung und den negativen Folgen der Ehescheidung für die Kinder Konsequenzen zu ziehen, nicht aber um »Idealisierung der Familie oder dogmatischen Ausschluß von Lebensformen, die von den überbrachten Formen abweichen« (Hans Joas).

Lutz Meyer hat uns in seinem Text so gut wie nichts darüber mitgeteilt, was »linke« Politik von den Kommunitaristen lernen kann. Daran scheint er ohnehin nicht zu glauben. Die Kommunitaristen stellten zwar die richtigen Fragen, »aber ihre Antworten sind – wenn überhaupt – allenfalls in den USA von Wert«. Sein Anliegen ist ein ganz anderes: Nur »im Fahrwasser der kommunitaristischen Bugwelle« sieht er die Chance, der SPD ihre »angegrauten Reformperspektiven« auszutreiben. Sein Ideal ist die »politische Normalität«, die »normale Mehrheit«, der »Normalbürger«. Sein archimedischer Punkt, um den sich alles dreht, ist dieses hochphilosophische Theorem »Normalität« (über dessen definitorische Schärfe man gerne mehr erfahren würde). Sie speist sich aus den genannten »Werten«, die an anderer Stelle noch um »Pflicht, Verantwortung und Rechtschaffenheit« ergänzt werden.

Haschischraucher, Arbeitslose und Alt-68er sind ihm ein Greuel, Toleranz, Kritikfähigkeit und Individualität schon bedenkliche Auswüchse an »hedonistischen Werten«. Hier weigert sich jemand, Lehren aus der kommunitaristischen Debatte für mitteleuropäische Problemlagen zu ziehen. Mit Lutz Meyer spricht ein konservativer Jungliberaler zu uns, der sich aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen ausgerechnet die SPD als Objekt für seine Ratschläge ausgesucht hat. Die kommunitaristische Debatte enthält eine ganze Reihe fruchtbarer Anregungen. In Meyers Beitrag war darüber leider nichts zu lesen.

CARLOS WIDMANN

Der Fall Priebke oder: Justizfarce um einen Ersatzschurken

Süßlich dringt in heißen Sommernächten der Fäulnishauch durch die Fliegengitter: unablässig, unentrinnbar. Klebriger Rauch trägt den Gestank herüber von *la quema*, dem Verbrennungsfeld. Dort schütten Lastwagenkolonnen Tag und Nacht den Müll von Millionen ab, den Dreck der Industrie, den Auswurf der Schlachthöfe.

Ein Europäer, der sich Klement nannte, atmete am Nordwestrand von Buenos Aires tagtäglich die Pestilenz ein, die durch das Viertel wehte – in die Hütten aus Wellblech und Obstkistenholz, wo mestizische Tagelöhner und *elementos lumpen* hausten, und in die geduckten Ziegelhäuschen der etwas Bessergestellten.

Eines dieser Häuschen hatte die Familie Klement sich eigenhändig gebaut. Armut und eine krankhafte Sucht nach Anonymität müssen Señor Klement bewogen haben, mit Frau und vier Kindern in einen solchen Slum zu ziehen – unter lauter Hiesige, wie die Argentinier in der deutschen Kolonie genannt wurden.

Als am 11. Mai 1960 eine Decke über seinen Kopf geworfen wurde und unsichtbare Hände ihn in ein Auto zerrten, begriff der 54jährige Lagerarbeiter Ricardo Klement, daß er sich soeben schlagartig, wie es in seiner Sprache hieß, in den ss-Obersturmbannführer Adolf Eichmann zurückverwandelt hatte. »Vielleicht hätten sie ihn da lassen sollen«, notierte 30 Jahre später Klaus Harpprecht am Schauplatz der Entführung. »Vielleicht wäre das die angemessene Strafe gewesen.« Doch die Geheimdienstler aus Israel mußten den Untergetauchten aus seiner fauligen Gefangenschaft befreien und nach Jerusalem entführen. Ein Name, der bis dahin nur wenigen Spezialisten geläufig war, machte Schlagzeilen in aller Welt.

Im kugelsicheren Glaskasten wuchs der verkniffene Niemand zur Jahrhundertfigur: Vor Gericht stand der Fahrdienstleiter des Holocaust, der Buchhalter der Todesfabriken. Hannah Arendt, Reporterin des NEW YORKER entdeckte in ihm die »Banalität des Bösen«.

Die Selbstdarstellung, die Eichmann ermöglicht wurde, konnte nach aller Logik nur am Galgen enden. In seiner subalternen Art hat er gleichwohl den Prozeß und die eigene Bedeutung darin sichtbar genossen. Eich-

manns treuester Sohn Horst Adolf (eine bedauernswerte Figur, die im Müllviertel hängenblieb), begann den Vater zu verehren. 36 Jahre ist das her.

Argentinien's Schoß war danach nur mäßig fruchtbar noch. Von der Weltpresse zum liebsten Unterschlupf der Naziverbrecher erklärt, hat das Land noch ein paar mindere Schergen liefern können, blieb damit aber weit hinter der eigenen Legende und der Phantasie der Nazi-jäger zurück.

Tatarenmeldungen aus Argentinien

Dann, ein Menschenalter nach Eichmanns Hinrichtung, bescherte Argentinien 1994 der Weltöffentlichkeit erneut, unverhofft und wohl zum letzten Mal einen Nazi-Schergen, einen veritablen Vollstrecker wie aus Goldhagens Bestseller. Als solcher zumindest wurde Erich Ernst Bruno Priebke, geboren 1913 in Hennigsdorf bei Berlin und seit 46 Jahren in Argentinien ansässig, von der Spruchkammer der Medien in standrechtlichem Tempo abgeurteilt.

Nur brauchte Don Erico Priebke nicht aus dem Müllviertel hervorgezerrt werden. Wenn der gewesene ss-Obersturmbannführer (=Oberst) Eichmann allen Grund zur obskuren Existenz hatte, benötigte der einstige ss-Hauptsturmführer (=Hauptmann) Priebke nicht einmal ein Pseudonym.

Den Paßnamen, den ihm das Rote Kreuz 1948 für die Auswanderung aus Italien verliehen hatte, legte er bei der Ankunft in Buenos Aires sofort ab. Priebke war immer Priebke. Das Etikett, das seinesgleichen bei einwandfreiem Lebenswandel angeheftet wird, lautet unvermeidlich »Biedermann« – und tatsächlich machte der propere Señor Priebke eine kreuzbrave Einwanderer-Karriere.

Ein korrekter und sprachkundiger *alemán* von Mitte 30 konnte es in Buenos Aires schnell zum Oberkellner bringen, nach harten Jahren mit dem Ersparten ins alpine Bariloche in den südlichen Cordillern ziehen und dort in der Pionierzeit des Hotel- und Wintersportgewerbes festen Boden gewinnen. Worauf solch ein Deutscher erst einen Delikatessenladen, dann eine kleine Wurstfabrik eröffnet.

In einer umfassend belegten Dissertation (*Flucht vor Nürnberg?*, 1992) hatte Holger Meding den Namen Priebke durchaus genannt: als ergiebigen Gesprächspartner und Gründer der Deutschen Schule Bariloche, nicht als gesuchten Nazi. Jorge Camarasa listete in seinem Schmöcker *Los Nazis en la Argentina* alle nur erdenklichen NS-Größen (oder -Zwerge) auf, die je am La Plata gesichtet oder vermutet wurden. Ein Priebke kommt nicht vor.

Dafür stand er seit jeher im Telefonbuch von Bariloche. Als Vorstandsvorsitzender des deutschen Schul- und Kulturvereins gehörte er zu den Honoratioren. Unter Priebkes Namen wurden seine jährlichen Rechenschaftsberichte im nazifeindlichen ARGENTINISCHEN TAGEBLATT abgedruckt. Die Begegnungsschule (nur ein Drittel der Kinder ist deutscher Herkunft) wird von Bonn gefördert. »Untergetaucht« kann man das kaum nennen.

Im Jubel nach dem Fall der Berliner Mauer organisierte Erich Priebke eine Freiheitsparty für Deutsch-Argentinier. In der deutschen Botschaft in Buenos Aires war er seit über 40 Jahren bekannt, anstandslos wurde sein Paß erneuert, und bei manchen Veranstaltungen vertrat der alte Herr auch schon mal den Konsul. Unser Mann in Bariloche.

Don Erico fühlte sich nie verfolgt, hatte subjektiv keinen Grund, sich verfolgt zu fühlen, wurde nicht verfolgt – bis im April 1994 ein US-Fernsehstar in Bariloche einfiel. Mit seinen Markenzeichen (rote Krawatte, scharfes Mundwerk, auffälliges Toupet) ist Sam Donaldson Millionen bekannt. Als er Priebke auflauerte, wich dieser ihm nicht aus. Zwar hatte der Alte sich seiner wenig bedeutenden SS-Vergangenheit nie gerühmt, aus ihr aber auch kein Geheimnis gemacht. Am Ende des Interviews fühlte er sich hereingelegt und sagte zu Donaldson: »You are not a gentleman«.

Der »enttarnte Nazi«, von ABC NEWS verbellt, avancierte weltweit zum Medienobjekt: Priebke auf der Frontseite der NEW YORK TIMES, Gegenstand ihrer tantenhaften Leitartikel; Priebkes Name im Mund argentinischer Demonstranten. Und in den alten Mauern des Ghettos von Rom der rhythmische Ruf: *Pri-bi-ke boia!*, Henker Priebke.

ABC NEWS eröffnete am 5. Mai 1994 seine Priebke-Sendung mit dem Statement eines früheren Nazijägers im Washingtoner Justizministerium. Der sagte über die Rolle der US-Geheimdienste nach 1945: »Wir haben damals 60.000 Nazi-Kriegsverbrecher nach Argentinien entkommen lassen.« Diese wahnwitzige Angabe übertrifft die Gesamtzahl aller Deutschen, Österreicher und Volksdeutschen, die im Jahr-

zehnt nach 1945 aus ihrer zerstörten, darben- den oder besetzten Heimat nach Argentinien ausgewandert sind.

Tatarenmeldungen, Kloakengerichte, aus Dichtung und Wahrheit gewobene Legenden über den Nazihort am Río de la Plata waren für Generationen von Redakteuren fast so unwiderstehlich wie die Tagebücher von Hitler-Kujau. Das so entstandene Argentinien-Bild hat allerhand beigetragen zu Erich Priebkes spätem Verhängnis. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG fragte tiefenst, ob Priebke nicht »Kontakt zur Odesa« habe – jenem finsternen SS-Geheimbund, der (außer in der Phantasie des STERN-Reporters Gerd Heidemann und des Thriller-Autors Frederick Forsyth) nirgendwo existiert.

Aber wenn schon »60.000 Nazi-Schergen« in die Pampas entkommen können, um vom Vierten Reich zu träumen und sich an Nazi-Gold zu mästen, das Eva Peron persönlich in die Schweiz geschmuggelte hatte – wie kostbar mußte da jener eine, reale, wenn auch eminent unwichtige SS-Mann erscheinen, der tatsächlich, gerade noch und als Greis, in Bariloche »aufgespiert« und »gefaßt« werden konnte?

»Mein Pech ist es, daß ich der letzte bin«, soll Priebke in Rom gesagt haben. Somit hätte er hinter Gefängnismauern doch noch den Symbolwert erkannt, den seine Person für viele Interessenten (in Argentinien, Italien, Deutschland, den USA) von Anfang an gehabt hat. Nur vier Tage nach der »Enttarnung« durch ABC NEWS – aber 50 Jahre und sechs Wochen nach der Tat – erließ ein Militärtribunal in Rom Haftbefehl gegen Erich Priebke: wegen Beteiligung an den Erschießungen in den Ardeatinischen Höhlen vom 24. März 1944.

Gespenstische Heimkehr

Dem Haftbefehl folgte ein Auslieferungsbegehren, das Präsident Carlos Saúl Menem einiges Kopfzerbrechen bereitete. Denn das Auslieferungsabkommen mit Italien verbietet die Abschiebung eines Täters, wenn die inkriminierte Tat in einem der beiden Länder verjährt ist, und in Argentinien verjährt Mord nach 15 Jahren.

Zäh und massiv wirkte Menem auf seine Richter ein, bis sie den Deutschen im November 1995 an Italien auslieferten, wofür der Präsident in aller Welt als mutiger Staatsmann gelobt wurde: Der selbe Menem, der den Massenmördern der argentinischen Diktatur (Generälen, die Regimegegner aus Flugzeugen in den Südatlantik zu werfen pflegten) großzügig die Freiheit geschenkt hatte.

Für den »Mann mit den eiskalten Augen« (LA REPUBBLICA) stellte die Abschiebung nach Ita-



Der frühere SS-Hauptsturmführer Erich Priebke vor dem römischen Militärgericht

Foto: dpa

lien auf gespenstische Art eine Heimkehr dar. Der Sohn des preußischen Polizeibeamten Ernst Priebke hatte mit sieben Jahren Vater und Mutter verloren, Abitur und Studium waren ihm verwehrt; doch Anfang der 30er Jahre durfte der Knabe Erich in der Hotellerie von Rapallo als Lehrling dienen und konnte dabei allherhand Italienisch aufschnappen.

Sprachkenntnis war es, was ihn 1941 nach Italien zurückführte, diesmal in schwarzer Uniform: Der 27jährige Kriminalkommissar Priebke war als Dolmetscher zur SS gestoßen. »Verkehr mit ausländischer Polizei« wurde seine Spezialität. In Italien wurde er dem Polizeiattaché und SS-Obersturmbannführer Herbert Kappler zugeteilt, einem brutalen und intelligenten Nazi, der bald Chef der Sicherheitspolizei wurde: Reinhard Heydrichs Mann in Rom.

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß Erich Priebke 55 Jahre später seinem (längst verstorbenen) Vorgesetzten Kappler ein zweites Mal »zugeteilt« worden ist; diesmal als Ersatzschurke.

Der 1948 in Rom zu lebenslanger Haft verurteilte Kappler war 1976 schwer an Darmkrebs erkrankt, und ein Militärgericht verfügte aus Humanitätsgründen seine Freilassung. Darauf

brach auf den Straßen von Rom ein solcher Entrüstungsturm los, daß ein Zivilgericht den Beschluß widerrief – ein Fall von Stimmungsjustiz, der sich zwei Jahrzehnte später, bei Priebke, wiederholen würde.

Da Bundespräsident Heinemann und die Kanzler Brandt und Schmidt mit ihren Bitten um Gnade in Rom nichts ausrichteten, griff Kapplers Ehefrau Anneliese (ebenfalls SPD-Mitglied) zur Selbsthilfe: Sie befreite ihren Mann aus dem römischen Hospital, um den Sterbenden nach Hause zu schmuggeln. Und da einer Auslieferung Kapplers das Grundgesetz entgegenstand, wurde in Italien eine auch gewalttätige Kampagne gegen die Bundesrepublik entfacht, die noch viele Jahre nachwirkte.

Der Bedarf nach einer Haßfigur jedenfalls, die den entschwundenen Herbert Kappler ersetzt und an dessen Stelle abgestraft wird, war auch nach 20 Jahren unvermindert. Als die Argentinier 1995 den verdienten Schulgründer und Wurstmacher von Bariloche an Italien auslieferten, sah sich die römische Justiz einer sehr konkreten Erwartung der Öffentlichkeit ausgesetzt: Daß sie Erich Priebke die Strafe Kapplers absitzen lasse, und zwar bis ans Lebensende.

Massenverbrechen italienischer Faschisten und Kommunisten andererseits, im Krieg und der ersten Nachkriegszeit begangen, bleiben in Italien ungesühnt und tabu. Dafür sorgte eine von Justizminister Palmiro Togliatti betriebene Generalamnestie: Diesen tüchtigen Kommunisten hat Italien zu verdanken, daß die Bewältigung der Vergangenheit im Gerichtssaal nur mit deutschen oder österreichischen Angeklagten praktiziert werden kann.

»Lebenslänglich« wäre die überaus volkstümliche Vergeltung für eine Bluttat gewesen, bei der Priebke, wie er selbst bekennt, als 30jähriger Hauptmann der SS (und zusammen mit 70 anderen in deutscher Uniform) mitgewirkt hat. An das Massaker erinnert ein Mausoleum, das über einem Massengrab errichtet ist. Es liegt bei den Ardeatinischen Höhlen, den Tuffstein-Katakomben im Süden Roms. Dort haben die Deutschen am 24. März 1944 eine Massenhinrichtung veranstaltet, bei der 335 Italiener umgebracht wurden.

Das Morden begann am frühen Nachmittag, aber es suchte die Dunkelheit. Die Genickschuß-Orgie vollzog sich im Innern der Fosse Ardeatine, im Schein der Fackeln. Die Opfer, allesamt Männer, darunter 75 Juden, fügten sich ihrem Schicksal ohne Widerstand. Eine gewisse Mechanik erleichterte das Töten. Die Lastwagen mit den Gefangenen wurden in regelmäßigen Abständen geleert. Die Hände hintern Rücken gefesselt, mußten die Italiener in Fünferreihen mit dem Gesicht zur schwarzen Tuffsteinwand niederknien und den Kopf auf Kommando vornüber neigen. Fünf Soldaten hinter den fünf Todgeweihten hoben dann ihre Karabiner und gaben bei »Feuer« den befohlenen Genickschuß ab.

Alle vier Minuten wurde die grausige Choreographie wiederholt, roboterhaft, mit jeweils fünf neuen Geiseln und einander abwechselnden Tätern, insgesamt 67 Mal. Am Ende war in den gespenstischen Höhlen nicht genug Platz für so viele Leichname; nachrückende Gefangene mußten auf bereits Erschossenen in die Knie gehen. Manche beteten laut, andere riefen »Viva Italia«, bevor die Schüsse krachten.

Unter allen italienischen Gedenkstätten, die an den Zweiten Weltkrieg erinnern, ist das Mausoleum der Fosse Ardeatine das bekannteste. Jedes Jahr verneigen sich die höchsten Vertreter von Volk und Staat vor den Opfern der deutschen Bluttat und feiern den Heroismus der Resistenza. Auch die Bundesrepublik hat es vor dieser Weihstätte des Antifaschismus nicht an Sühnegesten fehlen lassen. Seitdem Theodor Heuss 1957, beim ersten Staatsbesuch eines Bundespräsidenten in Italien, einen Kranz nie-

derlegte, hat Bonn den Italienern stets versichert, daß es weder vergessen noch verdrängen will.

Die hohe symbolische Bedeutung des Mausoleums ist vor allem dem Umstand zuzuschreiben, daß sich hier zwei Anlässe der Erinnerungspflege miteinander verbinden lassen: Die vom Gründungsmythos der Republik erklärte Resistenza und die Realität des Mordes an jüdischen Volk. Für Italiens Hebräer (denn so nennen sie sich) und besonders für die Menschen im römischen Ghetto ist das deutsche Genickschuß-Massaker schlicht Bestandteil des Holocaust. Schließlich war von den Erschossenen fast jeder Fünfte ein Jude.

Das intensive Erinnern an dieses eine Blutbad stellt denn auch eine Ausnahme dar. Die schlimmsten Kriegsverbrechen deutscher Truppen in Italien, zwischen Mussolinis Sturz (Juli 1943) und dem Kriegsende begangen, sind nicht nur den Deutschen unbekannt, sondern auch den meisten Italienern. Boves, Vinca, Limmari, Caiao, Marzabotto und andere Ortsnamen stehen für Racheakte an der Bevölkerung, bei denen auch Frauen und Kinder, Priester und Geise niedergemetzelt wurden.

Im Führerhauptquartier (und nicht nur dort) galten die Italiener als Verräter, seitdem der Nachfolger des abgesetzten Duce, Marschall Badoglio, im September 1943 einen Sonderfrieden mit den Amerikanern schloß. Hitlers Sprachrohr in Uniform, Feldmarschall Keitel (auch »Lakeitel« genannt), empfahl dem Italien-Befehlshaber Albert Kesselring bald darauf die »Anwendung östlicher Methoden«. Das hieß, auch Italiener als Untermenschen zu behandeln.

Nur, das vielbeschworene Massaker in den Ardeatinischen Höhlen gehört – Sarkasmus der Geschichte – eben nicht zu jenen spontanen »Bestialitäten des Stärkeren«, mit denen Offiziere der SS und auch der Wehrmacht sich ganz im Sinne des Führers an Zivilisten vergingen. Die Höhlen-Hinrichtung hatte einen unmittelbaren, überaus spektakulären Anlaß, und sie war geprägt vom Versuch des SS-Obristen Kappler, nach einem Haßausbruch Adolf Hitlers die deutschen Repressalien möglichst begrenzt zu halten.

Als am 23. März 1944 in der Via Rasella ein Müllwagen voller Sprengstoff in die Luft flog und 35 Menschen in Stücke riß, wußte Kappler den Anschlag richtig zu deuten – als Provokation der Kommunisten. Die Deutschen sollten in Rom, das als »offene Stadt« bis dahin vom Krieg weitgehend verschont geblieben war, zu massiven Racheakten gegen die Bevölkerung getrieben werden.

Der Historiker Rudolf Lill weist darauf hin, daß die italienische Regierung im amerikanisch-

besetzten Süden die Resistenza vor Terrorakten in Rom gewarnt hatte. Die KPI jedoch, geführt vom stalinistischen Machiavell Palmiro Togliatti, wollte das hintertreiben: Ihre *Gruppi di Azione Patriottica* sollten den Krieg in die Hauptstadt tragen, dort Anhänger gewinnen, die nichtkommunistischen Kräfte der Resistenza überflügeln, den nur langsam anrückenden Alliierten zuvorkommen. Togliatti ging es da schon nicht mehr um den Sieg, sondern bereits um die Macht.

Die Höllenmaschine in der Via Rasella tötete einen 13jährigen Buben, einen Passanten und 33 ältere Südtiroler des Polizeiregiments *Bozen*, das von den Deutschen zwangsverpflichtet worden war. Solche Südtiroler – »Dableiber« genannt – hatten 1939 nicht für Hitlerdeutschland optiert, sondern waren lieber ihrer italienischen beherrschten Bergheimat treu geblieben. »ss-Männer«, wie von Italien behauptet, waren die Opfer der Bombe keineswegs.

Hitlers Wutanfall ist verbürgt. Im ostpreussischen Rastenburg ist der Führer am 23. März 1944 ausgerastet: Das ganze Viertel bei der Via Veneto mit allen dort wohnenden Menschen müsse in die Luft gejagt werden, dazu seien für jeden der deutschen Polizisten 30 bis 50 Italiener zu erschießen. »Östliche« Methoden, fürwahr.

Der neue, meist stark angetrunkene römische Stadtkommandant, General Maelzer, brüllte am blutüberströmten Tatort auch prompt entsprechende Befehle. Sie wurden von seinem Polizeichef Herbert Kappler ignoriert. Der sorgte dafür, daß eiligst Feldmarschall Kesselring und Generaloberst von Mackensen eingeschaltet wurden, die in Hitlers Hauptquartier mit Hilfe der Wehrmachtsspitze offenbar ein »westlicheres« Vorgehen erwirken konnten.

Am Abend gab Kesselring das Ergebnis seiner Bemühungen per Telephon durch: »Der Führer hat befohlen: Für jeden bei dem Attentat getöteten Soldaten sind zehn italienische Geiseln zu erschießen. Vollzugsmeldung bis 24. März.« Das war, auch wenn er nicht schriftlich vorlag, ein Führerbefehl.

50 der Todeskandidaten sollten vom römischen Polizeichef Caruso gestellt werden, die Auswahl der übrigen 280 traf Kappler anhand einer Häftlingskartei selbst. Gewöhnliche Kriminelle, Mitglieder der Resistenza und politische Gefangene waren dabei, von denen viele die Todesstrafe gewärtigen mußten, sowie 75 Juden, die bereits auf ihren Abtransport nach Auschwitz warteten. Kappler wollte die Mehrheit der Römer so wenig wie möglich verstören, um den Kommunisten keinen Propagandasieg zu gönnen.



Antiquariat

und Pulz & Detering Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus
(Bundesweiter Versand)

An- und Verkauf aus unseren Spezialgebieten:

- Arbeiterbewegung • Sozialistika • Sozialkritische Literatur
- Sozialpolitik • Zeitgeschichte • Sexualwiss./Homostudien
- Bitte Katalog anfordern

Wilhelmstraße 140 • 10963 Berlin

Telefon 030/252 99 163 oder 030/252 99 164

Telefax 030/252 99 872

07

WILLY-BRANDT-HAUS

Das konnte nicht gelingen, doch war der Obersturmbannführer in dem Punkt erfolgreicher als bisher angenommen. Wie jüngst ausgewertete Protokolle des italienischen Telefon-Abhördienstes zeigen, haben viele Römer weniger die deutschen Besatzer als die Sprengstoff-Attentäter für die Massenhinrichtung verantwortlich gemacht. Manche Nachkommen der Erschossenen haben letztlich sogar versucht, Schadenersatz von den Kommunisten einzutreiben.

Hauptmann Priebke gehörte zu den 13 ss-Offizieren, die Oberst Kappler direkt unterstanden und sich mit ihm den 70 Mann des Hinrichtungskommandos anzuschließen hatten. Wie Kappler und der Korpsgeist es forderten, waren je zwei Erschießungen von Offizieren vorzunehmen, um den Gemeinen diese Aufgabe zu erleichtern. Priebke, der zeitweise Protokoll führte und nach jeder Slave fünf Namen durchstrich, hat ebenfalls zwei der Todgeweihten selbst erschossen. Ob Kappler wirklich gedroht hat, Befehlsverweigerer zusammen mit den Geiseln hinzurichten, ist unstritten.

1948, vier Jahre nach dem Massaker, standen Herbert Kappler und fünf seiner ss-Offiziere in Rom vor Gericht. Die Bluttat war in frischer Erinnerung, die Resistenza beherrschte die öffentliche Meinung – dennoch fällten die italienischen Militärrichter ein Urteil, das in seiner un menschlich anmutenden Kasuistik befremdet.

Die prinzipielle Berechtigung von Vergeltungsmaßnahmen nach Terrorakten der Partisanen wurde vom Gericht nicht in Frage gestellt. Da unmittelbar nach dem Attentat erst 32 Polizisten tot waren, habe Kappler jedoch den Befehl gehabt, im Verhältnis 1:10 eben »nur« 320 hinzurichten – wogegen er, als ein 33. Südtiroler seinen Verletzungen erlag, die Erschießungsliste eigenmächtig um zehn Mann erhöht und damit seine Kompetenzen überschritten habe. Diese Konstruktion erst brachte Herbert Kappler das »lebenslang«.

Fünf ss-Offiziere, Kapplers Hinrichtungs-Gehilfen, wurden 1948 in Rom freigesprochen. Somit war es Priebkes großes Pech, daß er in Italien der Kriegsgefangenschaft früh entkommen konnte und 1948 nach Argentinien auswanderte. Wäre er mit Kapplers einstigen ss-Kumpen vor dem Militärrichter gestanden, hätte auch er, wie jene fünf, einen wetterfesten Freispruch bekommen.

Von Sam Donaldson in Bariloche gestellt, hat Priebke zwar Reue gezeigt, doch kein juristisches Unrechtsbewußtsein. Donaldson: »Sie waren ein Nazi.« Priebke: »Ich war ein junger Mann. Ein Nazi und ein junger Mann.« Donald-

son: »Glauben Sie, Jugend sei eine Entschuldigung?« Priebke: »Nein, aber viele junge Männer tun Dinge, die sie im Alter sehr bedauern.« Donaldson: »Sollten alte Männer nicht für ihre Verbrechen büßen?« Priebke: »Wir haben kein Verbrechen begangen. Es war ein ...« Donaldson: »Zivilisten erschießen verstoßt gegen alle internationalen Abkommen!« Priebke: »Heute ja. Damals nicht.«

Tatsächlich sind Repressalien wie jene der Fosse Ardeatine erst seit 1949 nach internationalem Kriegsrecht zweifelsfrei verboten.

Gleichwohl wurde mit 52 Jahren Verspätung einem 83 Jahre alten Deutschen, der bei einem Kriegsverbrechen, das seinerzeit womöglich keines war, eine subalterne Rolle gespielt hatte, in Rom groß der Prozeß gemacht. Anders als beim Obersturmbannführer Kappler setzten sich keine Bundespräsidenten oder -kanzler für ihn ein. Don Erico aus Bariloche konnte schon von Glück reden, daß keine bestieften und besoffenen Rechtsradikalen durch deutsche Städte zogen und »Freiheit für Erich Priebke« brüllten.

Hysterisierung der Öffentlichkeit

In seiner Zelle griff der steife Preuße zur Feder und schrieb Briefe. Erst heillos vermengt mit argentinischem Spanisch, wandte Priebke sich auf Italienisch an sein Gastvolk. »Seit 50 Jahren habe ich diese schöne Sprache nicht mehr gesprochen«, schrieb er an Indro Montanelli, den Doyen unter Italiens Journalisten, »darum bringe ich nur ein Potpourri zustande, eine wahre *insalata russa*.« Er stellte sich als »treuer Leser des *CORRIERE DELLA SERA*« vor und nannte sein Zuchthaus »eine stattliche Herberge ohne viel Luxus, doch dafür mit umso aufmerksamerer Betreuung.«

An Montanelli richtete er sich, »weil wir beide alte Männer sind und als junge Menschen in Diktaturen aufwuchsen. Unser Idealismus ist verraten worden, wir haben eine harte Lektion gelernt.« Montanelli, der unter den Faschisten viele Monate im Gefängnis verbringen mußte (und dem die Roten Brigaden 30 Jahre später die Kniescheiben zerschossen) hat den Brief des früheren ss-Mannes nicht als Anbiederung zurückgewiesen, sondern abgedruckt.

Und trotz des vorausschbaren Odiums, das er sich damit aufladen würde, hat der Leitartikler seinem Briefpartner den Befehlsnotstand attestiert: »Gewiß hätten Sie, Priebke, die Ausführung des Befehls verweigern und damit praktisch Selbstmord begehen können. Das hätte aus Ihnen einen Märtyrer gemacht. Stattdessen haben Sie dem Befehl Folge geleistet. Das macht Sie nicht zum Verbrecher.«

Hat er ihm mit dieser Bestärkung wirklich einen Gefallen getan? Es war ja gerade das Problem des weltweit angeprangerten »Henkers Priebke«, daß er sich bei aller Trauer des Rückblicks nicht als Krimineller empfinden konnte. Doch allein rituelle Selbstbeichtigung oder ein schluchzender Zusammenbruch im Gerichtssaal hätten die Erwartungen dieses Publikums befriedigen können; als Erich Priebke den Nachkommen der Opfer lediglich sein Bedauern aussprach, erhob sich im Saal höhnisches Gelächter.

Die Hysterisierung der Öffentlichkeit, die dem ersten Priebke-Prozeß voranging, war vom Militärgericht zwar erkannt, doch nicht realistisch genug eingeschätzt worden. Die Richter glaubten, der bedrohlichen Stimmung mit einem scharf formulierten Schuldspruch Rechnung tragen zu können, billigten dem Deutschen aber ansonsten wegen Verjährung und mildernder Umstände die Straffreiheit zu: An jenem 1. August 1996 war Erich Priebke wieder ein freier Mann.

Hierauf trat in Rom der Rechtsstaat außer Kraft. Zumindest für eine Weile: Das Gerichtsgebäude, das schon vorher umzingelt war, wurde nach der Urteilsverkündung vier Stunden lang von fäusteschüttelnden Demonstranten besetzt und lahmgelegt. Worauf Justizminister Giovanni Maria Flick einschritt – nicht etwa, um dem Urteil Geltung zu verschaffen, sondern um es zu umgehen: Unter Berufung auf ein deutsches Auslieferungsbegehren, das noch keineswegs vorlag, ordnete Flick die erneute Verhaftung des soeben freigesetzten alten Mannes an.

Über die Rechtmäßigkeit des populären Vorgehens von Flick hätte das Kassationsgericht in Rom befinden müssen, das sich aber drückte und den Fall ans Verfassungsgericht weiterleitete. Dieses erklärte die Wiederverhaftung Priebkes schließlich für legal, und da auch der Vorsitzende des Militärgerichts für befangen erklärt wurde, war der straflose Schuldspruch gegen Priebke aufgehoben.

Der Prozeß mußte 1997 mit anderen Richtern wiederholt werden, und der öffentlich erzeugte Druck auf diese war nicht geringer als beim ersten Verfahren. Tullia Zevi, Vorsitzende des Dachverbands israelitischer Gemeinden in Italien, bekundete zwar »Vertrauen in die italienische Justiz«, fügte aber für alle Fälle hinzu, daß Militär Richter nicht die »historische, politische und menschliche Vorbildung« hätten, um einem solchen Prozeß gerecht zu werden.

Tatsächlich wollten sich auch diese Richter nicht zum allseits geforderten »lebenslänglich«

drängen lassen. Eher salomonisch wie schon die erste Instanz, suchte das Gericht einerseits die Nachkommen der Opfer und die nur im Antifaschismus sich einigen Regierungsparteien durch einen »harten« Urteilsspruch zu befriedigen – während es andererseits die Strafe so bemmaß, daß Priebke kaum länger als ein halbes Jahr gefangen bleiben muß.

Ein Haftbefehl gegen den »Nazi-Schergen aus Argentinien« liegt aber auch in Deutschland vor. Offenkundig ist die Mischung aus entschlossener Ignoranz und reflexartiger Demagogie, die in aller Welt die Berichterstattung über den Fall Priebke auszeichnete, an deutschen Staatsanwälten nicht spurlos vorübergegangen. Und der Haftbefehl von Dortmund ist durch das Urteil von Rom nicht automatisch gegenstandslos geworden: Es kann nicht völlig ausgeschlossen werden, daß der alte Mann nach seiner Freilassung in Italien doch noch in einem deutschen Gefängnis landet.

Eine solche Peinlichkeit wäre dem Bundesjustizministerium und den zuständigen Staatsanwälten zu gönnen. Es würde sich nämlich herausstellen, daß die deutschen Gesetze zu einer Verurteilung Priebkes wegen Mordes (des einzigen unverjährten Tatbestandes) keine ausreichende Handhabe bieten. Wie der Vorsitzende Richter am Landgericht Hamburg, Günter Bertram, in der *NEUEN JURISTISCHEN WOCHENSCHRIFT* feststellte, war die Aufhebung der Mordverjährung durch den Bundestag 1979 »auf den besonderen Charakter nationalsozialistischer Gewaltverbrechen (Völkermord)« zurückzuführen.

»Wer indessen«, so Bertram, »im Namen höherer Sittlichkeit ein altes Kriegsverbrechen als NS-Genozid geahndet wissen will, der wirft alle Begriffe durcheinander und hat von den Sachgründen der beanspruchten Moral offenbar keinen Schimmer.« Nordrhein-Westfalens Justizminister Behrens nannte als Grund für ein deutsches Verfahren gegen Priebke: »Damit wir vor uns selbst bestehen können.« Das ist moralischer Narzißmus. Die groben Versäumnisse der deutschen Nachkriegsjustiz können von der folgenden Juristen-Generation nicht einfach an einem »letzten Vollstrecker« von geringer Verantwortlichkeit gesühnt werden.

Als wieder einmal viel von der volkspädagogischen Signalwirkung und der historischen Tragweite des Gerichtsverfahrens gegen ihn die Rede war, hat Erich Priebke in Rom ungeduldig ausgerufen: *Ma non sono un simbolo, sono un uomo!* – er sei schließlich keine Symbolfigur, sondern ein Mensch. Welch ein Irrtum

Die Glosse

KLAUS HARPPRECHT

Triumph der Verdrängung

Lange Jahrzehnte kannten wir von Victor Klemperer nichts als seinen fernen Ruhm – und das große Buch mit dem seltsamen, ja magischen Titel: »LTI« – drei Lettern, die für »Lingua Tertii Imperii« stehen, die Sprache des Dritten Reiches. Das »gelehrte Signum« war dem Autor, wie er sagte, zuerst »parodierende Spielerei«, dann ein »Notbehelf des Erinnerns«, Tarnung, schließlich »Notwehr« und ein an sich »selbst gerichtetes sos«.

An den Worten und durch das Wort decouvierte der Tagebuchschreiber – mit der professionellen Aufmerksamkeit des Philologen und der geschärften Wahrnehmung des Verfolgten – in den Jahren der Furcht und des Grauens zwischen 1933 und 1945 den Vernichtungs-Charakter des totalitären Staates.

»Sprache ist mehr als Blut«: das Motto des klassischen Dokumentes, das er 1946 aus seinem Journal publizierte, stammt von Franz Rosenzweig, dem Religionsphilosophen, der zusammen mit Martin Buber die Bücher des Alten Testaments neu übersetzte – ein gewaltiges und riskantes Unternehmen, das vor den Übertragungen Luthers und damit dem Ursprung unserer Hochsprache zu bestehen hatte. Der Reformator hat uns gelehrt, daß Sprache eine bindende Kraft hat, die in der Tat stärker ist als das Blut. Sie ist Heimat. Sie ist Mittlerin der Wahrheit und der Lüge, und am Ende ist sie dennoch eine unfehlbare Richterin.

Klemperer täuschte sich über die fatale Verwandtschaft des nazistischen und der stalinistischen Herrschaftsjargons keinen Augenblick. Seine Aufzeichnungen aus den Wirren der ersten Monate nach dem Ende des Krieges (*Und so ist alles schwankend*, Aufbau Taschenbuch-Verlag) konnten und wollten diese schmerzhaft Einsicht nicht verbergen. Es hat seine schreckliche Ironie und seine Tragik, daß sich dieser geprüfte Mann trotz aller Zweifel dazu entschloß, Mitglied der KPD zu werden. In seinem Nachwort weist Günter Jäckel zurecht darauf hin, daß jene Entscheidung nicht so sehr vom tapferen Widerstand und vom Leiden so vieler Kommunisten bestimmt war und auch nicht nur von der Hoffnung, daß die KP am ehesten Schutz vor einem neuen Anfall nationalistischer und antisemitischer Raserei zu bieten schien, von deren Wiederkunft Klemperer überzeugt war.

Das »rationale Element« überwog, als sich Klemperer zu jenem Schritt bereitfand. Wer könnte es nicht verstehen. Was er drüben in den Zonen der westlichen Besatzungsmächte erwarten würde, wußte er nicht: in Dolzsch bei Dresden aber hatte er ein Haus, die Chance einer Rückkehr in sein altes Professorenamt, ein Netz von Freundschaften und Beziehungen, die das Überleben leichter machten. Er und seine Frau hatten das menschenmögliche Maß der Leiden getragen. Nun suchten sie Ruhe, Sicherheit, Ordnung. Sie wollten – auch das – beim Aufbau einer Demokratie das ihre tun. Vor allem aber trachtete der alternde und kranke Mann danach, sich nach den Jahren der Entbehrungen, der Entwürdigung, der zehrenden Angst endlich, endlich auf der Seite der Mächtigen zu wissen.

Der Verfasser des Nachwortes mahnt, wiederum zurecht, wir sollten bedenken, daß manches, was Klemperer in späteren Jahren geschrieben und gesprochen habe, zu den »Topoi des Kalten Krieges« gehörte, »dessen – auch verbalen – Klischees sich kaum jemand zu entziehen vermochte, der im geteilten Deutschland einer Öffentlichkeit gegenüberstand«. War das wirklich so? Und überall? Die Bemühung des prätentösen griechischen Bildungsbegriffes läßt aufhören. Er verschleiert, wo eine klare Sprache notgetan hätte. Siehe einen Satz wie diesen: »Über die praktisch-opportunistischen Belange hinaus, daß damals jeder, der im öffentlichen Leben stand, einer Partei angehören mußte, wird das Rationalistische und Aufklärerische, das diese straff organisierte, geistig etwas robuste Partei vertrat, mitbestimmend gewesen sein für seinen Entschluß, ihr beizutreten...«

Wer die KPD/SED als eine »geistig etwas robuste Partei« versteht, kann unbeschwert davon sprechen, daß die sowjetisch besetzte Zone »in ihren ersten Jahren zur Heimat der großen Literatur des linken Bürgertums« geworden sei. Als ob jene Literatur nicht Buch für Buch auch drüben in den Westzonen erschienen wäre, ob Fallada oder Renn oder Seghers, ob Brecht oder Arnold Zweig oder Heinrich Mann (von dem so sicher freilich nicht ist, ob er tatsächlich im Begriff war, nach Berlin zurückzukehren – siehe die Tagebücher von Bruder Thomas). Doch Jäckel fährt fort: »So konnte der Osten bald mit einer großen aufklärerischen Kultur beginnen, der der Westen anfangs wenig entgegenzusetzen hatte«.

Wie stellt man das an: eine Kultur zu »beginnen«? Das ist in der Tat die Sprache eines Kalten Kultur-Krieges, der in jener frühen Nachkriegs-epoche ganz gewiß nicht von West nach Ost geführt wurde. Es ist überdies – gleichviel, wo Jäckel sie gelernt haben mag – die Sprache des

akademischen Funktionärs, an den ein paar Fragen zu richten wären. Zum Beispiel diese: Verlangte die »Partei neuen Typus« erst »in der Spätphase Stalins«, wie er sagte, »absolute Hörigkeit«? War die bedingungslose Unterwerfung nicht das Grundgesetz des Stalinismus, spätestens seit den großen Säuberungen, die – vor den Augen Johannes R. Bechers – auch unter den deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil so gründlich »aufgeräumt« hatten? Wußte davon nicht jeder, der es wissen wollte?

Schließlich ist bei Jäckel von dem »terroristischen Patriarchat Walter Ulbrichts« und seinem »kulturellen Banausentum« die Rede. Im nämlichen Satz aber folgt der Hinweis auf den »anderen Patriarchen« Konrad Adenauer, unter dem »die moderne Kunst nicht allzu viel Achtung« erfahren habe.

Das ist wohl so. Der Kunstgeschmack des Alten und mancher seiner Parteifreunde, gewiß auch mancher seiner Beamten war konservativ. Nur hatte das wenig zu sagen. Es beeindruckte die Maler, die Galeristen, die Museumsdirektoren nicht im geringsten. Denn es gab im restaurativen Westen keine Schdanowschen Dekrete, die in Ost-Berlin so sklavisch nachgebetet wurden. Die Moderne wurde keineswegs, wie hinter dem Zaun, aus der Öffentlichkeit verbannt. Sie erlebte vielmehr eine üppige Renaissance. Es existierte kein Bannspruch gegen die »Formalisten«, nicht in der bildenden Kunst, nicht in der Literatur, nicht in der Musik. Die Werke Schostakowitschs und Katchaturians, die in Moskau der Verdammung anheim gefallen waren, wurden im Westen gespielt: nicht weil sie drüben verboten waren, sondern weil sie grandiose Musik sind. Die Bücher, die hinter den Grenzen des Realsozialismus nur in Samisdat-Ausgaben gelesen werden konnten, wurden im Westen verlegt: nicht nur, weil sie von der sowjetischen Zensur unterdrückt wurden, sondern weil sie lesenwert waren.

Dafür behauptet Jäckel, man habe in der Bundesrepublik die nazistische Vergangenheit »vorschnell verdrängt, partiell sogar restauriert«. So zaubert man – schwupp und Schwamm über die rote Tafel – moralische Äquidistanz herbei: Ost wie West, West wie Ost, wir sind allzumal Sündler, was uns der Stalinismus, war euch der Faschismus. Nur fiel der Osten kraft obrigkeitlich verordnetem Antifaschismus nicht gar so arg in Sünde. Oder?

Was jener »Antifaschismus« taugte, wurde offenbar, als das realsozialistische Regime zerbrach. Eine Konfrontation mit der »Vergangenheit«, die uns im Westen gottlob und am Ende zu unserem Glück keinen Tag lang erspart geblieben war: drüben hatte sie nicht stattgefunden.



Porträt Victor Klemperers nach einem Gemälde von Arthur Rudolph (1946) Privatbesitz Dr. Klemperer

Trotz Verbot der KPD in der Bundesrepublik und der Serie fragwürdiger Prozesse, die eine inhumane Idiotie unter dem Mantel des Rechtsstaates waren, trotz des elenden Zustandes der in der Tat naziverseuchten Justiz in den ersten Jahrzehnten, trotz Globke, der seine Schuld durch die Wiedergutmachungsverträge abzubüßen versuchte, trotz Oberländer und Konsorten: In Wahrheit wurde die Vergangenheit, die sogenannte, dort restauriert, wo die neue Diktatur herrschte, ihre Lager umzäunte, ihre Terrorverfahren führte, die Gefängnisse füllte, den Staat als eine gigantische Überwachungsmaschine organisierte, Millionen ihrer Bürger zur Flucht und ins Exil trieb. Das möchte der moralische Neutralismus, der übrigens auch den Kommentar zu dem Dokumenten-Band des AUFBAUVERLAGES über den Schriftsteller-Kongress von 1947 bestimmt, gern vergessen machen: ein Triumph der Verdrängungstechnik, damals wie heute.

Wo immer Jäckel Ost- und West-Vergangenheit gleich zu gleich zu übertünchen versucht, fordert seine Sprache dazu heraus, sie mit den Augen Klemperers zu prüfen. Der kleine Band mit den Notizen aus den Tagen zwischen dem 17. Juni und dem 31. Dezember 1945, der ein so bewegendes Zeugnis der Trauer und der Wahrhaftigkeit ist, hätte ein Nachwort in besserem Deutsch verdient – und ein aufrichtiges obendrein. Wenigstens das.

Gollwitz ist überall

Ausländerfeindlichkeit in der Provinz

Der Einigungsvertrag legt fest, daß die fünf neuen Bundesländer zusammen ein Fünftel aller Aussiedler und Asylbewerber aufnehmen müssen. Daher sind von den seit Juli 1993 in die Bundesrepublik immigrierten 70.000 Juden aus den gus-Staaten rund 14.000 in den fünf neuen Bundesländern untergebracht worden, davon 2.000 Zuwanderer im Bundesland Brandenburg. Nach einem Verteilungsschlüssel werden diese sogenannten Kontingentflüchtlinge, ebenso wie Asylbewerber, auf die Gemeinden im Lande verteilt. So muß der Kreis Potsdam-Mittelmark in diesem Jahr beispielsweise 360 Personen aufnehmen. Daher wurde Anfang September 1997 der 405 Seelen-Gemeinde Gollwitz vom Landkreis eine Gruppe von 60 jüdischen Kontingentflüchtlingen aus Kirgisien, Turkmenien und Usbekistan zugewiesen. Für deren Unterbringung war das leerstehende ehemalige Herrenhaus des Ortes vorgesehen, das sich nun im Besitz des Landkreises befindet, so daß keine Mietkosten anfallen.

Die Zuweisungsentscheidung traf die Gollwitzer in ihrer kleinen »heilen Welt« vollkommen unvorbereitet, da sie den Beschluß erst aus der örtlichen Tagespresse erfuhren. Der Bürgermeister des Ortes sah bereits vor der Ankunft der Aussiedler gewisse »Probleme«. Verängstigte Bürger prophezeiten bereits einen drastigen Kriminalitätsanstieg im Dorf und meinten, nun müßten sie ihre Häuser mit Alarmanlagen sichern, da sie die abenteuerliche Gleichung aufmachten, jeder Russe sei ein Mafioso; (wobei nicht zwischen den einzelnen gus-Staaten differenziert wird).

Daher war es nicht verwunderlich, daß der siebenköpfige Gemeinderat in einer Sitzung am 18. September den einstimmigen Beschluß faßte, die Aufnahme der 60 jüdischen Zuwanderer in Gollwitz zu verweigern. Der Bürgermeister gab in Interviews zu bedenken, daß diese Zahl viel zu hoch für den kleinen Ort sei; lediglich eine Unterbringung von zwei oder drei Familien konnte er sich hingegen vorstellen. Da der Gemeinderatsbeschluß von den Medien als Ausdruck dörflichen Antisemitismus' rasch verbreitet wurde, wuchs die ganze Angelegenheit zu einer mittleren Affäre an. Für den Sprecher des brandenburgischen Sozialministeriums war der Ort zwar »nicht gerade ausländerfreundlich«, weil die Bewohner durch die

Fremden das dörfliche Gemeinschaftsleben gestört sahen. Allerdings mußte er auch konzedieren, daß die informelle Vorbereitung der Dörfler schlecht gewesen und die Gollwitzer daher von den Unterbringungsplänen »überrascht« worden seien. Die Aussage des Ministeriumssprechers, auch bei einer Einquartierung von 50 Wessis, Albanern oder Kurden wäre die Reaktion der Gollwitzer Bevölkerung dieselbe gewesen, weist auf eine partiell xenophobische Ablehnungshaltung hin, die allem Fremden und Unbekannten skeptisch gegenübersteht. Für die Ausländerbeauftragte der Landesregierung, Almuth Berger, hingegen waren die Vorurteile gegenüber Ausländern und insbesondere jüdischen Immigranten in Brandenburg nichts Ungewöhnliches, sondern leidvoller Alltag.

Zu beachten ist, daß die strikte Ablehnung nicht primär antisemitische, sondern vielmehr xenophobische Züge hat. Statt auf Juden zielte die Zurückweisung auf Fremde im allgemeinen und auf ehemalige Sowjetbürger im besonderen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die 40jährige DDR-Geschichte, die nicht nur aufgrund des Auftretens der sowjetischen Besatzungsmacht im Lande, sondern auch durch die jahrzehntelang von der SED ideologisch propagierte »Bruderliebe« zur Sowjetunion nachhaltig getrübt war. Daß sich im Umkreis der nach Deutschland gekommenen jüdischen Zuwanderer außerdem die russische Mafia tummelt, bestärkt die ablehnende Haltung noch, ebenso wie die Verschleppung und anschließende Ermordung des brandenburgischen Gastwirtssohnes Matthias Hintze durch zwei russische vorbestrafte Gewaltverbrecher im Oktober 1997, die zwar erst nach dem Beginn der Gollwitz-Affäre stattfand, aber die Ressentiments scheinbar bestätigte.

Diese alltägliche Fremdenfeindlichkeit alleine hätte auch keinen deutschlandweiten Skandal ausgelöst, wenn nicht zugleich, durch den offensichtlichen Verdacht eines unterschwelligen Antisemitismus', viele Alarmlingeln geläutet hätten und die Nachricht von der Ablehnung der Juden aus den gus-Staaten durch das brandenburgische Dorf, angefacht durch den Nachrichten Hunger der Medien, eine Eigendynamik entwickelt hätte. Die im Umgang mit den Medien ungeübten Gollwitzer

sahen sich nun einem Heer von Fernseh- und Zeitungsreportern ausgesetzt, die den Ort nicht nur regelrecht belagerten, sondern auch jede noch so unbedachte wie private Meinungsäußerung auffingen und als allgemeine negative Dorfmeinung in Windeseile weiterverbreiteten. Vom riesigen, sie völlig überrollenden Presseecho aufgeschreckt, wurde die Dorfgemeinschaft nicht nur in die Defensive gedrängt, sondern sie bestärkte diese noch in einer Art Trotzreaktion in ihrer ablehnenden Haltung.

Das bundesweite und wenige Tage später auch das internationale Echo auf die Ablehnungshaltung war verheerend. Doch den von allen Seiten angegriffenen Dörflern wurde plötzlich aus einer unerwarteten Richtung Beistand zuteil. Manfred Stolpe persönlich sprang in die Bresche und verteidigte die nur schwer verständliche und unakzeptable Haltung der Gollwitzer. Überdies nahm der brandenburgische Ministerpräsident die Gollwitzer ausdrücklich vor dem Antisemitismus-Vorwurf in Schutz. Damit düpierte Stolpe nicht nur politische Freunde, sondern brachte auch die eigenen Behörden in Argumentationsnot, da von ihm als politisch Handelndem ein mutiges Bekenntnis zur humanistischen Ausrichtung Deutschlands erwartet worden war.

Nachdem, wie die Mitglieder eingestanden, ihnen »von oben« dazu geraten worden sei, hob der Gemeinderat am 9. Oktober zwar formell seinen ablehnenden Beschluß wieder auf, jedoch ohne ausdrücklich einen Zuzug der Immigranten gutzuheißen. Deren geplante Unterbringung im Ort wurde weiterhin von Gemeinderatsmitgliedern öffentlich als »eine Katastrophe« angesehen. Damit war faktisch der Stein des Anstoßes zur Seite gerollt, aber die ablehnende Haltung blieb unausgesprochen bestehen, so daß an eine Zuweisung der Juden jedoch immer noch nicht gedacht werden konnte und der Landrat sich nach einem anderen Unterbringungsort mit weniger fremdenfeindlich gesinnten Bürgern umschauen mußte.

Die Art und Weise, mit der Stolpe seine Untertanen vom Vorwurf des Antisemitismus freisprach und zugleich gegen alle verbalen Angriffe in Schutz nahm, forderte geradezu zum Widerspruch heraus. Besonders energisch widersprach dem brandenburgischen Ministerpräsidenten dabei der Vorsitzende des »Zentralrates der Juden in Deutschland«, Ignatz Bubis. Angefacht von den Medien, steigerte sich die Kontroverse zu einem Interview-Fernduell, ehe es auf Initiative der Berliner Zeitung

TAGESSPIEGEL zu einer persönlichen Aussprache der beiden Kontrahenten kam und dieser Nebenkriegsschauplatz befriedet wurde. Bestürzt auf die Ausführungen Stolpes reagierte aber auch der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Dr. Andreas Nachama. Für ihn war es die politische Aufgabe der Landespolitiker, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem alle Menschen ohne Ansehen ihrer Herkunft oder ihrer Religion friedlich miteinander leben könnten. Nachama verwies in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die zahlreichen Überfälle Rechtsradikaler auf ausländische Bürger in Brandenburg sowie auf die antisemitischen Vorfälle der letzten Jahre, wie etwa den Brandanschlag auf die Gedenkstätte Sachsenhausen im Jahre 1992 und konstatierte resigniert, daß eine Wiedereinrichtung jüdischen Lebens in Brandenburg offensichtlich unmöglich sei.

Warum aber war eigentlich die öffentliche Reaktion auf den Gemeinderatsbeschluß von Gollwitz so verheerend? War es die Furcht vor einem weiteren Exempel antisemitisch-neonazistischen Verhaltens in Deutschland? Die Angst, daß den gewalttätigen Exzessen früherer Jahre ein weiteres Beispiel von schlummerndem Fremdenhaß in der deutschen Provinz folgen könnte, war nicht so abwegig. Der Landesverfassungsschutzbericht für Brandenburg belegt das überproportional hohe rechtsextremistische Potential. In diesem Zusammenhang sei auch auf das Beispiel Dolgenbrodt aus dem Jahre 1992 verwiesen. Dort, ebenfalls in der brandenburgischen Provinz, hatten Dörfler mehrere Jugendliche dafür bezahlt, daß diese eine leerstehende Baracke anzündeten, als im Ort bekannt wurde, daß in dieser Behelfsunterkunft schwarzafrikanische Asylbewerber einquartiert werden sollten. Die Suche nach den Tätern und den Drahtziehern gestaltete sich schwierig, da das gesamte Dorf die Schuldigen und ihre Hintermänner durch solidarische Aussageverweigerung und billiges Wegschauen schützte.

Zwar wurde in Gollwitz die fremdenfeindliche Haltung nicht wie in Dolgenbrodt durch Brandstiftung verstärkt. Aber vielleicht lag dies nur an der Tatsache, daß es sich hier nicht um eine alte Baracke, sondern um das Schmuckstück des Ortes handelte, an das keiner Hand anlegen wollte? Zu beachten ist auch, das provinzielles Denken, diffuser Fremdenhaß und latenter Antisemitismus insbesondere in der deutschen Provinz, egal ob nun in den neuen oder auch den alten Bundesländern leider alltäglicher Zustand ist, daher ist Gollwitz überall.



Gegen einen Aufschub des Euro:
Peter Glotz

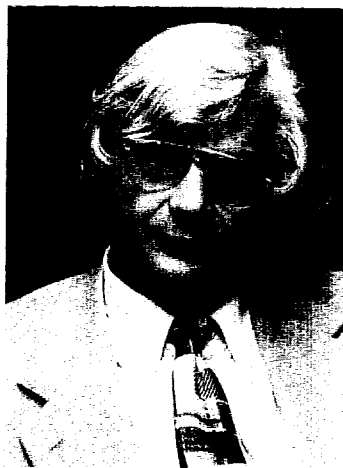


Verteidiger des klassischen National-
staats: Ludwig Watzal

Der Euro — Startsignal für die Politische Union

Die Hessische
Landesvertretung
in Bonn
veranstaltete
den ersten
europäischen
Dialog
zwischen der
NEUEN GESELLSCHAFT/
FRANKFURTER HEFTE
und der
italo-französischen
Zeitschrift
LIMES

Fotos:
Kornelia Danetzki



Für eine französisch-deutsche Fusion:
Michel Kornmann (LIMES)



Moderation: Norbert Seitz

PETER MERSEBURGER

Verschiedene Zeiten

Richard von Weizsäcker erinnert sich

Politiker-Erinnerungen, die zu Lebzeiten des Verfassers veröffentlicht werden, sind mit gebührender Vorsicht zu lesen. Gar zu oft ist Schonung angesagt. Mächtige Parteifreunde, die zu den Intimfeinden zählen, amtieren womöglich noch, Peinlichkeiten aus der Betriebsküche des Bonner Raumschiffs auszu-plaudern, könnte die gemeinsame Sache beschädigen, der man sich trotz inniger Freund-feindschaft dennoch verbunden weiß. Nicht jeder bekennt auch so frisch und fröhlich wie Maggie Thatcher, daß es oft genug handfeste Vorurteile sind – in ihrem Fall Mißtrauen und Feindschaft gegen Deutsche und Deutsches –, die politisches Handeln bestimmen. Auch Retuschieren gehört zu den geläufigen Sünden. Bei den meisten in Rente gezwungenen oder gegangenen Bundeskanzlern, Außenministern und Präsidenten scheint das Begehren übermächtig, sich rückschauend in den rechten Strom der Zeit einzuordnen, als hätten sie in nahezu jeder Situation angemessen gehandelt, die Weichen stets richtig gestellt, denkbare Fehler dagegen geschickt und charakterfest vermieden. Das Ergebnis solcher Erinnerungsarbeit sind langatmige, geglättete Autobiographien von Handelnden ohne Fehl und Tadel, Personen ohne alle Ecken und Kanten. Das Salz der Versuchung, das Abenteuer von *trial and error* fehlen.

Bundespräsidenten gleichen politischen Pastoren. Ihre Macht ist auf das Wort beschränkt, wer damit etwas bewirken will, muß es zu gebrauchen wissen. Befreit vom »konfrontativen Tageskampf der Gruppen und Interessen«, so Richard von Weizsäcker selbst über das Amt, das er zehn Jahre lang geradezu exemplarisch versehen und im besten Wortsinn »ausgefüllt« hat, sollen deutsche Bundespräsidenten »eine überparteiliche konstante Mitte« verkörpern, die für Integration in der Gesellschaft sorgt. Solches richtig zu tun, bedingt Einfühlungsvermögen, Verständnis und Verbindlichkeit gegenüber allen wichtigen Parteien, Gruppierungen und Interessengruppen der Gesellschaft, aber es schärft nicht unbedingt das politische Profil des Amtsverwesers. Wie gut es Weizsäcker dennoch verstand, die Waffe Wort richtig einzusetzen, erwies seine bewegende Rede am 8. Mai

1985 im Bundestag. Da bezeichnete er den Tag der Kapitulation der Wehrmacht, in welcher er selbst als Offizier des fabulös-elitären Potsdamer Infanterieregiments 9 tapfer gekämpft hatte, nicht nur als einen tiefen historischen Einschnitt und Tag des Erinnerns, sondern als Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Alfred Dregger und die Konservativen in Weizsäckers eigener Partei mochten diese Feststellung als skandalös empfinden, auf eine liberaler gesonnene Mehrheit quer durch die Parteien im Bundestag wirkte sie wie eine befreiende Tat: »Die Rede« wurde zum Kultgegenstand, der zu Verbindlichkeit nach allen Seiten verpflichtete Präsident zu einer Art Kultfigur der späten Altbundesrepublik. Wenn er diese Rede hielt, wenn er davor warnte, daß sich die Parteien den Staat zur Beute machten, wenn er eine Einwandungspolitik annahmte, stand Weizsäcker da nicht für die zivile Gesellschaft, für den Sieg des liberalen Zeitgeists über die konservativ-restaurativen Tendenzen aus der Anfangszeit? Kochte da nicht der Ärger am rechten Rand der eigenen Partei und in der CSU?

Nihil nisi bene! Natürlich machen der Respekt vor der Leistung und dem früheren Amt den Kritiker geneigt, Milde und Nachsicht walten zu lassen. Doch sollte man einem Politiker, wenn er sich denn als Autor stellt, nicht gleich alles durchgehen lassen. So wird, wer Weizsäckers Erinnerungen an dieser glanzvollen Rede mißt, schon stilistisch enttäuscht. Offenbar haben unserem verehrten Altbundespräsidenten in seiner Bonner Schreibstube extrem talentierte Redenschreiber zur Verfügung gestanden, doch einen vergleichbar begabten *ghostwriter*, der seine Erinnerungen hätte überarbeiten können, gab es leider nicht. Anders läßt sich kaum erklären, daß ein Mann, der in unserer Republik der Stillosigkeit endlich einem Stil verkörperte, der mit ausgefeilten Reden Nachdenken erzwang, bürokratische Wortungetüme wie das von der »maßgeblichen amtsinternen Steuerung dieser wie jeder späteren Bautätigkeit« zu Papier bringen kann. Das Zitat ist beliebig, doch gäbe es Dutzende andere Beispiele für eine sperrig-spröde Prosa, wie sie amtliche Schriftsätze zielt und die nun blaß ein Leben

Revue passieren läßt, das doch voll ist von aufregender, erlebter Geschichte.

Schließlich ist die Familie des Freiherren von Weizsäcker nicht nur ein Paradebeispiel für die Seßhaftigkeit der Eliten (Ralf Dahrendorf), für ihre Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit: der Großvater Regierungschef des letzten Württembergischen Königs, der Vater Staatssekretär unter Hitler im Auswärtigen Amt, der Sohn erst Offizier vor Moskau und Leningrad, dann Student, Hilfsverteidiger für den Vater im Nürnberger Prozeß, Bundestagsabgeordneter, Kirchentagspräsident und schließlich Bundespräsident. *Vier Zeiten* überschreibt Weizsäcker seine Erinnerungen an eine Geschichte voller Umbrüche, die schließlich mit der deutschen Vereinigung endet. Doch schildert er den Weg, den er vom konservativ bestimmten Milieu der Familie zum liberalen Christdemokraten gegangen ist, oft zu ausgewogen, Brechungen und Konflikte, die es dabei gegeben haben muß, werden eher angedeutet, denn reflektiert. Gerade vom Mann der Rede zum 8. Mai vermißt man ein Wort über die Schuld des konservativ-bürgerlichen Lagers am Scheitern der ersten

deutschen Demokratie. Es mag auch respektable Motive gegeben haben, im Dienst aufzusteigen, den Versuch etwa, einen neuen Krieg, koste es, was es wolle, zu verhindern. Muß Richard von Weizsäcker, aus Sohnesliebe oder Familienloyalität, deshalb gleich schreiben, der Vater habe über den wahren Charakter der Nazis im Frühjahr 1938 nichts gewußt? Gewiß, damals gab es noch nicht den industriell betriebenen Massenmord. Aber wußte man nicht längst genug? Dem neu berufenen Staatssekretär konnte der nationalsozialistische Terror gegen die Opposition doch unmöglich verborgen geblieben sein.

Ganz anders bei der jüngsten Vergangenheit: Da zeigt Weizsäcker kritische Verve, wenn er mit den Sünden der Vereinigung ins Gericht geht, und scheut sich nicht, Roß und Reiter zu nennen. Bei seinem Amtsantritt als Bundespräsident hat er seine CDU-Mitgliedschaft ruhen lassen, weil er über den Parteien stehen wollte. Wer wissen will, warum er sie nicht wieder aktiviert hat, braucht nur in das letzte Kapitel zu schauen. Sehr viel deutlicher, als er dies nach den begrenzten Vollmachten seines Amtes in

Richard von Weizsäcker verteidigt 1948 seinen Vater Ernst im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß

Foto: Ullstein/Poly-Press



seinen präsidentiellen Mahnreden tun konnte, werden die entscheidenden Führungsfehler des Vereinigungskanzlers aufgezählt. Zu den wichtigsten rechnet er das »schwere materielle und menschliche Versäumnis«, den 1990 vorhandenen Gemeinsinn der Westdeutschen, die vorhandene Opferbereitschaft abzurufen. Weizsäcker wurde damals zum verständnisvollen Anwalt der Ostdeutschen, trat für einen neuen Lastenausgleich ein, er hätte eine »Blut-, Schweiß- und Tränenrede« erwartet, wie sie Helmut Schmidt forderte, mit dem ihn mehr als nur die Verehrung Karl Poppers verbindet. Stattdessen entschied die Bonner Koalition, die westdeutsche Bevölkerung im Wahljahr 1990 nicht zu belasten und tat, als ließen sich Vereinigungslasten aus der Portokasse bezahlen. »Wir alle kennen und spüren die Folgen bis heute«, schreibt Weizsäcker. Recht hat er damit. Anders als das Bonner Establishment von rechts bis links, welches das Ende der alten Bundesrepublik lange und hartnäckig nicht zur Kenntnis nehmen wollte, wandelte sich Weizsäcker vom Präsidenten der alten zum Präsidenten der neuen, der Berliner Republik, zum Präsidenten aller Deutschen. Dies und seine Rede zum 8. Mai, seine *Vier Zeiten* rufen es in Erinnerung, werden als Verdienste bleiben.

Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten. Erinnerungen; Siedler Verlag, Berlin 1997, 480 Seiten, DM 49,80.

RENATE WIGGERSHAUS

Wer wir sind

Aleksandar Tišma's Roman »Kapo«

Ob fiktionale Literatur über die nationalsozialistischen Verbrechen schön oder gräßlich ist, ist unwichtig, »solange sie uns hilft, die ›Wahrheit‹ zu verstehen, nämlich, wer wir wirklich sind«. So Ruth Klüger einmal in einer Antwort auf die Frage, ob man »schöne Literatur« über den Holocaust schreiben könne. Der Versuch, die Wahrheit zu verstehen, zu begreifen, wer wir sind und warum wir sind, wie wir sind, ist das zentrale Thema in dem gerade bei

Hanser erschienenen Roman *Kapo* von Aleksandar Tišma. Er ist einer von fünf Bänden, die der Autor als sein *Pentateuch* bezeichnet.

Wie die fünf Bücher Mose, die Thora, handelt auch Tišmas Werk von Genesis und Schicksal des Menschen unter dem Gesetz. Ob von Gott oder vom Menschen geschaffen – grausam ist dieses Gesetz allemal und läßt niemanden ohne Fehl. Tišmas *Pentateuch* als herbe Abrechnung mit der jüdisch-christlichen Religion und Zivilisation zu lesen, ist ganz gewiß nicht abwegig.

Aleksandar Tišma, 1924 im nordjugoslawischen Horgoš als Sohn eines serbischen Vaters und einer ungarisch-jüdischen Mutter geboren, wuchs in Novi Sad auf, wo sich Religionen, Ethnien und Sprachen mischen. Um den Massenverhaftungen im besetzten Jugoslawien zu entgehen, floh er 1942 nach Budapest. Zwei Jahre später wurde er als Zwangsarbeiter zum Ausheben von Schützengräben gegen russische Panzer in Transsilvanien eingesetzt. Nach dem Krieg arbeitete er als Journalist und Redakteur, schrieb Gedichte, Erzählungen, Romane, Reiseberichte und ein Theaterstück. Im Zentrum seines Werks stehen jene fünf Bücher, die nüchtern und eindringlich von der Vernichtung des vielstimmigen Lebens in der Vojvodina berichten. Tišma schließt dabei die Vor- und Nachkriegszeit mit ein. Das Buch, das Tišma international bekannt machte, *Der Gebrauch des Menschen* (1976; dt. 1991), handelt von einem Krieg, in dem es nur die Alternative gibt: Opfer oder Täter zu sein; zu leiden oder leiden zu lassen. In der Geschichte *Die Schule der Gottlosigkeit* in dem gleichnamigen Erzählungsband (1978; dt. 1993) foltert der verhörende Geheimpolizist Dulics den jungen Kommunisten Ostojin, ohne aus ihm den Namen seines Kontaktmannes herauspressen zu können. Als er die gewünschten Informationen von anderer Seite erhält, faßt Dulics das als persönliche Niederlage auf, als Sieg des Gefolterten. Er kann nur über ihn triumphieren, indem er ihn auf qualvolle Weise umbringt. In *Das Buch Blam* (1971; dt. 1995), das gleichsam den Auftakt zur Pentalogie bildet, steht nicht der Täter im Zentrum, sondern das überlebende Opfer. Zufällig ist Miroslav Blam dem Massaker entkommen, bei dem Ende Januar 1942 die serbischen Juden von Novi Sad umgebracht wurden. Aber was nützt ihm sein Überleben in einer Stadt, in der es so gut wie keine Juden mehr gibt, in der die einstige Judengasse zum »Neuen Boulevard« wurde, die Synagoge zur Konzerthalle, und siegreiche Partisanen sich an wirklichen oder angeblichen einstigen Verfolgern rächen? Mit *Kapo* (1987; dt. 1997) ist nun ein weiterer Band von Tišmas



Beschreibt die Geometrie der Ausweglosigkeit: Aleksander Tišma

Foto: Isolde Ohlbaum

Pentateuch auf deutsch erschienen. Nur die Übersetzung von *Glaube und Verschwörung* steht noch aus.

Kapo handelt vom Opfer-Täter, der zum Spielball entfesselter Erinnerungen wird. Das eintönige Leben des Chefs des Eisenbahnparks von Banja Luka wird durch den zufällig in einer Zeitung wahrgenommenen Namen eines Ortes unterbrochen, der in ihm die Erinnerung an eine bestimmte Frau und das verdrängte Lagerleben wachruft. Das Angestelltenleben nach dem Krieg, Rückblicke auf die Jugend, Erinnerungen an die traumatischen Lagererfahrungen und die Suche nach jener Frau sind die Elemente, aus denen die bedrängende, ausweglose Welt dieses Romans komponiert ist. Jene Frau, die zu seinen Opfern gehörte, will der einstige Kapo, der von einem unerbittlichen Verfolgungswahn gepeinigten und vorzeitig in Pension gegangene Lamian aufsuchen, um ihr seine Untaten zu beichten.

Rückblicke und Erinnerungen werfen Licht auf ein Leben, zu dem der lapidare Buchtitel *Kapo* paßt. Der junge, getaufte Jude Vilko Lamian wird während des Zweiten Weltkriegs verhaftet, gefesselt und in einem Viehwaggon in das Zwangsarbeitslager Jasenovac verfrachtet. Das Grauen dort, die Angst, so wie viele andere, deren Sterben er mitansahen mußte, durch

Schwerstarbeitet vernichtet und von einem sadistischen Kommandanten verstümmelt oder umgebracht zu werden, lassen ihn spontan handeln, als er die Bahre mit der Leiche des kroatischen Kommunisten Antun Furfa wegtragen soll. Er legt sich an dessen Platz, meldet sich anderntags als genesen und wird später mit der neuen Identität nach Auschwitz abtransportiert. »Dieses Zittern vor dem sicheren Ende war seine Rettung, ein zweitesmal dann in Auschwitz, als er, von Sommer auf dem Appellplatz mit Wasser übergossen, vor Angst und Kälte zitternd Alfred Rieglers Blick auffing und ihm mit den Augen Gold versprach, weshalb ihn dieser nach seiner Genesung zum Werkstattkapo machte.«

So hilft er zum Schluß auch sich selber

Um sich das Wohlwollen des ss-Mannes Riegler zu sichern, läßt er Häftlingen Goldkronen ausbrechen und sie zu Goldbarren schmelzen. Er prügelt und tötet auf Befehl, treibt die Selektierten ins Revier, wo sie mit einer Phenolspritze ins Herz umgebracht werden, läßt sich auf Rieglers süffisante Anregung hin ausgehungerte weibliche Häftlinge in die Werkstatt bringen, um sie sich mit einem Stückchen Brot, einem Schälchen Milch gefügig zu machen. »Eine nach der anderen schleppte er sie ins Kerzen-

licht und setzte sie auf die Bank, gab ihnen zu essen und zu trinken, damit sie ... alles taten, ... und kümmerte sich nie darum, was sie das kostete, denn er berauschte sich an ihrer Willigkeit jenseits des Triebes, so wie sich die ss-Männer berauschten, wenn sie spürten, wie der Instinkt unterworfenen Millionen unter ihrem Druck wie unter dem Stoß eines riesigen männlichen Gliedes nachgab.«

Die langsame Gewöhnung an eigenes und fremdes Leid verhärtet ihn, bis er nicht mehr bedauert zu quälen, sondern es genießt »Er zermalmte den Haß mit Haß, rächte sich am Haß mit Haß, rächte sich an diesen Frauen in der Überzeugung, daß auch sie gehaßt hätten, wenn sie gewußt hätten, daß er kein ss-Mann war, nicht einmal der Kapo Furfa, sondern der verschreckte Jude Lamian.«

Eine der inhaftierten Frauen läßt er wieder und wieder kommen, bis er zufällig erfährt, daß sie Jüdin ist. Entsetzt läßt er von ihr ab, benutzt seine Machtposition aber dazu, ihr hin und wieder etwas zukommen zu lassen. Als eine der wenigen überlebt sie Auschwitz. Diese Helena Lifka ist es, der er seine Untaten beichten will. Sie – so glaubt er – sei die einzige, die ihn verstehen könne. Denn um zu begreifen, mußte man »durch Schmutz und Todesdrohung gefangen sein«. Indem alles aus der Perspektive des »Kapo« dargestellt wird, entsteht eine suggestive Kraft, die den Leser unmittelbar in das Geschehen hineinzieht und in die Ausweglosigkeit einer Situation, in der man quälen und töten muß, will man nicht gequält und getötet werden. Abläufe werden geschildert ohne erklärende oder gefühlvolle Kommentare.

In Helena Lifka sucht Vilko Lamian sein alter ego, jenes Ich, das er schon in seiner Jugend verleugnet hatte, weil er in einer Gesellschaft aufwuchs, die Juden in ihrer Gemeinschaft nicht duldete. Aber diese Frau, die ihr Judentum nie verleugnet hatte, war an jenem Tag gestorben, an dem Lamian sie zu suchen begonnen hatte. So trifft er zum Schluß auf sich selber: Jemand, der mit Angst und Grauen konfrontiert, Angst und Grauen verbreitete, um zu überleben. Damit bleibt er allein. Die überwältigende Trostlosigkeit dieses Buches wird einzig dadurch gemildert, daß Aleksandar Tišma Menschen, die wie Miroslav Blam und Vilko Lamian sind, zum Sprechen bringt und ihnen und uns zeigt, wer wir sind und warum wir sind, wie wir sind.

Aleksandar Tišma: Kapo. Roman. Aus dem Serbischen von Barbara Antkowiak; Carl Hanser Verlag, München 1997, 341 Seiten, DM 45,-

ANNETTE BAUMGARTL

Arztroman ohne Arzt

Marlene Streeruwitz entdeckt die Liebe

Das Gegenteil von Kitsch sei das Leben, sagt die Literatur. Darum werden Kriminalromane immer in das unterste Bücherregal verbannt und gerät man mit dem Bekenntnis, zur Fangemeinde einer Soap-opera zu gehören, schnell in den Verdacht, dem Sein den bloßen Schein vorzuziehen. Die Wiener Autorin Marlene Streeruwitz hat sich im vergangenen Jahr geoutet und öffentlich zugegeben, eine Folge von *Derrick* angeschaut zu haben. Nachzulesen in ihren Tübinger Poetikvorlesungen *Vom Sein. Und Schein. Und Erscheinen*. Und da sie einen äußerst weiten Literaturbegriff vertritt, der neben Trivialliteratur auch Dialogisches wie Fernsehserien einbezieht, entdeckt sie Ähnlichkeiten zwischen der Figur des Hauptkommissar Derrick und dem Historismus. Beide vertreten eine Ordnung, die es so nie gegeben hat – Sehnsucht nach der einen Sprache, der eindeutigen. »Es ist nie so, wie es einmal war. So. Wie es nie gewesen.«

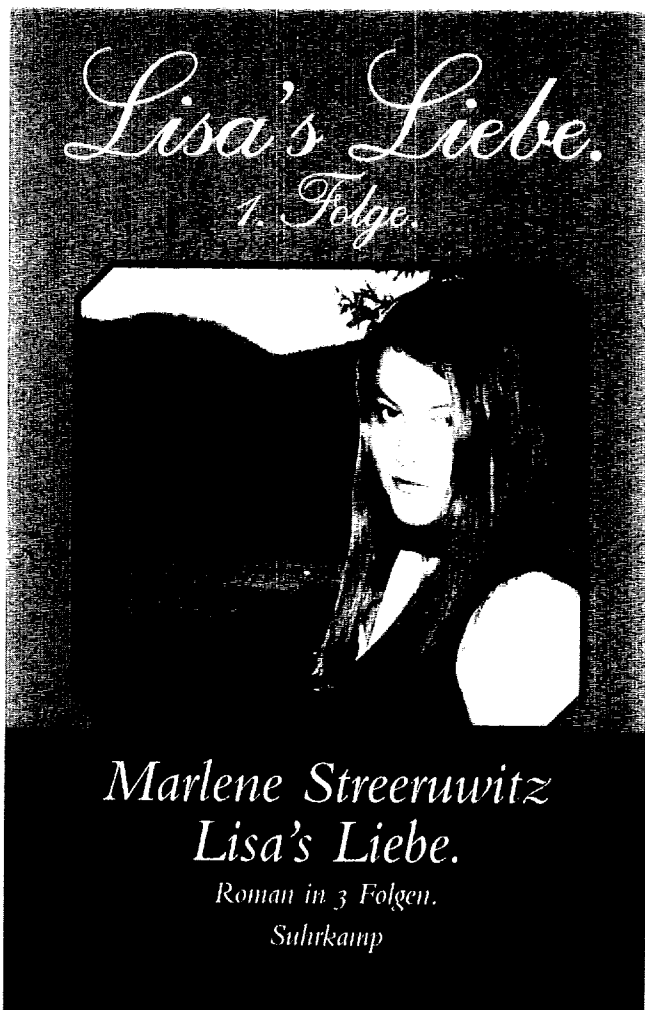
Doch Streeruwitz, von der Kritik hochgeschätzt wegen ihres sprachlich radikalen und provozierenden Debütroman *Verfahrungen*, interessiert sich nicht nur analytisch für das Phänomen des Kitsch. Mit ihrem zweiten Roman *Lisa's Liebe* hat sie einen »trivialen« Fortsetzungsroman vorgelegt, der in Form einer Fotomanze von einem ganz normalen Frauenleben erzählt. Die Ideologie, die das Schema des Liebesromans unterschwellig an die Leserinnen bringt, lautet: Wahre Liebe gibt es nur einmal.

Bei Streeruwitz ist es die 39jährige unverheiratete Volksschullehrerin Lisa, die sich verliebt, in den Arzt Dr. Karl Adrian. Mehr als ein Jahr ist Lisa ihm auf ihrem Weg zur Schule begegnet, sind beide stumm aneinander vorbeigegangen. Bis Lisa sich ihm eines Tages in den Weg stellt und ihm einen Brief überreicht. Dort gesteht sie ihm ihre Liebe, die, so ist sie sich sicher, mehr als nur »ein flüchtiges Gefühl« sei. Lisa fährt in die Ferien – auf eine Alm – und wartet auf Antwort. Und der Leser mit ihr. Doch die Geschichte von Lisas Liebe findet nicht statt, die Sehnsucht nach dem erlösenden Prinzen erweist sich als Schimäre. Lisas Liebe wird zum Problem der Post.

Streeruwitz greift das Modell des Illustrierenromans mit seiner Erwartungshaltung auf, um es dann radikal leerlaufen zu lassen. Sie läßt die Hoffnung des Lesers auf ein dramati-

sches Happy-End gnadenlos zusammenbrechen, indem sie eine leere Spannung aufbaut. Statt der versprochenen Liebesromanze muß sich der Leser verwackelte Urlaubsfotos von den österreichischen Bergen anschauen. Er bekommt nur Bruchstücke eines nicht gelebten Lebens in die Hand, die keine Form von Sinnstiftung mehr möglich machen. »Jede Verführung in ein zusammenhängend Beruhigendes« – Derricks Wunsch nach Ordnung und klaren Regeln – soll nach Streeruwitz zunichte gemacht werden. Die Autorin hat ihrer Heldin jegliche Subjektivität ausgetrieben, die Stationen ihres Lebens sind austauschbar. Wiederholung dominiert als durchgängiges Prinzip.

Rückblende: Heiligabend. Die kleine Lisa sitzt mit Vater und Bruder in der Küche und wartet. Auf etwas Wunderbares, »das von nun an alles anders werden lassen würde«. In Lisas kindlichen Phantasien drückt sich das Begehren nach einer Macht aus, die von außen an uns herantritt. Und uns erlöst. Das Christkind und der Märchenprinz entspringen derselben Quelle: der Sehnsucht auf eine nie eintretende Zukunft. Doch was Lisa tatsächlich erlebt, sind nur lustlos sich abwechselnde Liebschaften mit »wichtigen« Ehrenmännern der Gesellschaft, deren Fehler aber ist, bereits verheiratet zu sein. Lisas Beziehungen gleichen allesamt rhetorischen und im voraus geplanten Eroberungszügen, mit denen der Mann die Frau erst verbal erlegt und dann schnell zum Wesentlichen kommt. »Er beklagte seine Situation. Seine Frau unterstütze ihn nämlich in keiner Weise. Sie vernachlässige sogar das Kind. Er wisse gar nicht, was diese Frau den ganzen Tag so mache. Da hatte er schon begonnen, Lisa zu küssen.« Alles weitere findet im Auto statt. Denn in einem Hotel hätte Vizebürgermeister Knobloch erkannt werden können. Der politische Gegner und so. Aber Lisa ist eine anpassungsfähige Geliebte. Sie trägt Röcke. »Keine Jeans oder so lästige Sachen, die beim Ausziehen schwierig waren«.



Die ausgezeichnete Autorin Marlene Streeruwitz hat sich in die Tiefen des Trivialen begeben. Mit *Lisa's Liebe* legt sie einen Groschenroman vor. Doch Streeruwitz spielt nur mit dem Genre. Ihr Roman ist eine Abrechnung mit dem Mythos von der wahren Liebe.

Solcher Sex ist ritualisierte Gewalt, abhängig vom Terminplan des Mannes, selbst die Einnahme der Pille unterliegt seiner Kontrolle. Die Macht des patriarchalen Vätergottes reicht jedoch noch weiter, »und weil er wußte, daß sie wußte, woran er dachte, zwang er sie, auch daran zu denken«. Lisa sucht einen Ausweg. Sie will nie wieder etwas mit einem Mann anfangen. Will keine Geschichten mehr über die Liebe hören, versucht, die panikartige Unruhe abwechselnd mit Süßigkeiten, Diäten und langen Spaziergängen zu bekämpfen, meldet sich bei einem Fernlehrgang an, um Schreiben zu lernen.

In ihren Poetikvorlesungen hat Streeruwitz davon gesprochen, daß Frauen keinen Blick haben. Ihnen der Blick ins eigene Innere verwehrt ist. Denn über den spezifisch weiblichen Erfahrungen von Mutterschaft und Geburt liegt ein Sprachverbot. In das Schweigen der Mutter und das über die Erziehung hergestellte Verstummen des Kindes hinein deponiere der Vatergott seine Aufträge. Diese Leere, Schauplatz von Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern, wird im Roman erkundet.

Nach dem Tod der Mutter fährt Lisa nach New York. Vorher räumt sie ihre Wohnung gründlich auf und wirft die Kleider weg, die sie jahrelang getragen hat. In der Stadt, phallisch und beunruhigend wie Gotham City, gewinnt sie gleichwohl Raum und eine Gegenwart. Sie wird zur erstaunten Beobachterin des Lebens fremder Menschen, hat plötzlich neuartige, subversive Gedanken.

Überlegt, warum sie nie auf die Idee kam, zu studieren. Fragt sich, warum sie nicht schon früher Haumburger gefuttert hat – vielleicht hätte das Dicksein ja alles geändert – und warum in ihrer Familie nie Fragen gestellt wurden. Alles selbstverständlich war. Der Leser erfährt noch, daß Lisa ihren Rückflug absagt. Der Roman endet mit einem nächtlichen Foto vom Ocean Boulevard, L.A.

Streeruwitz' Theaterstücke und Romane sind eine Kritik an der Literatur, die bestimmte Realitäten wie den weiblichen Alltag als nicht literaturfähig ausgrenzt. Und gerade dadurch Einfluß auf unser Denken nimmt. *Lisa's Liebe* hat nicht den suggestiven Rhythmus und die kühle Eingängigkeit des Vorgängerromans, verweigert jede identifikatorische Lektüre. Lisas Leben ist bestimmt von fremden Imperativen und imaginären Möglichkeitssätzen, von Formen des »Sex machen müssen«, »lieber nicht hätte hören wollen«, »hätte sagen müssen«, »nicht richtig machen können«. Für ein Ich ist da kein Platz mehr.

Die Leere, in die der Text den Leser hineinzieht, ist ein Ausdruck von Verweigerung. Markiert die Unmöglichkeit für Frauen, bestimmte Erfahrungen sprechbar zu machen. »Wenn Frauen keinen Blick haben, dann können sie nichts sehen. Dann gibt es nichts zu beschreiben« (Poetikvorlesungen). Streeruwitz rechnet in *Lisa's Liebe* ironisch mit Erzählvorbildern ab und legt die alltäglichen Verheerungen bloß, die der Mythos von der einen wahren Liebe anrichten kann.

Marlene Streeruwitz: *Lisa's Liebe*. Roman in 3 Bdn.; Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1997, 95, 95 u. 78 Seiten, DM 36,-

NORBERT NICLAUSS

Liberalismus und Bescheidenheit

John Rawls' ›Theorie der Gerechtigkeit‹ in der Diskussion

Ein Begriff wie der der Gerechtigkeit führt, gemessen an bürgerlichen Maßstäben, ein eher unordentliches Leben. In wechselnder rhetorischer Einkleidung finden wir ihn auf der Bühne der politischen Debatten, beispielsweise dann, wenn Steuerreformen und die Zukunft des Sozialstaates verhandelt werden. Diese Anlässe hinterlassen oft ein diffuses Bild. Was in den Zeiten von *shareholder value*-maximierenden *global players* in sozialer Hinsicht als gerecht gelten kann, ist nicht immer klar. *Just playing?*

Auch die politische Philosophie des 20. Jahrhunderts trug lange Zeit wenig Erhellendes zur Gerechtigkeitsproblematik bei. Erst in den 70ern kam das Thema vor allem dank John Rawls zurück ins Spiel. In seiner stark jahrhundertwerkverdächtigen *Theorie der Gerechtigkeit* argumentierte er ingenios für zwei Grundsätze, die für die Gestaltung der institutionellen Struktur einer Gesellschaft maßgeblich sein sollen: »(1) Jede Person soll gleiches Recht auf das umfassendste System von Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen vereinbar ist. (2) Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, daß (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, daß sie für jeden von Vorteil sind, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen.« Die Grundrechte und -freiheiten haben dabei Priorität: nur nachdem der erste Grundsatz verwirklicht ist, darf das zweite Prinzip zur Anwendung kommen.

Der mit dem zweiten Prinzip verbundene Teil des Rawlsschen Theoriegebäudes legitimiert einerseits die Marktwirtschaft und die mit ihr einhergehende ungleiche Verteilung von Gütern. Andererseits enthält er eine Kritik am kapitalistischen Status quo. Denn zulässig ist Ungleichheit nur, solange ihre Folgen auch den am schlechtesten gestellten Mitgliedern einer Gesellschaft zugute kommen. Zudem sollen die ökonomischen und sozialen Grundstrukturen so eingerichtet werden, daß sie eine immer weitergehende Tendenz zur Gleichheit fördern. Im amerikanischen Spektrum wird Rawls daher den *liberals* zugeordnet; nach deutschen Maßstäben zählt er politisch zur Linken.

Inhaltlich hat Rawls an der skizzierten Gerechtigkeitskonzeption in den letzten 25 Jahren kaum etwas verändert. Einen deutlichen Wan-



Theoretiker der Gerechtigkeit: John Rawls

Foto: Suhrkamp Verlag

del hat es jedoch im Geltungsanspruch gegeben. Das Design der Theorie ist im zweiten Hauptwerk *Political Liberalism* von 1993 pragmatischer geworden. Während er seine Konzeption in *Eine Theorie der Gerechtigkeit* noch als Teil einer allgemeinen Moralphilosophie auffaßte, hat Rawls sich inzwischen vom Anspruch der umfassenden ethischen Theoriebildung verabschiedet. Wenn es um das Problem der gerechten Grundstruktur des Staates geht, sollen kontroverse philosophische Annahmen außen vor bleiben. Stützen darf sich die Begründung von Gerechtigkeitsgrundsätzen nur auf den Fundus der in der politischen Kultur demokratischer Gesellschaften verankerten Institutionen – nicht zuletzt deswegen die Akzentuierung des Politischen des Liberalismus.

Rawls trägt mit dieser Wendung dem »Faktum des Pluralismus« in modernen Gesellschaften Rechnung. Durch die Bescheidenheit in Begründungsfragen unterscheidet er sich vom metaphysisch angehauchten Liberalismus eines Kant oder Mill, aber auch von im Gewande des Kommunitarismus auftretenden zeitgenössischen Aristotelikern wie Martha Nussbaum oder Alasdair MacIntyre.

In dem von Wilfried Hinsch in Zusammenarbeit mit der Philosophischen Gesellschaft Bad Homburg edierten Band liefern deutsche Philosophen Beiträge zur Diskussion über den politischen Liberalismus. Hervorgegangen sind die Aufsätze aus einer Tagung mit Rawls *himself*. Die Auseinandersetzung mit Begründungsfragen dominiert viele Beiträge, mitunter auf eine pragmatismusskeptische Weise, die ein

bißchen typisch deutsch ist. Nichtsdestotrotz liefert das Buch einen guten Überblick über den derzeitigen Stand von Rawls' Projekt, auch weil Hinschs exzellente Einleitung das komplexe Material sinnvoll bündelt. Die Palette der Positionen reicht von ziemlich brüskter Ablehnung (Rüdiger Bittner etwa) bis zu weitreichender Übereinstimmung mit Rawls (Robert Alexy zum Beispiel). Angriffspunkte und Verteidigungsmöglichkeiten werden so greifbar.

Aufschlußreich ist der Abtausch zwischen Habermas und Rawls, zumal beide sich in jüngerer Zeit verstärkt einer Theorie des Rechtsstaates und der demokratischen Legitimität zugewendet haben. Parallelen zeigen sich zudem in dem Bemühen, politische Philosophie metaphysikfrei zu betreiben. In der Frage, wie das im Einzelnen aussehen soll, sind sich Habermas und Rawls allerdings nur bedingt einig. Auf Gegenseitigkeit beruht der Vorwurf eines Restbestandes an philosophischer Unbescheidenheit im Theoriehaushalt. Inhaltlich liegen Habermas und Rawls nicht weit auseinander, so daß die Auseinandersetzung durchaus Züge eines Freundschaftsspiels trägt.

Philosophische Gesellschaft Bad Homburg/Wilfried Hinsch (Hg.): Zur Idee des politischen Liberalismus. John Rawls in der Diskussion; Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1997, 452 Seiten, DM 29,80

CATHRIN ROHDE

Kreditrisiken

Thomas Keidel sorgt sich um die Umwelt

Umweltrisiken sind die Kreditrisiken einer Bank. Dieses ist eine wesentliche Ausgangsthese des Autors Thomas Keidel. Ihn beschäftigt die Frage, was Banken zum Umweltschutz beitragen können. Können deutsche Banken Umweltrisiken bewältigen? Und sind sie für Umweltrisiken ihrer Kunden vielleicht sogar haftbar zu machen?

Von keiner deutschen Bank ist bekannt, daß sie Umweltrisiken systematisch und standardisiert bei ihrer Kreditvergabe berücksichtigt. Keidel zeigt, daß hier die Banken in den USA, aber auch in Österreich und der Schweiz einen großen Schritt weiter sind.

Wirbelstürme und Überschwemmungen in den USA, Altlasten- und Luftprobleme und dadurch zurückgehende Touristenzahlen in der Schweiz und in Österreich haben die dortigen Banken gegenüber Umweltaspekten sensibilisiert und sie zum Umdenken veranlaßt. Kein plötzlich entstandenes Umweltbewußtsein, sondern zahlreiche Kreditausfälle und Haftungsfälle haben diese Umkehr ausgelöst.

Keidel hat einen sehr intensiven Einblick in die von den US-Banken eingesetzten Verfahren und deren praktische Anwendung genommen. Amerikanische Kreditinstitute und Bankenverbände haben inzwischen einen ersten allgemein gültigen Standard für die Prüfung von Umwelttrisiken bei ihren Kreditentscheidungen entwickelt. Keidel zeigt, auf welche Weise große amerikanische Banken das Umweltisiko reduzieren. Die US-Banken demonstrieren, daß sich die Kreditwirtschaft den Umweltproblemen tatsächlich stellen kann.

Auf dieser Grundlage entwickelt Keidel ein umfassendes Umweltisiko-Management-System für deutsche Banken, mit denen sie Umwelttrisiken in ihrem Kreditbereich berücksichtigen können.

Zur Ausgestaltung dieses Systems legt der Autor die wesentlichen umweltrelevanten Haftungsmöglichkeiten anhand des deutschen Rechts dar. Keidel arbeitet die Rahmenbedingungen für die Installation eines Umweltmanagementsystems heraus. Einen wesentlichen Teil des Buchs stellt ein differenziertes und abgestuftes Prüfungsverfahren auf der Basis von Checklisten dar. Detailliert werden verschiedene praktische Handlungsmöglichkeiten und Ausschlusskriterien für die Kreditvergabe aufgezeigt, um identifizierte Umwelttrisiken bewältigen zu können.

Es ist dabei das Ziel des Autors, das Argument zu widerlegen, daß Umweltschutz und Banken nicht kompatibel seien. Doch ebenso werden Banken zukünftig keineswegs die Rolle eines Umweltpolizisten übernehmen, sondern nur die Auswirkungen von Umwelttrisiken auf ihre Kreditengagements untersuchen. Zugleich könnten Banken auf diesem Wege den notwendigen und stattfindenden Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft hin zu einem umweltbewußteren Umgang in der Wirtschaftstätigkeit nachhaltig beeinflussen.

Keidel hat nicht versucht, eine wissenschaftliche Diskussion nachzuzeichnen, sondern ein für die Kreditinstitute anwendbares Verfahren zu erarbeiten. Der Nutzen der Arbeit liegt in den praktischen und betriebswirtschaftlich orientierten Darstellungen der Umwelttrisiken und in dem Aufweis, daß es tat-

sächlich konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Kreditwirtschaft gibt, um Umwelttrisiken zu minimieren.

Thomas Keidel: Ökologische Risiken im Kreditgeschäft. Systematische Prüfungs- und Bewertungsverfahren; Gabler Verlag, Wiesbaden 1997, 270 Seiten, DM 89,-

KURT LENK

Nur wer sich ändert,
bleibt sich treu

Iring Fetschers Autobiographie

Neben den in jüngster Zeit besonders zahlreichen (Auto)-Biografien von und über Politiker(innen) sind Erinnerungen kritischer Begleiter der Politik relativ selten. Daß Iring Fetscher ein solcher werden konnte, verdankt sich nicht allein den besonderen Umständen seiner Sozialisation während des Krieges und im Nachkriegsdeutschland, sondern gleichermaßen seinem früh ausgeprägten Hang zur »teilnehmenden Beobachtung«, sofern man für das Verhalten eines jungen Frontoffiziers im Ostfeldzug einen solch harmlos klingenden Begriff anwenden darf. »Quellen« seiner Autobiografie sind nämlich – neben seiner erstaunlichen Erinnerungsfähigkeit – Tagebücher und Briefe, die der 18–23jährige mit intensivem Fleiß und erstaunlicher Ausdauer unter oft extremen Bedingungen zu Papier brachte.

Iring Fetscher heute und der von damals sind freilich kaum dieselben: Vom ehrgeizig-idealistischen Kämpfer für »Großdeutschland«, der sich erst vom Zeitpunkt der sich abzeichnenden militärischen Niederlage an von seinem Irrglauben lösen konnte, bis hin zum überzeugten Pazifisten und demokratischen Sozialisten führt eine von zahlreichen Zufällen bestimmte Biografie. Die spannenden Momente seiner »Bilanz« der ersten vier Jahrzehnte seines Lebens ergeben sich zweifellos aus der wechselseitigen Brechung von Originalzitate[n] seiner einstigen Aufzeichnungen mit der Erinnerung. Aus dieser Montage ergibt sich ein merkwürdiger Verfremdungseffekt, der den Autor rückblickend selbst an den herkömmlichen Vorstellungen einer personalen Identität zweifeln läßt. So etwa heißt es schon im Vorwort:

»Der ängstliche und schüchterne Knabe, der sportbegeisterte, Nietzsche lesende Jugendliche, der ehrgeizige Offizier, der nachdenklich gewordene Einheitsführer, der überzeugte Antinazi und Demokrat – sie sind ebenso viele Aspekte meines Ichs, die einander abgelöst haben. Von fast allen mag ein Stück davon in mir zurückgeblieben sein. Alle muß ich als Teile meiner widerspruchsvollen Entwicklung akzeptieren. Es gibt keinen anderen Weg, »um mein Leben zu verstehen«.

Dies ist freilich eine Einsicht, die ebenso an Hegels berühmte Idee der »Aufhebung« wie an die sechste Feuerbachthese von Marx erinnert: »In seiner Wirklichkeit ist (das menschliche Wesen) das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse«. Wie sehr diese gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Totalität prägend werden konnten, angefangen von seiner behüteten Kindheit in Dresden über den schneidigen Offizier, der seine Freizeit allerdings immer schon mit philosophischen Studien zubrachte, bis hin zum Forscher und weit über die Fachgrenzen hinaus anerkannten Politikwissenschaftler an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität – davon handelt dieser Bericht des mittlerweile Fünfundsechzigjährigen.

Der Untertitel: »Versuch, mein Leben zu verstehen« ist alles andere als eine Koketterie, sondern durchaus wörtlich zu nehmen als ein fast freudianisches Experiment, sich gerade auch mit jenen Erfahrungen und Verhaltensweisen zu konfrontieren, die dem Autor im nachhinein nicht selten geradezu als ichfremde Anteile erscheinen müssen. Der damals gegen den Willen seines Vaters mit »abenteuerlichem Herzen« in den Krieg zog, hat in der Tat kaum mehr viel mit jenem zu tun, der nun davon berichtet. Doch ist auch dieser Aspekt seiner Person schließlich zum Anstoß für deren Entwicklung geworden, weil ein jeder nicht an dem gemessen werden kann, was ihm widerfährt, sondern vielmehr daran, wie er das Erfahrene und Erlebte schließlich verarbeitet, d.h. auf welche Weise er damit umgeht.

Der äußere Rahmen des Weges nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft in Dänemark ist relativ überschaubar und entbehrt nicht einer inneren Konsequenz: Der von früher Kindheit an Lernbegierige und wohl eher von Neugier als von Furcht Getriebene wirft sich mit aller Kraft auf sein Philosophiestudium in Tübingen und an der Sorbonne, promoviert bei Eduard Spranger, wird dessen Assistent und geht als Dozent für Wissenschaftliche Politik zunächst an die Freiburger Universität. Er reüssiert mit einer Habilitationsschrift über *Rousseaus politische Philosophie* (die bis heu-

te zur Standardliteratur zählt) und folgt im Jahre 1963 schließlich einem Ruf nach Frankfurt, dem Ort seines Wirkens über mehr als drei Jahrzehnte. Mit dem Jahr seiner Übernahme eines Lehrstuhls an der Mainmetropole schließt das Buch, was man – schon in Anbetracht der Bedeutung des Gelehrten für die Politische Wissenschaft nicht allein der Bundesrepublik – bedauern mag. Vielleicht folgt eine Fortsetzung.

Eine der vielen Überraschungen dieser Autobiografie ist die Intensität, mit der sich ein pflichtbewußter, nach außen hin durchaus »linientreuer« Leutnant inmitten eines oft chaotischen Kriegsgeschehens eine zweite, innere Welt aufbaut, die in romantischer Lektüre, extensiven Tagebuchaufzeichnungen und mitunter rührend beschwichtigenden Briefen an die besorgten Eltern besteht. »Trost« spenden während dieser Kriegsjahre vor allem Wachtäume und immer wieder Bücher. Sie gestatten ihm eine damals überlebenswichtige Flucht aus dem oft schier unerträglichen militärischen Alltag. Wen wundert es, daß in solchen Grenzsituationen auch erste Gedichte, quasi religiöse Meditationen und allerlei Gedanken über Gott und Unsterblichkeit entstehen? In einem Brief an die Eltern, geschrieben während der Rückzugsgefechte vor den russischen Truppen, klingt ein Grundmotiv seiner damaligen Reflexionen an: »Ich tröste mich damit, daß, was nicht ewig ist, auch nicht wert ist, erhalten zu bleiben; daß das wahrhaft Große überdauert ... Dem menschlichen Vorstellen sind die Grenzen eines Lebens zu eng, es muß sich darüber hinaus ein »Danach« einbilden. Dieses Unvorstellbar-Vorgestellte aber muß es geben, um den Begrenzten (unserem Ich) einen Raum im Grenzenlosen zuzuweisen, um es in eine endlose Kette des Lebens einzureihen ...« Was sich hier noch in der Form eines problematischen, damals offenbar durchaus zeitgemäßen Schicksalsglauben kundtut, wird für den Fetscher der Nachkriegsjahre schließlich zum Entschluß zur Konversion zu einem weltoffen-toleranten Katholizismus, auch hierin typisch für den Versuch einer persönlichen »Bewältigung« des bohrenden Gewissens, trotz innerer Vorbehalte gegen den Wahnsinn des Krieges mitschuldig geworden zu sein am grausamen Tod vieler Menschen. Der daraus resultierende konsequente Pazifismus beruht – entgegen einem gängigen Vorurteil – keineswegs auf dem utopischen Traum einer allgemeinen Menschheitsverbrüderung. Vielmehr ist er das Ergebnis einer tiefgreifenden Erfahrung: »Das wird als fester Vorsatz aller bleiben, die diesen Krieg miterlebt haben: mit allen Kräften künftige Kriege zu verhüten und unsere Kinder und

Enkel vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren« (Tagebucheintrag vom 10. April 1945).

Vieles von dem, was der junge Fetscher erfahren hat, ist durchaus repräsentativ für seine Generation, deren Angehörige in buchstäblichem Sinn von einer verbrecherischen Führung »verheizt« wurden. Deshalb sind es nicht so sehr die Kriegererlebnisse, sondern die durchaus eigenwillige und persönliche Art des Umgangs mit ihnen ist das, was die Lektüre lohnt. Der distanzierte, zugleich erstaunte (und manchmal erschrockene) Blick, mit dem der einstige Lebensweg verfolgt wird, bewahrt den Leser vor nostalgischen Anwandlungen. Sympathisch ist ferner der bewußte Verzicht auf nachträgliche Sinngabungsprojektionen, wie sie nicht selten in Autobiografien auftreten. Nicht Schicksal und Fügung, sondern zahlreiche »Zufälle«, die sich erst im nachhinein scheinbar zu innerer Konsequenz fügen, bestimmen diese Biografie; »Zufälle« jedoch, die stets zu bestimmten Antworten zwingen. Sie erst machen das aus, was man »das Persönliche« nennt. So zählen denn auch die eingestreuten Porträts einiger seiner nächsten Bezugspersonen zu den stärksten Passagen des Buches, sei es die Erinnerung an seinen Vater Rainer Fetscher oder an Eduard Spranger, seinen einstigen Lehrer.

Das Erinnerungsbuch dieses Gelehrten und homo politicus konnte gelingen, weil dem Autor die Niederschrift nicht leicht fallen mußte. Sein Versuch, Aufschluß über sich selbst zu gewinnen, sollte bald fortgesetzt werden.

Iring Fetscher: Neugier und Furcht. Versuch, mein Leben zu verstehen, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 448 Seiten, DM 49,80

JOSEF-THOMAS GÖLLER

Neue Bücher

Ernesto Guevara – genannt Che

Die zu seinem 30. Todestag zu erwartende Buchschwemme über das Leben des Ernesto »Che« Guevara ist ausgeblieben. Gerade einmal eine Handvoll Bücher um und über das einstige Jugendidol der Sechziger sind zwischen Juli und Oktober in Deutschland erschienen.

Ein deutliches Zeichen dafür, daß der vielzitierte »Mythos Che« für die heutige Öffentlichkeit an Anziehungskraft verloren hat? Zum Vergleich: Zum Columbusjahr 1992 erschienen hierzulande mehr als fünfzig Bücher! Zudem sind von den fünf Che-Büchern nur drei wirklich erwähnenswert. Eine überflüssige und abstoßende Heldenverehrung im unkritischen Sozialismus-Stil längst vergangener Zeit stellen die *Tagebücher aus der kubanischen Guerrilla – Dezember 1956 bis Februar 1957* dar. Die Autoren sind Che Guevara und Raul Castro. Sie schildern jeden Durchfall, jede Schlafstörung – drei unbedeutende Monate im Kampf um Kuba, dreihundert Seiten lang. Wen interessiert's? Auch die Biographie von Il Taibo und Ignacio Paco, kürzlich in Wien erschienen, bietet für Che-Kenner nichts Neues. Ohnehin richten sich alle Autoren in ihrem teils akribischen Fußnotenstil eher an Politikwissenschaftler als an ein breites Leserpublikum. Keiner hat sich in diesem Herbst die Mühe gemacht, den visionärsten Revolutionär unserer Epoche jenen nahezubringen, die aufgrund ihrer späten Geburt nicht mehr wissen, für welche Ideen die Kultfigur ihrer Eltern starb – wenn sie ihn überhaupt kennen.

Der blitzende Stern auf seiner Baskenmütze ist verblaßt, weil er mit seiner Dominotheorie von »zwei, drei, viele Vietnams« vor dreißig Jahren im Dschungel Boliviens von haßerfüll-



Noch dümpelt die Revolution dahin: Che auf dem Floß



Die Romantik der Revolution: Che (r.) mit Fidel Castro

ten Militärs und CIA-Agenten hingerichtet wurde. Erst der Fund seiner heimlich verscharrten Überreste im Juli diesen Jahres hat die Gestalt Che noch einmal spektakulär auf die Titelseiten vieler Zeitungen zurückgeholt. Vorausgegangen war eine hektische Suche nach dem Skelett, denn es zeichnete sich schon 1996 ab, daß einer der einstigen Gegenspieler des Weltrevolutionärs, der Ex-Diktator Hugo Banzer, im August 1997 zum neuen Präsidenten Boliviens gewählt werden würde. Und der hätte, wie in der Vergangenheit, nichts Gefunden! So ist es diesem Umstand zu verdanken, daß nun endlich nach dreißig Jahren, die Biographie Che Guevaras als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Der zum Verständnis für die Entstehung der Kultfigur Che so wichtigen emotionalen Seite nähert sich bezeichnenderweise kein »geschriebenes« Buch, sondern ein von drei Argentinern zusammengestellter Bildband mit mehr als vierhundert Fotos. Waren es nicht in erster Linie die Bilder von ihm – sein verschmitztes Grinsen, sein Sympathie verbreitender Charme – die sein Charisma in alle Welt hinausstrahlten? Allen voran jenes Foto des Kubaners Alberto Diaz Korda, auf dem Ches Blick in die Ferne entrückt ist, das lange Haar im Winde verweht. Es wurde die Grundlage für Millionen von Postern und Aufklebern, zum Symbol der Studentenbewegung in Europa und Nordameri-

ka. Der Fotoband zeigt viele Raritäten, erläutert Hintergründe zu berühmten Bildern, führt fotografisch und essayistisch in bisher einzigartiger Weise von der Wiege in Argentinien bis zur Bahre in Bolivien; eine mit viel Mühe und Engagement zusammengetragene Foto- und Textdokumentation – für Herz und Geist gleichermaßen. Insofern die bislang beste Che-Biographie!

Für alle, die alles ganz genau wissen wollen, eignet sich indes die 640-Seiten-Biographie des mexikanischen Politik-Professors Jorge Castañeda am ehesten. Er schürft tief, erkundet ehrgeizig alle erfahrbaren Umstände im Leben des Che, in seinem Umfeld, ordnet außerdem alles auch noch in das weltpolitische Gefüge der damaligen Zeit ein. Das Besondere und Neue: Castañeda hat es geschafft, zahlreiche, bislang geheim gehaltene Dokumente, unter anderem von der CIA, auswerten zu dürfen. Dadurch kann er interessante Aufschlüsse bieten. Zum Beispiel zum »Fall Tania«. Hier geht es um den einzigen, aber für das Ende Ches bedeutenden deutschen Bezug im Leben des Revolutionärs, um die letzte Frau, die in Che Guevara verliebt war. Während Castañeda anhand sehr plausibler Belege zu der Auffassung gelangt, daß die in Argentinien geborene Deutsche Tamara Bunke weder für die STASI noch für einen anderen Geheimdienst gearbeitet hat, will der uruguayische Journalist José F. Zapata in seinem jetzt er-



Der deutsche Beitrag zur Revolution: Ches Geliebte »Tania« Bunke.

schiedenen Tania-Buch genau wissen, daß die letzte Kampfgefährtin Ches sogar für drei Geheimdienste – MFS, KGB und kubanischer Geheimdienst DGI – »mit den Waffen einer Frau« tätig war. Zapata glaubt aber immerhin, daß Tamara Bunke alias Tania das bolivianische Versteck Ches nicht absichtlich verraten hat: »Sie wollte ihre verräterische Haltung Che Guevara gegenüber, zu dem sie sich nicht nur als überzeugte Revolutionärin, sondern ebenso als Frau hingezogen fühlte ... endlich aufgeben«. Im Gegensatz zu Castañedas peinlich genau dokumentierten Aussagen muß Zapata jedoch etwas häufig einräumen: »Diese Entscheidung ist zwar nirgendwo explizit dokumentiert, doch ... gibt es meiner Meinung nach keine andere Erklärung«. Weil der Autor aber diese Schwächen offen bekennt, kann sein Buch trotzdem empfohlen werden. Denn die Geschichte der »Tania la Gue-

rillera« ist spannend zu lesen und eine für Deutsche äußerst interessante Ergänzung zu den übrigen Che-Büchern, voller Bezüge zum deutsch-deutschen Part am Kalten Krieg. Es ist zwar nicht die erste Biographie über jene geheimnisvolle junge Frau an Ches Seite. Aber Zapata hat seine Story von den vorangegangenen kubanischen und ostdeutschen Überhöhungen, ideologischen Auslegungen sowie Weglassungen und Hinzufügungen bereinigt. Insofern ist es die erste freie Auseinandersetzung mit einer deutschen Randfigur der in Bolivien gescheiterten »Weltrevolution«.

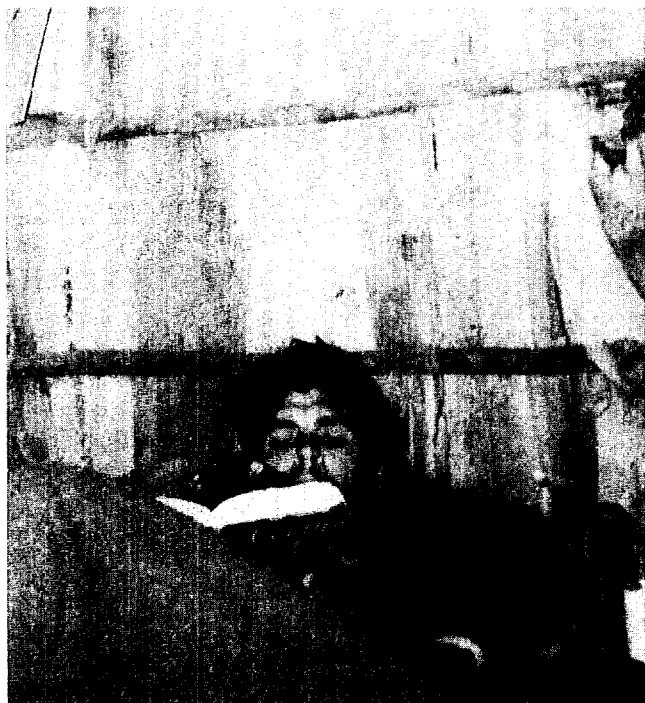
Fernando Garcia/Oscar Sola/Mathilde Sánchez: Che. Der Traum des Rebellen; Verlag Rütten & Leoning, Berlin 1997, 400 Fotos, 223 Seiten, Broschur, DM 39,90

Jorge G. Castañeda: Che Guevara. Biographie; Insel Verlag, Frankfurt a. M./Leipzig 1997, 640 Seiten, DM 60,-

José Friedl Zapata: Tania – Die Frau, die Che Guevara liebte; Aufbau Verlag, Berlin 1997, 210 Seiten, DM 39,30

Ernesto Che Guevara, Raul Castro: Die Eroberung der Hoffnung. Tagebücher aus der kubanischen Guerrilla – Dezember 1956 bis Februar 1957; Horlemann Verlag, Unkel 1997, 300 Seiten, DM 34,-

Che als Bücherwurm. Mit der Goethe-Biographie von Emil Ludwig
Alle Fotos aus: Che – Der Traum des Rebellen



Zu den Autorinnen und Autoren

ANNETTE BAUMGARTL, geb. 1966, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Poetik-Lehrstuhl des Fachbereichs Sprache und Literatur der J.W.GOETHE-UNIVERSITÄT Frankfurt a.M.

HANS-MARTIN GAUGER, geb. 1935, Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, lehrt Romanische Sprachwissenschaft an der ALBERT LUDWIG UNIVERSITÄT Freiburg/Br., Veröffentlichung: *Über Sprache und Stil*, München 1995.

KONRAD GILGES, geb. 1941, MdB aus Köln (seit 1980), leitet die Arbeitsgruppe »Armut« der SPD-Bundestagsfraktion.

JOSEF-THOMAS GÖLLER, geb. 1958, lebt als freier Publizist in Bonn.

SILKE HAHN, geb. 1966, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Deutsche Philologie und Linguistik an der HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT Düsseldorf.

UWE HIKSCH, geb. 1964, MdB aus Coburg (seit 1994), ist Mitglied im Landespräsidium der bayerischen SPD.

MATTHIAS JUNG, geb. 1959, wissenschaftlicher Angestellter in der Abteilung für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

MARTIN KEMPE, geb. 1943, freier Journalist und Autor, lebt in Hamburg und Berlin, Veröffentlichung: *Zukunfts Arbeit*, Frankfurt/M. 1995.

KURT LENK, geb. 1929, emeritierter Politikwissenschaftler, lebt in Erlangen.

PETER MERSEBURGER, geb. 1928, ehemaliger ARD-Korrespondent, lebt in Berlin und Südfrankreich.

LOTHAR MERTENS, geb. 1959, Historiker, Privatdozent, lehrt an der RUHR-UNIVERSITÄT Bochum

ANDREAS MUSOLFF, geb. 1957, Dozent für Deutsch an der Universität Durham (GB), Veröffentlichung: *Krieg gegen die Öffentlichkeit*.

Terrorismus und politischer Sprachgebrauch, Opladen 1996.

NORBERT NICLAUSS, geb. 1966, Philosoph und freier Journalist, lebt in Bayreuth.

CATRIN ROHDE, geb. 1966, Volkswirtin, lebt in Frankfurt a. M.

HORST DIETER SCHLOSSER, geb. 1937, Professor für deutsche Philologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., Veröffentlichung in Vorbereitung: *Mit Hippokrates zur Organbank?* Frankfurt/M.

ROLF SCHNEIDER, geb. 1932, Schriftsteller, lebt in Schöneiche bei Berlin.

GERHARD SIMON ist wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

ELENA SKRIPNIK ist Mitarbeiterin am Institut für Philologie der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Nowosibirsk.

GEORG WEINMANN, geb. 1964, Politologe, Wissenschaftlicher Angestellter der Universität Tübingen.

MARTIN WENGELER, geb. 1960, wissenschaftlicher Angestellter am Lehrstuhl für Deutsche Philologie und Linguistik an der HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT Düsseldorf, Veröffentlichung: M. Jung/M. Wengeler/K. Böke (Hg.): *Die Sprache des Migrationsdiskurses*, Opladen 1997.

CARLOS WIDMANN, geb. 1938, ist Korrespondent des SPIEGEL in Paris.

RENATE WIGGERSHAUS lebt als freie Publizistin in Kronberg/Taunus.

HANS-DIETER ZIMMERMANN, geb. 1940, Professor am Institut für Deutsche Philologie, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der TU Berlin.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (0228) 883540-43
Telefax: (0228) 883539

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (0228) 238083
Telefax: (0228) 234104
Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. 1. 1997
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Abonnementverwaltung: Gisela Westhauser

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738. Einzelheft DM 14,80,-/sFr 14,80/6S 108,00 frei Haus; Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/6S 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.